

ÖGZ



Österreichischer
Städtebund

Das Magazin des Österreichischen Städtebundes

11/2021

70. ÖSTERREICHISCHER STÄDTETAG

St. Pölten lädt ein





mehr wien zum leben.

**Ihre LEBENSQUALITÄT
ist unsere Aufgabe.**

Kultur, Immobilien, Logistik und Medien:
Die Wien Holding schafft Lebensqualität für unsere
Stadt. 365 Tage im Jahr zu jeder Zeit an jedem Ort.
Für alle Wienerinnen und Wiener.

www.wienholding.at



mehr wien zum leben.
wienholding

Ein Unternehmen der StoDt#Wien



Gemeinsam sind wir Stadt!

St. Pölten lädt zum 70. Österreichischen Städtetag.

Von 10. bis 12. November findet die traditionelle Generalversammlung des Österreichischen Städtebundes in der niederösterreichischen Landeshauptstadt St. Pölten statt.

„Mittendrin und miteinander: Gemeinsam sind wir Stadt!“, so das Motto des 70. Österreichischen Städtetags. Der thematische Rahmen spannt sich von krisenfesten Gemeindefinanzen über Frauen in der Politik und die Stärkung der Innenstadt bis zu Stadtmanagement nach der Pandemie und Jugend im Krisenmodus. Arbeitskreise und Podiumsdiskussion werden heuer auch via

Livestream übertragen. Wir hoffen dennoch, möglichst viele Gäste aus Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit persönlich vor Ort begrüßen zu können, bietet doch die facettenreiche und dynamische Gastgeberstadt den idealen Rahmen für spannende Auseinandersetzungen und inspirierende Begegnungen.

Diese Ausgabe der ÖGZ beweist es: Ob Wirtschaft, Stadtentwicklung, Kunst und Kultur, Bildung, Soziales oder Grünflächen in der Stadt – in St. Pölten tut sich etwas, hier werden neue Impulse gesetzt, hier geht es mutig in die Zukunft. 

Thomas Weninger

Generalsekretär Österreichischer Städtebund

Michael Ludwig

Präsident Österreichischer Städtebund



19



34



42

St. Pölten 70. Österreichischer Städtetag

11 Vorwort
Die Modellstadt St. Pölten

16 Wirtschaft
Masterplan, ecopoint u. a.

20 Stadtentwicklung
Neuausrichtung & Wohnen

24 Mobilität
Aktuelle Maßnahmen

26 Bildung
Schul- und Hochschulstandort

28 Soziales
Gesundheit, Beratung & mehr

32 Lebensqualität & Natur
Wohn- und Wohlfühlstadt

35 Veranstaltungen
Events, Kunst und Kultur

44 Kulinarik
Chili, Kaffee & Wein

Magazin

48 Stadtreionspolitik
Von Kooperation und Fusion

52 Weiterbildung
Kooperative Stadt- und
Regionalentwicklung

54 Kurzserie
Adressen, Teil 2

56 Gemeindefinanzen
Krisenfest durch Corona

60 Gemeindefinanzen
Gebührencheck

62 Jüdische Friedhöfe
Vorarlberg und Tirol

64 Kreislaufwirtschaft
Neu: Vereinigung öffentlicher
Abfallwirtschaftsbetriebe

68 Recht
Rechtslösungen anhand von
zivilem und öffentlichem Recht

Aktuelles aus den Städten	6
Literatur	67
Finanzen	72
Zu guter Letzt	74
Vorschau & Termine	75
Impressum	75

Beschaffungslösungen der BBG für die Katastrophenvorsorge

Katastrophen treten unerwartet auf, müssen uns aber nicht unvorbereitet treffen. Gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen hat die Bundesbeschaffung GmbH für die Szenarien „IT-Sicherheit & Cybercrime-Vorsorge“, „Pandemie“ und „Krisen-, Katastrophen- & Blackout-Vorsorge“ im e-Shop der BBG Themenwelten gestaltet.

► Die Verantwortung für die örtliche Gefahrenabwehr, das örtliche Rettungswesen und den örtlichen Katastrophenschutz – also für die unmittelbare Rettung von Mensch und Umwelt – tragen laut österreichischer Bundesverfassung die Gemeinden. Gerade in den Phasen der Vorbereitung, Bewältigung und Wiederherstellung ist die Bundesbeschaffung ein verlässlicher Partner, der mit- und vorausdenkt. So schafft sie die Lösungen für Gemeinden und öffentliche Einrichtungen, auf die Einsatzkräfte im Ernstfall zurückgreifen können.

Mit wenigen Klicks Lösungen beschaffen

Die Themenwelten im e-Shop unterstützen Sie beim schnelleren Finden von Rahmenvereinbarungen und -verträgen. Durch entsprechend voreingestellte Filter gelangen Sie schnell zur gesuchten Rahmenvereinbarung oder zum gesuchten Produkt. Außerdem werden die Themenwelten laufend evaluiert und an Ihre Bedürfnisse angepasst.

DIE THEMENWELTEN AUF EINEN BLICK

IT-Sicherheit & Cybercrime-Vorsorge

Weltweit steigen die Fälle von Cybercrime rasant an, auch Organisationen in Österreich sind davon betroffen. Schützen Sie daher Ihre IT-Systeme vor Hackerangriffen. In der passenden Themenwelt finden Sie unter anderem umfangreiche IT-Dienstleistungen (vom IT-Consultant und Sachverständigen über Entwickler bis zum Projektumfeld), spezielle Security Software, Netzwerkkomponenten inkl. Firewalls und IT-Forensik.



Pandemievorsorge

Die Covid-Pandemie hat gezeigt: die globale Gesundheitskrise traf die Welt unvorbereitet. Die BBG hat als verlässlicher Einkaufspartner der öffentlichen Hand rasch reagiert und die Versorgungssicherheit bei Einmalhandschuhen, Schutzausrüstung, Schutzmasken, Virustests, Arbeitskleidung und Arbeitsschutz sowie Desinfektionsmittel gewährleistet.

Krisen-, Katastrophen- & Blackout-Vorsorge

Die BBG lebt die Rolle als Bindeglied zwischen den Bedarfsträgern der öffentlichen Hand und der Wirtschaft aus voller Überzeugung. Sie behält die aktuellen Entwicklungen im Bereich des Vorsorgemanagements stets im Blick und schließt benötigte, weitere Rahmenvereinbarungen für Sie ab. Diese erweiterte Themenwelt fasst das be-

nötigte Portfolio für naturbedingte oder technische Katastrophen, wie beispielsweise Hochwasser, Hagelschäden oder Blackouts, zusammen.

Tipp:

Wenn Sie mehr erfahren wollen, dann wenden Sie sich bitte direkt an die BBG. Das Helpcenter der BBG ist telefonisch unter +43 1 245 70-0 sowie per E-Mail an office@bbg.gv.at für Sie erreichbar!

www.bbg.gv.at/katastrophenvorsorge



Haltestelle in Trofaiach



Mödling Hauptplatz



Feldkirch forciert eine Innenentwicklung mit hoher Dichte.

G'scheite Bodennutzung

LandLuft zeichnet Österreichs Baukulturgemeinden aus – 3 Städtebundmitglieder unter den Preisträgerinnen.

Die Gewinnerinnen des LandLuft Baukulturgemeinde-Preises 2021 sind gekürt. Aus den 37 Einreichungen prämierte die Jury in einem mehrstufigen Prozess acht Kommunen für ihr baukulturelles Engagement. Feldkirch (V), Göfis (V), Mödling (NÖ) und Thalgau (S) sind die vier Hauptpreisträgerinnen, über Anerkennungen dürfen sich Andelsbuch (V), Nenzing (V), Inner-villgraten (T) und Trofaiach (ST) freuen. Zudem wurden neun Initiativen mit einem Sonderpreis gewürdigt.

Boden g'scheit nutzen

„Alle neu gekürten Baukulturgemeinden sind Vorzeigebispiele im Umgang mit unserer raren Ressource Boden. Österreich verbraucht rund 11 Hektar pro Tag. Die Baukulturgemeinden wissen, dass dieser enorme Verbrauch im Zusammenhang mit den Klimaveränderungen untragbar ist. Aber nicht nur das – ihre nachhaltigen Strategien und ihre aktive Bodenpolitik sind die Basis für die Entwicklung zukunftsfähiger Orts- und Stadtgemeinden“, schildert LandLuft-Obfrau Elisabeth Leitner. „Wir gratulieren den Siegergemeinden ganz herzlich. Sie sind die neuen Baukultur-Botschafterinnen. Ihre Strategien sollen Inspiration für viele weitere Kommunen sein.“ Zusätzlich zum Baukulturgemeinde-Preis verleiht LandLuft erstmals auch einen Sonderpreis. Er steht ebenfalls unter dem

Motto „Boden g'scheit nutzen“. Die Prämierungen gingen an neun Initiativen bzw. Einzelpersonen aus ganz Österreich, die ein außergewöhnliches Engagement für Baukultur und Bodennutzung an den Tag legen.

Städtebund gratuliert

„Der Österreichische Städtebund gratuliert allen Siegerstädten und -gemeinden, die durch ihre Vorzeige-Projekte beweisen, wie Boden ‚g'scheit‘ genutzt werden kann. Insbesondere für Städte geht es um Verdichtung und effiziente Nutzung von (teurem) Boden, es geht darum, Innenstädte zu attraktivieren, nachhaltige Mobilitätsangebote zu schaffen und dabei die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden zu stärken. Dafür setzen wir uns auch als Städtebund ein“, erklärte Generalsekretär Thomas Weninger. „Dafür ist die Unterstützung von Bund und Ländern notwendig – rechtliche Rahmenbedingungen, übergeordnete Planungen, aber auch finanzielle Unterstützung, bei all diesen Fragen müssen Städte und Gemeinden eingebunden werden“, forderte Weninger.

Weitere Informationen unter
www.baukulturgemeinde-preis.at



LAbg. Bgm. René Lobner, Bgm. Reinhard Resch, Bgm. Christian Macho, Bgm. Werner Krammer, Bgm. Matthias Stadler, Bgm.ⁱⁿ Helga Rosenmayer, Bgm.ⁱⁿ Kerstin Suchan-Mayr, GS Thomas Weninger, MD Thomas Dewina, MD Markus Biffel

Neues Präsidium in NÖ

Vollversammlung der Landesgruppe Niederösterreich in St. Pölten

Die Landesgruppe Niederösterreich des Österreichischen Städtebundes hielt am 9. September 2021 im St. Pöltner Veranstaltungszentrum ihre Landesgruppensitzung ab. In der Vollversammlung wurden aktuelle Themen aus der Bundes- und Landespolitik diskutiert, der Tätigkeitsbericht 2020 vorgelegt und die Mitgliedsgemeinden über das Städtebund-Angebot eines automatischen Whistleblower-Programms für Städte informiert. Weiters nahmen die Delegierten aus den niederösterreichischen Städten die Neuwahl der Mitglieder des Präsidiums vor. Zum Stellvertreter von Vorsitzendem Bürgermeister Matthias Stadler (St. Pölten) wurde Bürgermeister Werner Krammer (Waidhofen/Ybbs) in das Präsidium der Landesgruppe Niederösterreich gewählt. Weiters wurden die bisherigen Mitglieder Bürgermeister Reinhard Resch (Krems an der Donau) und Bürgermeisterin Kerstin Suchan-Mayr (St. Valentin) wiedergewählt sowie Bürgermeisterin Helga Rosenmayer (Gmünd) und Bürgermeister Christian Macho (Kottingbrunn) neu in das Präsidium der Landesgruppe Niederösterreich gewählt.

Wir gratulieren!

Goldenes Komturkreuz des Landes NÖ für Bürgermeister Matthias Stadler

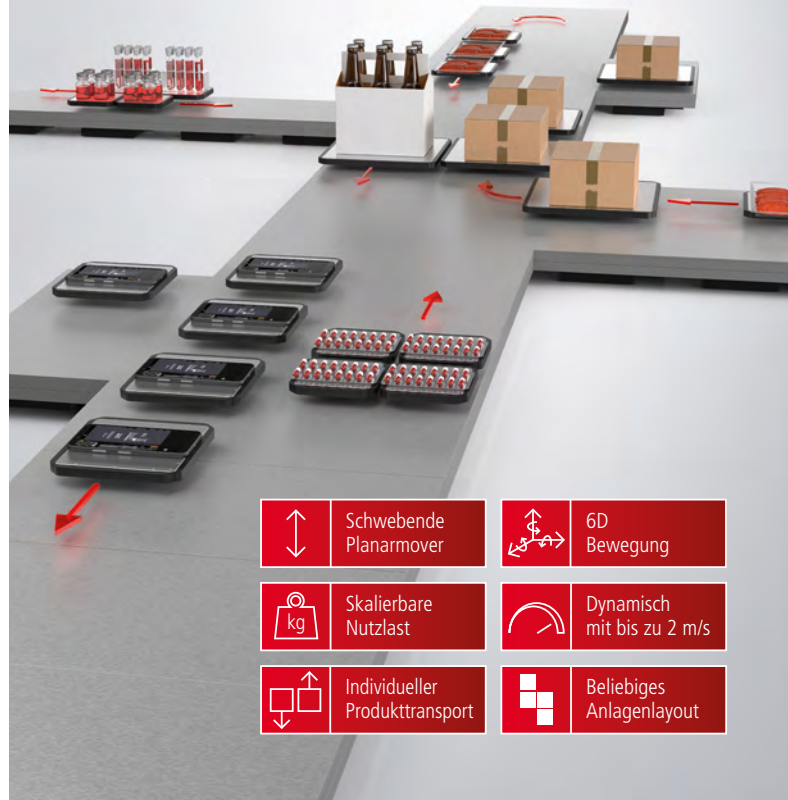
Am 19. Oktober überreichte Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner Bürgermeister Matthias Stadler das „Goldene Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“. Für Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner hat Matthias Stadler St. Pölten in verschiedenen Funktionen mitgeprägt und mitgestaltet. Neben seinen fachlichen Qualifikationen zeichnen den St. Pöltner Bürgermeister vor allem auch „seine Handschlagqualität, seine Verlässlichkeit, seine Kompromissbereitschaft und seine ruhige Art und Weise“ aus. Wir gratulieren herzlich!

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Bürgermeister Matthias Stadler



XPlanar®: Schwebend, kontaktlos, intelligent!

Freie 2D-Produktbewegung mit bis zu 6 Freiheitsgraden



	Schwebende Planarmover		6D Bewegung
	Skalierbare Nutzlast		Dynamisch mit bis zu 2 m/s
	Individueller Produkttransport		Beliebiges Anlagenlayout

XPlanar eröffnet neue Freiheitsgrade im Produkthandling: Frei schwebende Planarmover bewegen sich über individuell angeordneten Planarkacheln auf beliebig programmierbaren Fahrwegen.

- Individueller 2D-Transport mit bis zu 2 m/s
- Bearbeitung mit bis zu 6 Freiheitsgraden
- Transport und Bearbeitung in einem System
- Verschleißfrei, hygienisch und leicht zu reinigen
- Beliebiger Systemaufbau durch freie Anordnung der Planarkacheln
- Multi-Mover-Control für paralleles und individuelles Produkthandling
- Voll integriert in das leistungsfähige PC-basierte Beckhoff-Steuerungssystem (TwinCAT, PLC IEC 61131, Motion, Measurement, Machine Learning, Vision, Communication, HMI)
- Branchenübergreifend einsetzbar: Montage, Lebensmittel, Pharma, Labor, Entertainment, ...



Scannen und XPlanar direkt im Einsatz erleben

sps

smart production solutions

Halle 7, Stand 406

New Automation Technology

BECKHOFF



VCÖ-Geschäftsführer Willi Nowak, Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, Matthias Zawichowski (carsharing österreich), Andreas Palfy (Siemens Mobility), ÖBB-CEO Andreas Matthä

Aufbruch in der Mobilität

Beim 30. VCÖ-Mobilitätspreis Österreich wurden 13 innovative Mobilitätsprojekte ausgezeichnet.

Ende September zeichneten Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, VCÖ und ÖBB 13 von 375 eingereichten Projekten bei Österreichs größtem Wettbewerb für nachhaltige Mobilität aus. Den ersten Platz belegte die Plattform Carsharing Österreich – aktuell elf regionale Carsharing-Betriebe aus Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark haben sich zu einer Plattform mit einheitlichem Tarif zusammengeschlossen. Die mehr als 1.000 Mitglieder können zusätzlich zum Angebot vor Ort nun auch das Angebot in den anderen Regionen nutzen. Alle Pkw sind Elektroautos. (Ein ausführlicher Artikel dazu erscheint in der ÖGZ 12/21_1/22).

Einige der insgesamt 13 ausgezeichneten Konzepte: In der Kategorie „Kinder- und Jugendmobilität“ gewann das BRG Wels

Wallererstraße für „Bike&Meet“ – eine Bikeline, die Elterntaxis unnötig macht und Bewegung fördert. Für die VMOBIL Radboxen an Bahnhöfen wurde der Verkehrsverbund Vorarlberg in der Kategorie „Multimodalität“ ausgezeichnet, die Kategorie Digitalisierung räumte die TU Wien für das Tool StreetTuner, mit dem die Neugestaltung bestehender Straßen einfach visualisiert werden kann, ab. Der Sieg in der Kategorie Energiewende ging an die Holding Graz für das Forschungsprojekt move2zero zur Umstellung der öffentlichen Busflotte auf emissionsfreie Antriebe.

Weitere Informationen unter

www.vcoe.at/mobilitaetspreis

Wiener Frauenpreis 2020 und 2021

Seit 20 Jahren macht die Auszeichnung Frauen sichtbar, die Besonderes für Frauen leisten.

Der Wiener Frauenpreis feiert sein 20. Jubiläum und wurde im September gleich doppelt vergeben. Für das Jahr 2020 in den Kategorien „Sport“, „Kunst und Kultur“ und „Alltagsheldin“ an Ilse Dippmann, Gründerin des Wiener Frauenlaufs, Barbara Klein, Theatergründerin und ehemalige Intendantin des Wiener Kosmos Theater, sowie an Trixi Mikes, ehrenamtliche Helferin und Alltagsheldin.

Der Frauenpreis 2021 ehrt herausragende Frauen in den Bereichen „Arbeitsmarkt“, „Gendermedizin“ und „Vorwissenschaftliche Arbeit“. Ausgezeichnet wurden Manuela Vollmann, Erwachsenenbildnerin und Vorstandsvorsitzende, Geschäftsführerin und Gründerin von ABZ*AUSTRIA, Alexandra Kautzky-Willer, Fachärztin für Innere Medizin und Professorin für Gendermedizin, sowie Chiara Helin Arduc, Sonderpreisträgerin in der Kategorie „Vorwissenschaftliche Arbeit einer Schülerin“.



Vizebürgermeisterin und Frauenstadträtin Kathrin Gaál (Mitte) gratuliert den Preisträgerinnen: (von links) Beatrix „Trixi“ Mikes, Ilse Dippmann, Barbara Klein, Manuela Vollmann, Chiara Helin Arduc und Alexandra Kautzky-Willer



70. Österreichischer Städtetag

St. Pölten



Regional und Digital

Immer da, wo Sie uns brauchen.

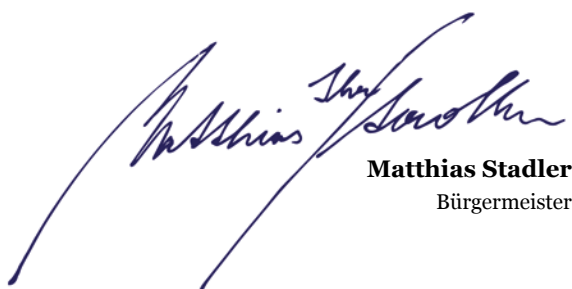
Tamara Stein, Leitung BeratungsCenter Domgasse



Herzlich willkommen in St. Pölten!

Es ist mir eine besondere Freude, Sie nach 2011 erneut in der niederösterreichischen Landeshauptstadt begrüßen zu dürfen. Sie werden sehen, seit damals ist viel in Bewegung geraten, St. Pölten hat in den vergangenen Jahren wirtschaftlich wie kulturell eine enorme Dynamik entwickelt. Wir verdichten die Stadt nach innen, neue Stadtteile entstehen. Dabei bleibt St. Pölten eine überschaubare und menschliche Stadt, in der niemand allein gelassen wird, eine echte Sozialstadt, die Raum für Zusammenhalt und Engagement bietet. Kunst und Kultur können hier auf fünf Bühnen sowie in zahlreichen Museen, Proberäumen und Galerien genossen werden. In Partnerschaft mit dem Land Niederösterreich haben wir fundierte Grundlagen erarbeitet, die Basis für den Kulturschwerpunkt „St. Pölten 2024“ sein werden. Die Menschen schätzen unsere Stadt aber auch für ihre großzügigen Grün- und Erholungsräume, die

uns auf einer für Österreich einzigartigen Fläche mit Parks, Natur und Naherholung versorgen – eingebettet in eine Region, reichhaltig an Natur- und Kulturgütern. Der gesetzte Kulturschwerpunkt hat auch eine neue Kultur der Bürger:innen-Beteiligung mit sich gebracht: Ob beim bis 2024 entstehenden KinderKunstLabor, dem ebenfalls im Entstehen begriffenen Sturm 19-Park mit seinen 20.000 Quadratmetern oder dem neu zu gestaltenden Promenadenring rund um die Altstadt, bei dem es uns um eine klare Verbesserung für Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und für den öffentlichen Verkehr geht. Wir werden hier eine neue Aufenthaltsqualität samt Erholungszonen, Grünraum und Spielbereichen schaffen. Die folgenden Seiten bieten einen Überblick über das Stadtgeschehen. Sehen Sie sich aber auch vor Ort um, und Sie werden mir beipflichten: St. Pölten ist in Bewegung. 



Matthias Stadler
Bürgermeister



St. Pölten: von der Mittel- zur Modellstadt

Im Schatten der Metropolen sind mittelgroße Städte keineswegs dazu verurteilt, Einwohner:innen und Kaufkraft zu verlieren. Vorausgesetzt, sie planen langfristig und strategisch. Mit gelebtem Private-Public-Partnership empfiehlt sich St. Pölten heute als Erfolgsmodell für Mittelstädte in Europa.

Skeptische Stimmen hatte es schon gegeben – damals, Mitte der 1980er, als die Politik St. Pölten zur Landeshauptstadt von Niederösterreich machte. Würde die Stadt angesichts des Trends zur De-Industrialisierung und zur Digitalisierung am Ende das Schicksal anderer ehrwürdiger Industriestädte teilen und einen Niedergang erleben? Wie sollte die pittoreske, weithin barock geprägte Innenstadt gegen den doppelten Vampirbiss von Einkaufszentren und Online-Handel bestehen? Wie konnte eine Stadt, die in Österreich den Ruf des „liebenswert Provinziellen“ fest wie eine Laus im Pelz hatte, das administrative, wirtschaftliche und kulturelle Zentrum für das größte Bundesland mit mehr als 1,5 Millionen Einwohner:innen werden?

Kommunalsteuer verdoppelt
Schnitt in die Gegenwart: In zwanzig Jahren hat die Stadt das Aufkommen an Kommunalsteuer – und damit ihre Finanzkraft – ziemlich genau verdoppelt. Der Zuwachs an Jobs war höher als in jeder anderen Landeshauptstadt und doppelt so hoch wie im österreichischen Schnitt (Zeitraum 2001–2015, Quelle: Statistik Austria). Mittlerweile übersteigt die Zahl der Arbeitsplätze deutlich jene der Einwohner:innen in der Stadt. Unternehmen suchen nicht zuletzt die Nähe zu zwei Hochschulen am Standort sowie zur HTL und zum WIFI als landesweitem Zentrum in der Erwachsenenbildung. Ein emsiges Innenstadt-Marketing sorgt dafür, dass der Jahresreigen an Veranstaltungen in der City nicht abreißt – und dass sich Leerstände in Grenzen halten.

Nun investiert mit SIGNA einer der größten Immobilienentwickler Europas in die St. Pöltner Innenstadt und errichtet am Stammareal des Möbelhauses Leiner ein Hotel, ein Konferenzzentrum und Wohnungen. Und zu guter Letzt entwickelt die einstige Arbeiterstadt auch noch kulturell Profil: Publikum aus Wien für das St. Pöltner Festspielhaus und im Vorjahr gleich zwei „Nestroys“ für das stadtzentrale Landestheater stehen stellvertretend für den Aufbruch.

Vom Ideal zur Institution

Taugt der anhaltende Erfolgslauf St. Pöltens als Modell für Mittelstädte? „In gewisser Weise ja!“, meint Bürgermeister Matthias Stadler. „Wir setzen bewusst auf Weltoffenheit und auf das Miteinander am Standort. Und zwar so, dass wir es in



ST. PÖLTEN

*Landeshauptstadt von
Niederösterreich*

*Einwohner:innen: 60.589,
davon 55.716 mit Hauptwohnsitz*

Fläche: 108 km²

*Aktive Betriebe: 3.838, davon
2.000 kommunalsteuerpflichtig*

Reservefläche Gewerbe: 188 ha

Bildungsplätze: ca. 60.000

unserer Stadtentwicklung institutionell verankert haben.“

Tatsächlich haben es die St. Pöltner:innen verstanden, hehre Prinzipien in Strukturen und Akteur:innen zu übersetzen. Bereits in den 1990ern haben sie sich international vernetzt, als sie die Gründung des „Kooperationsnetzwerks Europäischer Mittelstädte“ initiierten. Heute verschreiben sich dort 24 Städte aus 13 europäischen Staaten der interkommunalen Zusammenarbeit.

Vor allem aber ging es darum, der schönen Idee von Partizipation und Public-private-Partnership (PPP) Zug und Grip zu geben. Dazu hat die Stadtverwaltung unter Stadler von Beginn weg die Wirtschaft eingebunden. Gemeinsam wurde 2004 das städtische Wirtschaftsservice ecopoint gegründet. Zukunftsweisend war auch die Gründung des privaten Vereins „Plattform St. Pölten“ im Jahr 2006. Sie wurde zum Fundament, auf dem sich die Partizipation der Wirtschaft und Immobilieneigentümer:innen weit über die Kaufmannschaft der City hinaus etabliert hat. Heute vereint die Plattform über 300 Mitglieder, die sich mit Expertise, Engagement und einem Mitgliedsbeitrag von je 360 Euro jährlich aktiv einbringen.

Das vierte P: Pragmatismus

Das Miteinander macht die Stadtentwicklung nicht immer einfacher, aber im

Ergebnis produktiver. In einem breit und parteiübergreifend angelegten „Visionsprozess“ wurden 2008 langfristige Entwicklungsperspektiven für den Standort gemeinsam mit dem Institut von Trendforscher Matthias Horx entwickelt und in den „Masterplan 2020“ gegossen.

An diesem Punkt kommt neben PPP das vierte starke P der St. Pöltner:innen ins Spiel: Pragmatismus. Gemeinsam mit der Plattform hatte die Stadt bereits 2006 eine Agentur gegründet, die sich operativ um die Umsetzung der Strategien kümmerte. Heute gehört die Marketing St. Pölten GmbH zu 60 % der Stadt und zu 40 % der Plattform und realisierte zuletzt im Jahr 2020 Projekte im Wert von rund drei Millionen Euro: vom Innenstadt-Marketing über Veranstaltungsservice und Tourismus bis zur Produktion von Medien-Content.

Partizipation und langfristige Planung bilden weiterhin das Kraftfeld auf dem Weg St. Pöltens. Die Fortschreibung des Masterplans unter dem Titel „stp*25|50“ steht vor der Präsentation. Christoph Schwarz, der als Leiter der Magistratsabteilung Zukunftsentwicklung, Wirtschaft und Marketing das Miteinander von Stadt und teilprivater GmbH koordiniert: „Je besser die Einbindung aller Akteure, umso effizienter ist die Standortentwicklung – und umso wertvoller ist die Etablierung eines gemeinsamen und verbindlichen Planungshorizontes!“

STP 25|50: VIER SÄULEN, ALLE THEMEN



Green_Cool: Nachhaltige Stadtentwicklung von der Energiewende und der Anpassung an den Klimawandel über Baukultur bis zu Kreislaufwirtschaft, Mobilität und Ausfallsicherheit bei Systemen der Lebensvorsorge.



Fit Healthy: Public Health und Krankheitsprävention auf der Grundlage von Bewegungs- und Sportangeboten u. a. in der Schule und am Arbeitsplatz; verstärktes Augenmerk gilt auch den Bedingungen für psychische Gesundheit.



Skill-Arts: Für ein Umfeld, das vor dem Hintergrund von heute bereits 60.000 Bildungsplätzen Exzellenz-Raum zur Entfaltung bietet – in Handwerk, Technologie und Forschung ebenso wie auf kultureller Ebene.



Enterprising: Aufbau jenes Unternehmergeistes und jener Unternehmerkultur, auf deren Grundlage St. Pölten das hohe Potenzial als Technologie-Standort voll realisieren kann, das internationale Studien dem Standort bescheinigen.



„In der Stadtverwaltung und als Landeshauptstadt verfügen wir über reiche Expertise. Die Aufgabe eines Masterplans ist es, bestehende und neue Planungen zur einer fassbaren gesellschaftlichen Vision zusammenzuführen – und als solche umsetzbar zu machen.“

Josef Wildburger, Unternehmer und leitender Planer stp 25|50

A Leading Second City in Europe

*Der Masterplan stp 2020 hat St. Pölten mit dorthin gebracht, wo es heute steht. Die Fortschreibung als stp*25|50 will die Stadt im Spitzenfeld europäischer Mittelstädte positionieren.*

„Mittelstädte gelten als die Lebens- und Entwicklungsräume der Zukunft“, weiß Chef-Masterplaner Josef Wildburger. „Insbesondere, wenn sie als sogenannte Second Cities im Einzugsbereich einer Metropole liegen und ihre Chancen zu nutzen verstehen.“

Mit dem Masterplan stp 25|50 will er mit der Stadtverwaltung als Auftraggeber sowie mit Expert:innen im Hintergrund den Weg bereiten für ein St. Pölten, das mittelfristig zu Europas „Leading Second Cities“ zählt. Leitthemen, Projekte und

Maßnahmen werden darin bis 2025 konkret definiert – bis 2050 im Sinne strategischer Leitlinien und Schlüsselvorhaben, deren Umsetzung entlang aktueller Gegebenheiten und neuer Herausforderungen zu gewährleisten ist.

Dem gesamthaften Ansatz entsprechend, fasst stp 25|50 nicht nur das Stadtgebiet ins Auge, sondern auch die damit verwobene Hauptstadtregion. Mit St. Pölten als Zentrum der Verwaltung und der Kultur und als wirtschaftlichem Motor. Vier „Säulen“ tragen die Planung inhaltlich. Der Anspruch dabei ist so breit, wie man es von einem Masterplan erwarten kann: Im Sinne fundierter Antworten auf die Herausforderungen und Chancen der Zukunft ebenso wie als Grundlage für die praktisch-kommunalen Entscheidungen, die es in einer Landeshauptstadt täglich zu treffen gilt.



Auf die Städte ist immer Verlass

Die Coronakrise hat deutlich gemacht, welch wertvollen Dienst unzählige Menschen in Österreich für unser aller Dasein leisten. Vereint unter dem Dach der kommunalen Daseinsvorsorge sind sie die Heldinnen und Helden der Krise.



Bürgermeister Matthias Stadler hat in St. Pölten mit der „Stadthilfe“ ein erfolgreiches Instrument zur Förderung der Wirtschaft umgesetzt.



Von der Müllabfuhr bis zur Durchführung der Massentestungen: In St. Pölten hat die Stadt verlässlich ihren Beitrag zur Bewältigung der Coronakrise geleistet.

Die städtischen Bediensteten sind jeden Tag im Einsatz, damit die Daseinsvorsorge auch seit Beginn der Coronakrise reibungslos weiterläuft.

Ob es der Fahrer bei der Müllabfuhr ist, der allein auf seiner Route 530 Mülltonnen entleert und dabei 12.000 Kilogramm Restmüll abholt, oder die Kolleg:innen vom Wasserwerk, die auf unzähligen Kilometern Leitung dafür sorgen, dass jeder und jede in der Stadt mit dem lebensnotwendigen Nass versorgt wird – sie alle eint eine Sache: der ununterbrochene Einsatz für die Bürger:innen der Stadt.

Schnell helfen

Wie wichtig der Einsatz der Städte und Gemeinden ist, verdeutlicht sich auch auf wirtschaftlicher Ebene. In St. Pölten wurde unkompliziert und rasch geholfen, wo dies möglich war. Die Stadt hat schnell reagiert und neben Marketingkampagnen für die St. Pöltner Unternehmen, der Stundung von Gebühren oder dem Streichen der Schanigartenabgabe ein besonderes Instrument kreiert: den Stadtzwanziger.

„Unkompliziert und direkt haben wir den St. Pöltner:innen ein Werkzeug in die Hand gegeben, um der heimischen Wirtschaft zu helfen. Viele Private sind auch in St. Pölten von der Krise getroffen und

bekamen auch auf diesem Weg eine Unterstützung. Jeder Haushalt konnte bei einem lokalen Unternehmen einkaufen, den Beleg ohne viel Aufwand digital einreichen und bekam für den Einkauf eine Summe von maximal 20 Euro retour“, erklärt Bürgermeister Matthias Stadler. Zwei Runden der „Stadthilfe“ wurden durchgeführt, dabei über 20.000 Anträge abgehandelt. Insgesamt konnten durch Auszahlungen von rund 400.000 Euro über 1,5 Millionen Euro direkt in die regionale Wirtschaft als Impuls eingebracht werden. Die durchschnittliche Zeit von der Einreichung bis zur Überweisung lag bei gerade einmal 55 Stunden.



Ein Partner für die Wirtschaft

Die Wirtschafts-Servicestelle ecopoint fungiert als kompetente und kundenorientierte Drehscheibe zwischen Investor:innen, der Stadt St. Pölten, dem Land NÖ, dem Bund und der EU. ecopoint versteht sich dabei als One-Stop-Shop für die Wirtschaft und unterstützt innovative Unternehmen und Start-ups.

Jahrelange Erfahrung und Zusammenarbeit mit nationalen und regionalen Ansiedlungsagenturen, wie dem Land Niederösterreich und der ecoplus, kommen potenziellen Inves-

Dass sich ein proaktives Leerstandsmanagement für St. Pölten auszahlt, beweist eine kürzlich erschienene Studie von Standort + Markt, welche die Leerstände der österreichischen Innenstädte verglich. Die St. Pöltner Innenstadt belegte mit 3,1 % Leerstand dabei Platz 3 (hinter Wien-Mariahilf und Salzburg).

tor:innen oder Unternehmer:innen hier zugute. Netzworkebildung, Kontaktpflege sowie projektübergreifende Zusammenarbeit bilden die Basis für gemeinsames Wachstum in St. Pölten.

Die Aufgabengebiete der Wirtschafts-Servicestelle ecopoint unterteilen sich grob in drei größere Teilbereiche: Unternehmensberatung, Leerstandsmanagement und Betriebsansiedlungen.

Unternehmensberatung

ecopoint fungiert als erster Ansprechpartner für potenzielle Investor:innen und Unternehmen, die sich in St. Pölten ansiedeln wollen. Das ecopoint-Team informiert Unternehmen rund um den Wirtschaftsstandort St. Pölten und rich-

tet sich persönlich, bedarfsorientiert und flexibel nach deren individuellen Anforderungen. Von der Standortentscheidung bis hin zum Ansiedlungsprozess stehen die Mitarbeiter:innen mit Rat und Tat zur Seite und koordinieren gemeinsam mit den Unternehmer:innen die dazu nötigen Schritte. Natürlich stehen sie auch im Zuge der Nachbetreuung für die speziellen Anliegen zur Verfügung.

Je nachdem, ob ein Unternehmen einen neuen Standort in St. Pölten errichten will oder ob die Erweiterung eines bestehenden Standortes geplant ist, stellt ecopoint entscheidungsrelevante Informationen bereit.

Ausgehend vom individuellen Anforderungsprofil der potenziellen Inves-

tor:innen berät ecopoint bei Fragestellungen v. a. in den Bereichen Liegenschaften und Immobilien, Finanzierung und Förderung, soziale Netzwerke sowie Behördengänge.

In der Startphase der Betriebsansiedlung erhalten Unternehmen ein detailliertes Wirtschaftsprofil der Region und ihrer Umgebung, in dem alle relevanten Informationen über den Wirtschaftsstandort St. Pölten aufgelistet sind.

In der eigentlichen Phase der Ansiedlung, des Ausbaus oder der Gründung eines Unternehmens unterstützt ecopoint durch die Koordination von Schnittstellen zu öffentlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen und bietet als eine der wichtigsten Leistungen die Aufnahme und Verknüpfung in das regionale Wirtschaftsnetzwerk. Dadurch erhalten Unternehmer:innen Hilfestellung bei den Themen:

- ▶ Herstellung von Kontakten
- ▶ Erstellung von Unterlagen
- ▶ Vermittlung von Expert:innen
- ▶ Einführung in das lokale und regionale Wirtschaftsnetzwerk

Nach der erfolgreichen Investition ist ecopoint ebenfalls erste Anlaufstelle in vielen Belangen – nicht nur bei Liegenschaften, Immobilien, Förderungen, Finanzierungen und Behördenverfahren, sondern auch beim Aufbau eines individuellen sozialen Rahmens. ecopoint bleibt wichtiger Partner – damit sich die Unternehmer:innen, vor allem in der Startphase, voll auf ihre eigentlichen Geschäfte konzentrieren können.

Betriebsansiedlungen

Flächen sind der Rohstoff der Standortentwicklung. Damit sie wirtschaftlich produktiv werden, braucht es klare Ideen und eine langfristige Strategie.

St. Pölten verfügt über mehr Flächen als selbst wesentlich größere Kommunen aufweisen: zum Beispiel nur 4 Prozent der Einwohner:innen, aber ein Drittel der Fläche von München. Damit aus diesen Räumen der bestmögliche Entwicklungs-Output für den Standort St. Pölten generiert wird, ist in der ecopoint-Service-stelle auch das strategische Grundstücksmanagement der Stadt St. Pölten inte-

griert. So können Flächen für potenzielle Betriebsgebiete frühzeitig erweitert beziehungsweise aufgeschlossen werden.

Ein Hauptaugenmerk liegt dabei – angesichts der dynamischen Entwicklung des St. Pöltner Wirtschaftsraumes – auf den Verhandlungen mit privaten Eigentümer:innen, damit diese etwa landwirtschaftliche Flächen für die urbane Entwicklung der Stadt zugänglich machen.

St. Pölten verfügt über mehrere Gewerbegebiete, die nach wie vor über Flächenreserven verfügen. Konkret sind das die Gewerbegebiete NOE Central, das Gewerbegebiet Unterradlberg und jenes in Ratzersdorf.

Leerstandsmanagement

Durch den Strukturwandel im Groß- und Einzelhandel entstehen neue Herausforderungen, die von der Stadt präventiv aufgegriffen werden. Eine proaktive Innenstadtbewirtschaftung soll zur weiteren Belebung und Attraktivierung beitragen sowie innovative Potenziale in die Innenstadt ziehen.

Durch die für das Projekt neu definierte Zusammenarbeit der Wirtschaftsservice-stelle der Stadt und der Marketing St. Pölten GmbH werden nun vorhandene Aktivitäten gebündelt. Insbesondere wird die Zusammenarbeit mit den Geschäftsbetreiber:innen, den Hauseigentümer:innen und Makler:innen intensiviert. Damit schafft das Maßnahmenprogramm einen Mehrwert für den Wirtschaftsstandort und alle Beteiligten. Ziel ist es, St. Pölten als Wirtschaftsstandort weiter zu stärken. Vor allem die historische Innenstadt mit ihrer lebendigen Einkaufs- und Flaniermeile (die St. Pöltner Fußgängerzone umfasst eine Verkaufsfläche von 73.462 m²) ist Gegenstand der Maßnahmen, die gezielte Betriebsansiedlungen unterstützen und den Standort für innovative und kreative Geschäftslokalnutzungen in den Fokus rücken soll. Somit können Maßnahmen im Sinne von „Vernetzung – Experiment – Lernen“ unter Realbedingungen gesetzt werden. Das heißt, neue Erkenntnisse hinsichtlich Raum, Struktur, Finanzen zu gewinnen. Außerdem soll das Digitalisierungs-Know-how in die Stadt geholt werden.

ERFOLGREICH UMGESETZTE PROJEKTE

Pop-up-Stores

Innenstädte sind durch die Umstrukturierung des Handels und den Wandel des Branchen-Mix immer wieder von (kurzfristigen) Leerständen betroffen. Um das abzufedern, unterstützt St. Pölten die Inhaber:innen von Geschäftslokalen nicht nur bei der Suche nach langfristigen Mieter:innen, sondern hat mit den Pop-up-Stores auch ein Konzept entwickelt, das kurzfristige Leerstände ausgleicht und darüber hinaus die Innenstadt weiter belebt. Konkret wird Start-ups, Gründer:innen oder Künstler:innen die Möglichkeit gegeben, ihre Produkte/Dienstleistungen in den frequenzstärksten Einkaufsstraßen St. Pöltens in einem eigenen Geschäftslokal zu präsentieren und die Akzeptanz bei den Kund:innen zu testen.

Fahrrad-Garage

Ein neuer Service: Montag bis Samstag von 7 bis 19 Uhr können Radfahrer:innen hier Fahrräder sicher, geschützt und kostenfrei abstellen. Darüber hinaus werden ein E-Scooter-Verleih sowie Schließfächer für Wertgegenstände angeboten.

Stadt-Büro

Der Coworking-Space bietet zwölf voll ausgestattete flexible Arbeitsplätze. Hier können sich Studierende, Selbstständige und alle anderen hier ihren Arbeitsplatz für einen Tag einrichten.





clean



housekeeping



food



facility



logistics & care

Als **Familienunternehmen** bieten wir unseren **qualitätsbewussten** Kunden eine **Vielzahl an Dienstleistungen** – von der hygienischen Reinigung bis hin zur Gemeinschaftsverpflegung.

Als Familienunternehmen kümmern wir uns.



... Ihr zuverlässiger Partner für

- Bundes-, Landes- und Städteverwaltungen
- Einrichtungen des Gesundheitswesens
- Hotels



Wo Partizipation großgeschrieben wird

In St. Pölten fungiert eine eigene Plattform als Wirtschaftsnetzwerk für den Standort, ein neu gegründeter Verein aktiviert Bürger:innen-Power.

Mittelstädte gewinnen heute oder verlieren. Im Verein „die Plattform“ sorgen Hunderte Mitglieder seit 2006 dafür, dass St. Pölten zu den Gewinnerinnen gehört.

Unter dem Motto „Stärker werden, indem wir den Standort stärken“ engagieren sich St. Pöltner Unternehmen aus den unterschiedlichsten Branchen für ein starkes St. Pölten.

In kaum einer anderen Stadt in Österreich arbeiten Politik und private Expertise so erfolgreich zusammen wie in St. Pölten. Als Mitglied des Vereins haben Unternehmer:innen somit die Möglichkeit, frühzeitig auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren und gemeinsam mit der Stadtverwaltung neue Zukunftsräume zu erdenken bzw. zu entwickeln.

Die Plattform schafft dabei auch das optimale Netzwerk, das es zum Miteinander braucht: Für industrielle Unternehmen, die mit gewerblichen kooperieren. Für Händler:innen, die über neue Partner:innen neue Kundinnen und Kunden ansprechen. Für Arbeitgeber:innen, die sich mit (Hoch)Schulen vernetzen. Für EPU und Start-ups, die frische Ideen bringen. Und für alle, die Anliegen oder Ideen für die Stadt haben. Wann immer Unternehmen eine Initiative planen, die den Standort stärkt, ist die Plattform nicht weit. Die Unterstützung reicht von der Begleitung behördlicher Routinen über Veranstaltungsservice und Öffentlichkeitsarbeit bis zu Medienkooperationen.

Der direkte Draht zur Stadt

Ob die moderne Verwaltung oder die effiziente Entwicklung von Städten: Beides ist heute untrennbar verbunden mit der



Beteiligung der Bürger:innen. Der Verein MEIN ST. PÖLTEN schafft in der Stadt dafür eine gleichermaßen breite wie tragfähige Basis.

Als die Stadtverwaltung in den Dialog mit der Wirtschaft getreten ist, war das für die weitere Entwicklung des Standorts St. Pölten ein Segen. Mit der Gründung des Vereins im Jahr 2020 findet dieser Zukunftsweg seine Fortsetzung und Erweiterung.

Was mit der „Plattform St. Pölten“ für den Wirtschaftsstandort gelungen ist, soll nun auch für den Lebens- und Wohnstandort St. Pölten gelingen: die bestmögliche Koppelung zwischen Stadtpolitik und den Nutzer:innen der Stadt.

Die Mitgliedschaft im Verein ist für alle kostenlos. Anregungen und Wünsche der Mitglieder – vom klappernden Kanaldeckel über eine Gefahrenstelle am Spielplatz bis zu innovativen Ideen aus den Stadtteilen – werden vom Verein direkt

an die zuständigen Stellen in der Stadt herangetragen. Obmann Wolfgang Hager: „Dass wir den Bürgermeister für den Ehrenvorsitz gewinnen konnten, gewährleistet die produktive Kooperation mit der Stadt!“ Dabei betont er, dass MEIN ST. PÖLTEN eine Zukunftsfrage und keine Parteienfrage sei: „Wir unterstützen Politik immer dort, wo sie alle in der Stadt einbindet!“

Bürgermeister Matthias Stadler begrüßt den Verein als „Initialzündung“ für noch mehr Lebensqualität in der Stadt: „Es war immer der konstruktive Dialog auf Augenhöhe, der uns weitergebracht hat. Der Verein bildet den Rahmen, dass alle daran teilnehmen können. Für uns in der Verwaltung bringt das zusätzliche Orientierung, wo es in den Stadtteilen auch in Details noch etwas zu verbessern gibt. Denn davon hängt die Lebensqualität in der Stadt nicht weniger ab wie von den großen Fragen in der Stadtentwicklung!“

Die Stadt richtet sich neu aus

Mehr Grünraum und sichere Verkehrswege steigern die Lebensqualität der Bürger:innen. Umso wichtiger, dass diese sich bei der Gestaltung aktiv einbringen können. Ein Überblick über aktuelle Mammutprojekte.

Im Zentrum der Stadt entsteht mit diesem Medien- und Kommunikationshaus ein Begegnungsraum für alle, ein Medien- und Kommunikationshaus des 21. Jahrhunderts mit moderner, interaktiver Bibliothek. Dieser Standort bietet eine wichtige strategische Entwicklungsmöglichkeit. Die Umgestaltung des Domplatzes wird in Zukunft verbesserte Möglichkeiten für die Durchführung des Wochenmarktes und auch Raum für Veranstaltungen wie Gästivals, Lesungen oder Konzerte schaffen. Das neue Haus bietet u. a. Platz für 52.000 klassische Medien, einen Saal für rund 70 Personen und Platz für interaktive Konzepte oder gemütliche Nischen mit imposantem Blick auf den St. Pöltner Dom. Die bestehende Bibliothek in der Prandtauerstraße verfügt aktuell über 570 m² Nutzfläche, das neue Haus über mehr als die doppelte Fläche, wobei unmittelbar 1.200 m² zur Verfügung stehen. Auch die vorgelagerten Arkaden könnten, ebenso wie der ausgebaut Dachboden, eine neue Nutzung bekommen.

Sturm 19 Park

Bereits im Dezember 2019 wurde der politische Wille zur Neugestaltung des ehemaligen Sturm 19 Fußballplatzes kommuniziert. Dazu wurde auch ein breit angelegter Planungsprozess gestartet, zu dem alle St. Pöltner:innen eingeladen waren. Der Park soll als Erholungsraum für alle etwas bieten, inklusiv und einladend gestaltet sein und sich durch eine besonders hohe Aufenthalts- und Nutzungsqualität auszeichnen. Mit der Neu-



Der gesamte Promenadenring wird umgestaltet. Er soll für mehr Sicherheit für Radfahrer:innen und Fußgänger:innen sorgen sowie das Stadtklima durch mehr Grünflächen regulieren.

gestaltung wollen wir einen positiven Mehrwert für den Stadtteil und vor allem für die umliegende Nachbarschaft schaffen. Voraussichtlich werden die Umgestaltungsarbeiten zum Park 2022 starten. Damit aber schon jetzt ein Teil des Areals genutzt werden kann, wurde der südliche Teilbereich mit einer Größe von rund 5.000 m² bereits im November 2020 geöffnet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Dazu startete Anfang des Jahres 2021 ein besonderer dialogorientierter Planungsprozess, der zur intensiven Mitwirkung

der Bürgerschaft einlädt. Ganz besonders eingeladen, sich an diesem Prozess zu beteiligen, waren die Anrainer:innen, die Jugendlichen und die Kinder aus der Umgebung. Eine Besonderheit im Prozess: Um eine intensive Einbindung von Vertreter:innen unterschiedlicher Interessens- und Nutzer:innengruppen zu ermöglichen, wurde für das Planungsverfahren ein eigener Park-Bürger:innenbeirat installiert. Dem Beirat kommt eine beratende Rolle während des gesamten Prozesses zuteil. Die Mitglieder können an unterschiedlichen Veranstaltungen

wie Sitzungen teilnehmen und so zu den Diskussionen beitragen und sich aktiv einbringen.

Das Ergebnis des Beteiligungsprozesses ist die Grundlage für den anschließenden Planungswettbewerb. Ausgewählte Landschaftsplanungsbüros haben für den neuen Park Gestaltungskonzepte erarbeitet, mittlerweile steht das Siegerprojekt auch schon fest.

Promenadenring der Zukunft

Insbesondere der innen liegende Geh- und Radweg des Promenadenrings, der die Innenstadt umkreist, führte in den vergangenen Jahren häufig zum Auftreten von Unfallhäufungsstellen. Auch die derzeitige Verkehrsfunktion, die eine Ausweichroute zu den umliegenden Bundes- und Landesstraßen darstellt, ist für die städtische Bedeutung und Nutzung der Promenade nicht förderlich. Doch auch in Folge der starken Durchzugsverkehrsnutzung litt insbesondere der Grün- und Baumbestand entlang der Verkehrsachse erheblich, zum anderen verhindert die bestehende Raumaufteilung der Promenade im Bestand jede sinnvolle grünräumliche Entwicklung. Das derzeitige Erscheinungsbild der Promenade ist den Ansprüchen einer Landeshauptstadt optisch und funktionell nicht mehr würdig.

Bürger:innenbeteiligung

Nun soll der Ring einem umfangreichen Neugestaltungsprozess unterzogen werden. Dabei wurde auf moderne Bürger:innenbeteiligungsformen zurückgegriffen, die von Vor-Ort-Befragungen und Online-Formaten bis hin zur Durchführung von Stadtforen reichten.

Die hohe Anzahl an Rückmeldungen bestätigt, dass dieses Planungsvorhaben von besonderem Stellenwert für die Bürger:innen ist. Die Ergebnisse werden nun ausgewertet, nachvollziehbar aufbereitet und dokumentiert. Der gesamte öffentliche Dialog dient der Vorbereitung auf den anstehenden internationalen Planungswettbewerb. Für jenen Wettbewerb konnte eine international angesehene Fachjury gewonnen werden. Vorsitzender dieser Jury ist Architekt und Stadtplaner Uli Hellweg aus Berlin. Doch auch die Aufgabenstellung ist bemerkenswert – es



Bei allen Beteiligungsformaten wurden so viele Bevölkerungsgruppen wie möglich befragt. In der Otto Glöckl Volksschule hat der Ideenfresser die Meinungen eingeholt.

erfordert jedenfalls Mut, den gesamten historischen Ring einer Neugestaltung zu unterziehen.

Beteiligungsprozesse machen Wünsche sichtbar

Da coronabedingt die meisten Beteiligungsformate nicht möglich waren, mussten diese in den virtuellen Raum verlegt werden. Die rege Teilnahme hat

gezeigt, welch hohen emotionalen Stellenwert Themen der Stadtentwicklung bei den Bürger:innen haben.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Wunsch nach mehr Grünraum und Möglichkeiten, sich im Freien bewegen zu können, besonders groß ist. Dies wird auch in zukünftigen Überlegungen zur Stadtentwicklung berücksichtigt werden.





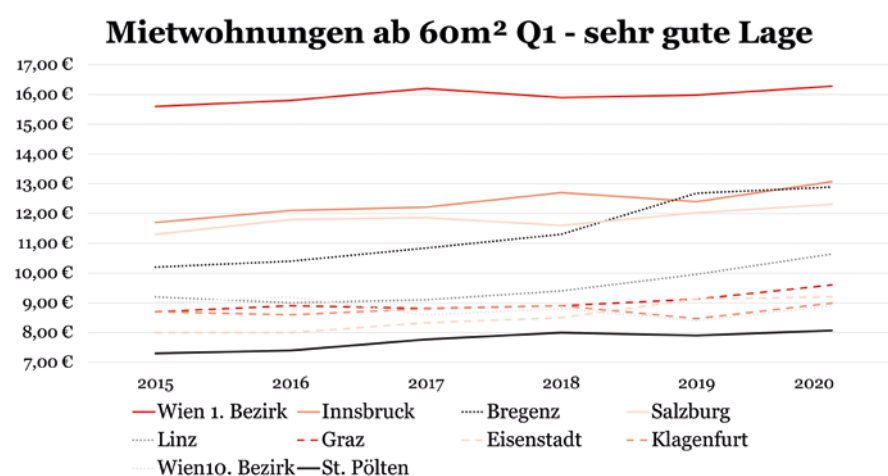
Das ist der Wohnsinn!

St. Pölten erfreut sich seit den vergangenen Jahren über ein stetiges und gesundes Wachstum. Dies liegt vor allem an der hohen Lebensqualität und dem vergleichsweise günstigen Wohnungsangebot.

Das große Angebot an Bildungs- und Arbeitsplätzen ist neben der optimalen Infrastruktur und der Hochleistungsverbindung in die Wiener Innenstadt (Verbindung St. Pölten–Wiener Hauptbahnhof in 25 Min.) ein weiterer Faktor, der die Dynamik am St. Pöltner Wohnungsmarkt befeuert. Vor rund 7 Jahren startete St. Pölten eine Wohnbauoffensive mit rund 2.500 neuen Wohneinheiten, die aufgrund von Baulandaktivierungen und der gezielten Ansprache von Investor:innen und Genossenschaften das Angebot deutlich erhöhen konnte. Durch die vermehrte Bautätigkeit konnte ein Preis-Boom verhindert bzw. abgefedert werden.

Willkommen in der Wohnstraße

Die St. Pöltner Wohnstraße ist ein Zusammenschluss aus Stadt, Bauträgern, Genossenschaften und weiteren Playern der Immobilienwirtschaft, die sich das gemeinsame Ziel gesetzt haben, den Wohnstandort St. Pölten zu vermarkten und überregional zu bewerben. Besonders hervorzuheben ist dabei der Umstand, dass trotz Konkurrenzsituation am Wohnungsmarkt alle Partner an einem Strang ziehen und ein gemeinsamer



Preisvergleiche der durchschnittlichen Mietpreise österreichischer Landeshauptstädte für Mietwohnungen ab 60 m² mit sehr guter Wohnausstattung (Q1) in sehr guter Lage

werblicher Auftritt geschaffen wird. Beispiele für gemeinsame Werbeaktionen waren diverse Messeauftritte, die Installation einer permanenten Immobilienmesse in der St. Pöltner Innenstadt und überregionale Werbekampagnen.

Um die St. Pöltner Immobilienwirtschaft bei der Vermarktung ihrer Projekte zu unterstützen, hat die Stadt St. Pölten eine

eigene Immobilienplattform initiiert. Bürger:innen können somit bequem auf der offiziellen Website der Stadt St. Pölten den Wohnungs- bzw. Immobilienmarkt sondieren und das passende Objekt finden. Darüber hinaus bietet die Seite Hintergrundinformationen zum Wohnstandort sowie Informationen zu neuen Projekten und Entwicklungen. 🏡

Digitale Schule

*Im Rahmen der Interpädagogica, Österreichs führender Bildungsfachmesse für Lehrmittel, Ausstattung, Kultur und Sport, findet am Freitag, den 19.11.2021, der **3. BILDUNGSINFRASTRUKTURTAG** in der Messe Wien statt. Die Fachveranstaltung richtet sich an Erhalter von Bildungseinrichtungen, im Speziellen an BürgermeisterInnen, VizebürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen, sowie an SchulleiterInnen und PädagogInnen.*



CHANCEN UND HERAUSFORDERUNGEN DES 8-PUNKTE PLANS

Thema des **3. BILDUNGSINFRASTRUKTURTAGS** ist der von der Bundesregierung initiierte 8-Punkte-Plan für die Digitalisierung der österreichischen Schulen.

Kann *Lernen vernetzen* Berge versetzen? Diese Fragestellung wird Univ.-Prof. HR MMag. DDr. Erwin Rauscher, Rektor der Pädagogischen Hochschule NÖ, erörtern und dabei die zukunftsweisende Pädagogik vorstellen, die die Digitalisierung unserer Schulen mit sich bringt. Wie diese Digitalisierung im Detail umgesetzt werden soll und wo hier konkret die Herausforderungen liegen, wird in der anschließenden Talkrunde diskutiert. Anhand der Vorstellung eines Best-Practice-Beispiels aus unserem Nachbarland Deutschland wird gezeigt, wie die „digitale Schule“ anderswo schon gelebt wird. Den

Abschluss bildet ein kurzer Impulsvortrag, der sich den speziellen Anforderungen der „digitalen Schule“ an die Schularchitektur widmet.

Erfahrungsaustausch und Vernetzung

Der **BILDUNGSINFRASTRUKTURTAG** im Rahmen der **INTERPÄDAGOGICA** findet heuer bereits zum dritten Mal statt und dient als Plattform für den Wissensaustausch von Schulerhaltern, SchulleiterInnen, PädagogInnen und ExpertInnen. Auch 2021 ist in der Kaffeepause sowie nach dem Fachprogramm Zeit für den persönlichen Austausch der TeilnehmerInnen untereinander sowie mit den Vortragenden.

Der Besuch des **3. BILDUNGSINFRASTRUKTURTAGS** ist kostenlos, für die Teilnahme ist jedoch bis 8.11.2021 unbedingt

vorab eine Anmeldung erforderlich. Nähere Informationen finden Sie unter interpaedagogica.at/BIT sowie unter BIT@expo-experts.at.

Registrierte TeilnehmerInnen haben am 19.11.2021 ebenso kostenfreien Zutritt zur Bildungsfachmesse **INTERPÄDAGOGICA**. ◀

3. BILDUNGS- INFRASTRUKTURTAG

Freitag,
19. November 2021

8.30 – 13 Uhr |
MESSE WIEN

Vorab-Registrierung bis 8.11.2021
erforderlich: Interpaedagogica.at/BIT,
BIT@expo-experts.at



Eine Stadt macht mobil

Ein Überblick über die wichtigsten Mobilitäts-Maßnahmen,
die St. Pölten zuletzt umgesetzt hat.

Nachhaltiges Stellplatz-regulativ

Um einem veränderten Umweltbewusstsein der Bevölkerung auch unmittelbar an deren Mobilitätsbasis Rechnung zu tragen, sind Maßnahmen, die direkt am Wohnumfeld der Gesellschaft ansetzen, besonders effektiv. Im Jahr 2019 wurde für die Landeshauptstadt St. Pölten ein „nachhaltiger“ Stellplatzschlüssel eingesetzt, um diesen Ansatz zu untermauern. War bisher flächendeckend und in allen Stadtlagen in St. Pölten im Wohnbau ein Herstellungszwang von 1,5 Pkw-Stellplätzen je Wohnung vorgeschrieben, wurde die bisherige, für Projektwerber kosten-

treibende und konservative Stellplatz-Verordnung, abgeändert. Die NÖ Bauordnung erlaubt entsprechend § 63 Abs. 2 Stellplatzregularien außerhalb eines Bauungsplanes festzusetzen. Mit der neuen Verordnung wird lageabhängig in Abhängigkeit zu einer guten ÖV-Erschließung der Herstellungszwang schrittweise reduziert, wobei im innerstädtischen Bereich der Stellplatzschlüssel auf 1 Stellplatz je Wohnung reduziert wird. In ländlichen Stadtgebieten verbleibt der Stellplatzschlüssel weiterhin bei 1,5 Stellplätzen pro Wohneinheit. Im Gegenzug wurde dafür die Anzahl der herzustellen- den Fahrradabstellanlagen deutlich er-

höht, wobei hier schrittweise bis zu 2 Fahrradabstellplätze pro Wohnung im Innenstadtbereich realisiert werden müssen. Ausgenommen von dieser Regel sind lediglich Bauvorhaben auf der Ebene von Ein- oder Zweifamilienhäusern, wodurch der Stellplatzschlüssel insbesondere im großvolumigen Wohnbau greift. Erste Großprojekte mit dem neuen Regulativ sind bereits fertiggestellt.

Mehr Bottom-up-Planung

Unter dem Credo eines sensibleren Umgangs mit Themen der Nachhaltigkeit, bei denen insbesondere das Thema „Verkehr“ die Wogen immer wieder hoch-

gehen lässt, ist eine Einbindung der Bevölkerung von Beginn des Planungsprozesses an besonders wertvoll. So wurde in den vergangenen Jahren die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Verkehrsplanungsvorhaben deutlich vorangetrieben.

Neben der vollumfänglichen Einbindung der Stadtbevölkerung in das Neugestaltungsprojekt der Promenade wird auch in kleinen Planungsprozessen mittlerweile kooperativ mit der Bevölkerung geplant. So wurde exemplarisch die Bevölkerung des Stadtteils Stattersdorf bzgl. eines neuralgischen Verkehrsknotens eingeladen, sich in das Sanierungsprojekt einzubringen. Neben dem Vorbringen von allgemeinen Wünschen wurde die Bevölkerung auch dazu aufgefordert, Meinungen und Ideen zu unterschiedlichen Planungsvarianten zu deponieren, was insbesondere in Pandemie-Zeiten eine Herausforderung darstellte. Trotz dieser Umstände konnten vor allem durch eine digitale Ausrollung des Vorhabens beachtliche Teilnehmerzahlen verbucht werden und das Projekt auf eine breitere Akzeptanzbasis gestellt werden. Dass eine Bottom-up-Planung jedoch nicht immer den Planungsprozess positiv beeinflusst, musste die Stadt im Jahr 2018 leidvoll erfahren. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Bevölkerung um das Krankenhaus St. Pölten eine sogenannte „Grüne Zone“ in Aussicht gestellt. Als massiver Verkehrserzeuger führt das Krankenhaus zu einer deutlichen Parkraumauslastung in den angrenzenden Straßenzügen, die insbesondere bei der dort ansässigen Wohnbevölkerung auf wenig Gegenliebe stößt. Aufgrund zunehmender Beschwerden seitens der Öffentlichkeit wurde eine eigene Parkraumstudie in Auftrag gegeben, welche die Auslastung fachlich untermauerte und als Outcome-Empfehlung eine „Grüne Zone“ für diesen Bereich als sinnvoll erachten würde. Im Bereich einer Grünen Zone würde statt des kostenlosen Parkraums der öffentliche Raum nun bewirtschaftet werden, wobei die Fahrzeuge der Krankenhausmitarbeiter:innen gegen Entrichtung eines finanziellen Tageshöchstsatzes von wenigen Euro zum Wohle der Bevölkerung aus dem öffent-



Die Bevölkerung wird in Verkehrsplanungsprozesse eingebunden.

lichen Raum in die umliegenden Parkhäuser verlagert werden sollten. Die Anwohner:innen des Krankenhauses hätten im Gegenzug für einen Bruchteil des geplanten Tagessatzes der Krankenhauspendler:innen eine Anrainer:innen-Parkkarte bezahlen müssen, die mit einem sehr wahrscheinlich deutlich einfacheren Parkplatzfindungsprozess verbunden gewesen wäre. Die Anrainer:innen wurden in diesem Kontext zu Informationsveranstaltungen geladen, bei denen die Vorstellung, für einen bisher kostenlosen Parkplatz im öffentlichen Gut nun etwas zahlen zu müssen, auf wenig Verständnis stieß. Aufgrund lautstarker Ablehnung des Vorhabens wurde der Planungsprozess beendet und die Situation vor Ort unverändert belassen. Die Beschwerden über einen zu hohen Parkdruck in diesem Gebiet sind aber seit diesem Zeitpunkt auch deutlich weniger geworden. Seitens der Stadt werden seitdem andere Lösungen für die belasteten Straßenzüge gesucht.

Verkehrsumgestaltung als „Kompromiss“-Lösung

Als im städtischen Generalverkehrskonzept ausgewiesene Umweltverbundachse besitzt die Kremser Landstraße als Bindeglied zwischen Hauptbahnhof und Krankenhaus im städtischen Verkehrsgefüge eine besondere Bedeutung, die sich vor allem als Bus- und Radverbindungsachse auszeichnet. Im Zuge der Umgestaltung,

die auf einer deutlichen Aufwertung des Begleitgrüns sowie auf einer Verbesserung der Verkehrsbedingungen des Umweltverbundes liegen, war die Kremser Landstraße lange Zeit vom Auto geprägt, was sich insbesondere in ausufernden Pkw-Parkplätzen links und rechts entlang der Straße widerspiegelte. Mit der Umgestaltung wurde auf einer Fahrbahnseite der komplette Pkw-Stellplätze-Streifen entfernt. Der neu gewonnene Platz im Verkehrsraum wurde stattdessen als verbreiteter Gehweg mit ansprechenden Bauminiseln sowie als anständiger Mehrzweckstreifen für Radfahrer:innen gestaltet. Die Stellplätze für Pkws verblieben nur noch einseitig, wurden daher im Straßenverlauf eindeutig zurückgenommen. Trotz einer autoaffinen Stadt-Bevölkerung wie die der Landeshauptstadt St. Pölten blieb der erwartete Aufschrei der Bevölkerung in diesem Kontext jedoch weitestgehend aus. Im Zuge der Reduzierung der Parkplätze konnte zudem auch eine Verbesserung der Busgeschwindigkeiten bzw. Verringerung des Fahrzeitenverlusts registriert werden, da Buslenker:innen deutlich weniger mit verkehrsbehinderndem Parkplatzsuchverkehr zu kämpfen hatten. Im Kontext dieser Neugestaltung, die keine „radikale“ Lösung darstellt, haben sich schrittweise Projekte zur Zurückdrängung des Pkws im Stadtgefüge einer Mittelstadt als dankbarer Weg herausgestellt.



55 Millionen Euro werden in den Ausbau der FH St. Pölten investiert. Insgesamt steht den Studierenden mit dem bestehenden Gebäude dann eine Nutzfläche von 33.000 m² zur Verfügung.



Der Bildungsstandort der Zukunft

In St. Pölten gibt es nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern auch mehr Ausbildungsplätze als Einwohner:innen. Die Landeshauptstadt ist einer der bedeutendsten Schul- und Hochschulstandorte in Österreich.

Von der Volksschule bis hin zur Erwachsenenbildung bietet die Landeshauptstadt St. Pölten weit über 85.000 Aus- und Fortbildungsplätze an.

Mit der Fachhochschule, der Berta von Suttner Universität, der New Design University, dem WIFI St. Pölten und den vielen unterschiedlichen Höheren Bildungsanstalten besteht bereits ein erstklassiges Angebot. Auf diesen Lorbeeren

will sich die Stadt aber nicht ausruhen, das Bildungsangebot wird stetig weiter ausgebaut. Das Ziel: St. Pölten soll vom Bildungsstandort zur Bildungsmetropole heranwachsen.

Ausbau der FH St. Pölten

Derzeit, im Herbst 2021, werden die Bauarbeiten zur Erweiterung der FH St. Pölten fertiggestellt. Durch einen umfangreichen Zubau entstand im Verbund mit

dem bestehenden Gebäude der Campus St. Pölten – Campus der Zukunft, wo auch die Bertha von Suttner Privatuniversität angesiedelt ist. 55 Millionen Euro wurden in die Erweiterung investiert. „Es soll ein lebendiger Campus der Zukunft entstehen, mit flexiblen Nutzungsmöglichkeiten, modernsten Lehr- und Lernräumen sowie zukunftsweisenden Arbeitsplätzen“, so Gernot Kohl, Geschäftsführer der FH St. Pölten.

Bildungseinrichtungen der ÖBB

Ein weiterer Schritt, um den Bildungsstandort St. Pölten noch weiter aufzuwerten, ist der sich bereits im Bau befindliche ÖBB-Bildungscampus, mit dem die ÖBB alle eisenbahnspezifischen, betrieblichen und technischen Ausbildungen sowie Schulungen an einem neuen, modernen Standort bündeln wollen. Trotz der Corona-Pandemie soll der Unterricht im April 2022 starten. Mit dem Fahrplanwechsel 2021/22 erhält der Bildungscampus zudem eine eigene Haltestelle an der Traisentalbahn. Täglich sollen auf 20.000 Quadratmetern Fläche bis zu 560 Menschen unterrichtet werden, Lehrlinge und Erwachsene in Fortbildung. Errichtet werden ein Hauptgebäude mit Seminarräumen, Übernachtungs- und Verpflegungsbereiche sowie Gleis- und Lehrbauhallen. Damit wird St. Pölten zu einem Ausbildungszentrum für Eisenbahnwesen, wo von der Lehre bis zum Hochschulstudium das Bildungsangebot abgedeckt sein wird, da auch die FH St. Pölten einen Bachelor-Studiengang für Bahntechnologie und Mobilität anbietet.

Bildung ist mehr als Wissensaneignung

„Bildung ist ein Gut, das in St. Pölten einen enormen Stellenwert hat, denn dabei geht es nicht nur um die Aneignung von Wissen und Fertigkeiten. Es geht um viel mehr, es geht darum, wie wir unsere Zukunft gestalten, mit welchen Werten und mit welcher Haltung wir durchs Leben gehen. Bildung gibt uns die Chance, ein erfülltes, selbstbewusstes und nachhaltiges Leben zu führen und für die Herausforderung in einer sich rasant entwickelnden Welt gewappnet zu sein. Darauf sind auch viele Studiengänge und Bildungskonzepte von den Volksschulen bis hin zu den Hochschulen getrimmt“, so Bürgermeister Matthias Stadler. Es gibt auch eine ganze Palette an Schulen, wo alternative Bildungskonzepte angeboten werden, wie etwa das Integrative Montessori Atelier oder die Otto Glöckel Volksschule.

Eine Vorzeigeeinrichtung des Bildungssystems in St. Pölten ist zum Beispiel auch



In der Franz Jonas Volksschule sollen die Kinder lernen können, wo sie wollen, wann sie wollen und wie sie wollen. Um Platz für individuelles Lernen oder Gruppenarbeiten zu schaffen, wurden beim Umbau auch die Gangflächen miteinbezogen.

die Franz Jonas Volksschule im Süden der Stadt. Als eine ihrer vorrangigen Aufgaben definiert die Schule, Kindern mit unterschiedlichen individuellen und sozialen Voraussetzungen Möglichkeit und Hilfe zu geben, sich zu mündigen, kritikfähigen, leistungs- aber auch genussfähigen, sozial kompetenten und verantwortungsvollen Menschen zu entwickeln. Mit dem Umbau der Schule im Jahr 2016 wurde ein in Niederösterreich einzigartiges pädagogisches Lernkonzept umgesetzt. „Bei der Raumkonzeptgestaltung wurde darauf geachtet, dass dieses den neuesten pädagogischen Unterrichtsmethoden entspricht. Auch die Bedürfnisse der Zukunft wurden in dem Konzept berücksichtigt“, so der Leiter der städtischen Schulverwaltung Andreas Schmidt. Lernen in der Franz Jonas Volksschule ist kooperatives Lernen, das zu einem angemessenen Selbstwertgefühl führen soll und andererseits auf die Entwicklung des Verständnisses für andere abzielt. Soziales Lernen hat wie in dieser Schule Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung. Auch die FH St. Pölten betrachtet komplexe Zukunftsfragen aus neuen Perspektiven und trägt seit mehreren Jahren durch ganzheitliche problem- und

lösungsorientierte Denkansätze zu zukunftsweisenden Antworten bei. Die große Dynamik und die steigende Komplexität der sich u. a. durch Globalisierung und Digitalisierung teils radikal verändernden Arbeitswelt führt in mancher Hinsicht zu einem grundlegenden Wandel der Anforderungen an Hochschulabsolvent:innen. Sämtliche Studiengänge der FH St. Pölten haben einen Fokus auf Methoden-, Sozial- und Selbstkompetenz.

Die Studierenden erlernen dabei Fähigkeit zur Lösung komplexer, disziplinenübergreifender und interdisziplinärer Herausforderungen, kritisches Hinterfragen und Bewerten von Inhalten, Prozessen, Methoden und Trends, eigenverantwortliches und unternehmerisches Handeln, Kreativität und Lernfähigkeit, hohe soziale Kompetenzen, wie Teamfähigkeit und Einsatzbereitschaft.

Neben den Fachkompetenzen wird an der Fachhochschule St. Pölten und anderen Hochschulen der Landeshauptstadt somit das notwendige Rüstzeug mitgegeben, um in einer globalen, digitalen Wissens- und Informationsgesellschaft bestmöglich die Gegenwart und Zukunft zu gestalten.



Die fitte City

St. Pölten möchte Fittest City of Austria werden.

Das betrifft die Sportförderung, die Weiterentwicklung des Gesundheitsbezirkes, die ständige Ausweitung des Freizeit- und Sportangebots und auch die Stadtentwicklung.

Das Sportangebot in der Landeshauptstadt reicht vom klassischen Vereinssport in einem der über 200 St. Pöltner Sportvereine bis zum Hobbyeinzelsport. Der Vereinssport wird sowohl durch direkte finanzielle Subventionen unterstützt als auch durch organisatorische Hilfestellungen oder das kostenlose Angebot der Sportbus- und Sporthallen-Nutzung.

Sowohl der Vereinssport als auch der Hobbysport sind auf eine öffentliche, breit ausgebaute Sport-Infrastruktur angewiesen. Diverse Turnhallen, zwei Schwimmbäder, zwei öffentliche Seen, unzählige Fußballplätze, Basketballanlagen, kilometerlange Radwege entlang der Traisen, ausgebaute Laufstrecken im Kaiserwald, öffentliche Skate-Free-running- und Calisthenicsanlagen und noch vieles mehr laden bereits jetzt die St. Pöltner:innen zur sportlichen Ertüchtigung ein. Mit der wachsenden Einwohner:innenzahl steigt auch die Nachfrage nach Sportanlagen.

Somit wird das städtische Angebot laufend ausgebaut, erweitert und verbessert. Alleine im Jahr 2019 konnte mit dem Land Niederösterreich ein Sportgroßkonzept mit einem Investitionsvolumen von 6,9 Millionen Euro für die Stadtsportanlage, eine Traglufthalle, eine Leichtathletikhalle, die Sportzentrum Eishalle und die neue Spielstätte des St. Pöltner Footballvereins Generali Invaders umgesetzt werden.

Junge Sportskanonen

Mit den Neigungsgruppen (auch „STP Sportskanonen“ genannt) ermöglicht die Stadt Kindern und Jugendlichen den kostenlosen Zugang zu 17 Sportarten durch die zweckgebundene Förderung an Sport-



3.000 Athlet:innen sorgten heuer beim Spartan Race für beste Stimmung.

vereine. Das Projekt ist ein voller Erfolg und wird von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut. Bürgermeister Matthias Stadler weiß, dass „eine gute Beziehung zum Thema Sport und Bewegung gerade in dieser wichtigen Entwicklungsphase ausschlaggebend ist für eine gesunde Zukunft.“ Zusätzlich erfreuen sich die Neigungsgruppen immer wieder der Ausbildung an professionellen Spitzensportler:innen aus allen Bereichen.

Fittest City Tour

Im Zuge der Sportförderung hat St. Pölten im Jahr 2016 die Fittest City Tour eingeführt. Ganz nach dem olympischen Motto „Dabei sein ist alles“ belohnt die Stadt dabei die tüchtigsten Sportler:innen des Jahres.

Alle großen Lauf- und Sportevents haben sich mittlerweile unter der Schirmherrschaft der Fittest City Tour zusammengeschlossen. Alle Sportler:innen, die bei zu-

mindest drei Events der Fittest City Tour teilnehmen, erhalten am Ende des Jahres Preise der Stadt St. Pölten bzw. ihrer Partner, wie zum Beispiel Eintrittskarten für die Aquacity, Karten für städtische Events und Sportveranstaltungen oder Monatsmitgliedschaften in einem Fitnesscenter. Dabei gilt: je mehr Teilnehmen, desto größer der Gewinn.

Ziel dieser Aktion ist es, vor allem den Breitensport zu fördern und Einzelsportler:innen zu weiteren Veranstaltungsteilnahmen zu motivieren. Weiters werden Sportveranstalter im Rahmen der Fittest City Tour bei der Durchführung ihrer Events unterstützt, indem Sachleistungen der Stadt (Müll, Strominfrastruktur, Gitter, Startbogen etc.) unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Nach 2-jähriger COVID-bedingter Pause geht die Stadt St. Pölten davon aus, dass die Fittest City Tour 2022 wieder wie gewohnt über die Bühne gehen kann. 

Familienberatung ist aktueller denn je

Die Familienberatung* ist ein niederschwelliges Angebot. Neben der Beratung in Krisensituationen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe gibt es auch Information und präventive Aufklärungsarbeit.

Am 4. Mai 1973 eröffnete die Stadt St. Pölten die erste kommunale Familienberatungsstelle Österreichs. Das Konzept für die Umsetzung einer Familienberatungsstelle wurde bereits 1963 vom damaligen Stadtphysikus Erhart Psik entwickelt und beinhaltete eine kompetente Hilfe von Ärzt:innen, Jurist:innen und Sozialarbeiter:innen – kostenlos, anonym und niederschwellig. Der Start dieses visionären Vorzeigepaketes erfolgte zehn Jahre später, wobei die Ziele von Anfang an breit angelegt waren. Es ging nicht allein um die Beratung von Frauen, die ungewollt schwanger geworden waren, sondern die Familienberatungsstelle wollte offen für alle Menschen sein, die mit ihren Sorgen und Problemen, etwa in der Ehe, bei der Erziehung der Kinder oder mit unerfülltem Kinderwunsch, nicht allein fertig werden konnten.

Die Förderung der Familienberatungsstellen wurde 1974 als Begleitmaßnahme zur Fristenlösung etabliert und das Angebot seither zur generellen Anlaufstelle in Familien- und Partnerschaftsfragen weiterentwickelt.

Österreichweite Pionierrolle

Bald kamen Frauen aus ganz Niederösterreich nach St. Pölten. Die Zahl der Beratungsgespräche stieg stark an und es erfolgte die Errichtung einer zweiten Beratungsstelle und eine Erweiterung des Teams durch Gynäkolog:innen.

Einen weiteren Meilenstein stellte der Aufklärungsunterricht an Schulen dar. Das Ärzt:innenteam der Familienberatung initiierte daher Anfang der 1980er-Jahre ein Projekt, bei dem Gynäkolog:innen an



Mit der Einführung einer Familienberatungsstelle übernahm St. Pölten schon sehr früh eine österreichweite Pionierrolle.

die Schulen gingen, um Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Biologieunterrichts aufzuklären.

Im Laufe der Jahre etablierten sich in St. Pölten viele Beratungsstellen, das Angebot konnte wieder auf einen Standort reduziert werden. Heute besteht das Team der Familienberatung der Stadt St. Pölten aus zwei Gynäkologinnen und einem Gynäkologen, jeweils zwei Juristinnen und Juristen und zwei Sozialarbeiterinnen, die abwechselnd an den Donnerstagen anwesend sind. Das Team ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, die Beratungen erfolgen anonym, kostenlos und freiwillig.

Pro Jahr werden rund 500 Beratungsgespräche durchgeführt, wobei sich die Schwerpunkte deutlich verschoben haben. Das Beratungsangebot der Familienberatung umfasst Themen wie Familienplanung, Empfängnisverhütung ebenso

Fragen zur Sexualität, Partnerschaftsbeziehungen, psychologische Schwierigkeiten und Generationskonflikte. Häufig kommen Klient:innen mit wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Problemen, die in einer Familie auftreten können, wobei in den letzten Jahren Beratungen rund um das Thema Scheidung bzw. Trennung einen wesentlichen Punkt darstellen.

Der langjährige Erfolgsfaktor begründet sich im Einsatz und Engagement der Mitarbeiter:innen und liegt nicht zuletzt an der optimalen Vernetzung und engen Zusammenarbeit mit anderen Stellen. Um das Angebot dem heutigen Zeitgeist anzupassen, ist ein Auftritt in den sozialen Netzwerken geplant, um dadurch auch der jüngeren Generation einen leichteren Zugang zur Beratung zu ermöglichen. 

* Die Familienberatungsstelle der Stadt St. Pölten wird durch das Bundeskanzleramt – Sektion Familie und Jugend gemäß dem Familienberatungsförderungsgesetz gefördert.

Erste Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche

Die Übergangsphase von der Kindheit ins Erwachsenenalter ist nicht nur eine schöne Zeit, sondern kann auch sehr herausfordernd sein. Das Team vom Jugendzentrum Steppenwolf steht den Besucher:innen beratend und mit einem tollen Freizeitprogramm zur Seite.

Das Jugendzentrum Steppenwolf, von vielen liebevoll „Steppi“ genannt, ist schon seit 25 Jahren Treffpunkt für St. Pöltner Jugendliche ab 13 Jahren. Viele verschiedene Aktivitäten werden gemeinsam unternommen, die Besucher:innen können die Skatehalle des Steppenwolfs nutzen, eigene Lieder im Musikstudio aufnehmen, verschiedene Spiele spielen, Freund:innen treffen, einfach nur chillen oder sich auch (im Gruppen- oder Einzelgespräch) vom Steppenwolf-Team beraten lassen. Das Team lässt aber auch die Jugendlichen das Programm mitbestimmen und bleibt flexibel. So geht es in den Sommermonaten auch öfter zu den St. Pöltner Seen, zum Skatepark oder, wenn das Wetter einmal nicht

mitspielt, ins Museum. Außerdem werden immer wieder Veranstaltungen und Workshops – wie zum Beispiel Fotografie- oder Graffiti-Workshops – organisiert.

Die Jugend gestaltet ihre Stadt

Das Jugendzentrum bringt auch immer wieder Ideen zur Stadtgestaltung ein. So konnte beispielsweise im Sommer 2020 auf Initiative von Jugendlichen gemeinsam mit dem Jugendzentrum Steppenwolf, der Stadt St. Pölten und der Arbeiterkammer NÖ ein Calisthenics Park beim Ratzersdorfer See eröffnet werden. Für alle Sportbegeisterten bietet dieser die Möglichkeit, das Training mit dem eigenen Körpergewicht mit frischer Luft und super Seelmosphäre zu verbinden.

1.000 m² besprayte Wandfläche

Im Juni fand die dreitägige Graffiti-, Streetart- und Lichtkunstjam „BATJam“, organisiert vom Jugendzentrum Steppenwolf in Kooperation mit dem Verein Freiluft und Kultur und dem Graffitiartist Sert One, statt. Dabei wurden 1.000 m² Wandfläche unter der ÖBB-Westbahnbrücke an der Traisen von Künstler:innen aus den Bereichen Graffiti, Streetart, Lichtkunst, bildende Kunst, Grafik etc. mit zahlreichen Kunstwerken neu gestaltet. Diese können jederzeit – zum Beispiel im Rahmen eines Spaziergangs oder einer Radtour entlang der Traisen – besichtigt werden.

Beratung in Krisenzeiten

Jugendarbeit ist während der Coronakrise ein wichtiges Werkzeug gegen die fortschreitende psychische Belastung. Deshalb war das Team des Jugendzentrums auch während der Lockdowns weiterhin online und telefonisch für die Jugendlichen da.

Über ein Bürofenster (natürlich mit ausreichend Sicherheitsabstand) gab es außerdem die Möglichkeit für eine Beratung vor Ort.

Das Online-Angebot wurde während dieser Zeit erweitert und wird sehr gut angenommen.

Über Instagram, Facebook und auch telefonisch gibt es Informationen zum Tagesgeschehen, lustige Quizfragen zum Steppenwolf, Musik- und Kunst-Aktionen, Challenges, Google-Maps-Rätsel-Rallyes und vieles mehr. 



Michael Hogl, Tanja Schönanger, Lena Schmaldienst, Christiane Lang und Lukas Schmied stehen den Besucher:innen des Jugendzentrums Steppenwolf beratend zur Seite.

Es lebe die Vielfalt

Seit fast zehn Jahren verfügt St. Pölten über ein eigenes Büro für Diversität.

Diversität wird in St. Pölten großgeschrieben. Genau aus diesem Grund wurde im Juli 2012 mit dem Büro für Diversität eine eigene Verwaltungsstelle für „Vielfaltmanagement“ am Magistrat St. Pölten geschaffen. Das Büro bündelt die Aufgabenbereiche Frauen, Menschen mit Behinderung, Menschen anderer Herkunft, sexueller Identität sowie Weltanschauung/Weltreligionen. Für die kommunale Politik und die Stadtverwaltung steht dabei das Erreichen der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen im Vordergrund.

Ein gelebtes Miteinander

Die unterschiedlichen Bedürfnisse und Lebenssituationen der St. Pöltner:innen werden beleuchtet und Strategien, Konzepte und Maßnahmen ausgearbeitet, die dazu führen, dass aus der bestehenden Vielfalt ein gelebtes Miteinander wird. Der Aufgabenbereich des Büros reicht von Öffentlichkeits-, Vernetzungs- und Informationsarbeit über Projektentwicklung bis zur Planung, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Workshops und Vorträgen. Zudem werden Strategien, Konzepte und Maßnahmen erarbeitet, alle mit dem Ziel, einen positiven Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt zu schaffen. Das Büro für Diversität ist eine aktive Drehscheibe, die über die allgemeinen Aufgaben einer Stadtverwaltung hinaus die Vernetzung und Kommunikation zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen unterstützt und verschiedenste Projekte zur Förderung des Zusammenlebens initiiert.

Gleichwertige Teilhabe am Gesellschaftsleben

Wesentlich ist die gute Zusammenarbeit mit anderen Magistratsabteilungen, Ins-



Martina Eigelsreiter leitet das Büro für Diversität der Stadt St. Pölten (Mitte), Ilse Knell (links) und Mariella Schlossnagl (rechts) komplementieren das Team.

titutionen, Verbänden, Vereinen und engagierten BürgerInnen. Die öffentliche Verwaltung soll allen verständlich und zugänglich sein. Gleichwertige Teilhabe ist nicht einfach vorauszusetzen, sondern gehört gezielt gefördert. Die Vielfalt unterschiedlicher Biografien, Berufsbilder und Lebensentwürfe von verschiedenen Gemeinschaften und Zugehörigkeiten wird nicht abnehmen. Eine Politik und Verwaltung, die Menschen wirklich erreichen will und verbindliche Grundlagen des Zusammenlebens vermitteln und fördern soll, hat dies zu berücksichtigen.

Auszeichnung mit Österreichischem Verwaltungspreis

Im Rahmen des Österreichischen Verwaltungspreises des Bundeskanzleramtes wurde das Büro für Diversität in der Kategorie „Diversity, Gender und Integration“ 2017 mit einer Anerkennung ausgezeichnet, 2021 gewann es erneut einen Sonderpreis.

Als Best-Practice-Projekt kann das Büro für Diversität regional, aber auch in anderen Bundesländern zur Nachahmung anregen, da es die Diversitätskriterien gelungen umsetzt. Besonders innovativ und österreichweit in der Verwaltung bisher einzigartig ist vor allem der Bereich „Sexuelle Identität“.

DIVERSITY

Mit dem Ziel, die Lebens- und Zukunftsperspektiven der in St. Pölten lebenden Menschen zu verbessern, setzt das Büro für Diversität viele verschiedene Maßnahmen und Projekte um. Details zu allen Aktionen und Veranstaltungen auch auf www.facebook.com/diversity.stp und www.instagram.com/diversity.stp

Daheim in der Stadt

Die Infrastruktur einer Großstadt zur Verfügung haben und gleichzeitig die Vorzüge einer „familiären“ Gemeinde genießen: Das bedeutet Wohnen in der Wohlfühlstadt St. Pölten.

Schwimmen im See im Sommer, ein gemütlicher Spaziergang durch den Stadtwald im Herbst, Eislaufen am Rathausplatz im Winter und fit in den Frühling mit einer E-Bike-Tour entlang der Traisen: So verbringen die St. Pöltner:innen, aber auch Stadtbesucher:innen, gerne ihre Freizeit. Denn in der Stadt der kurzen Wege, die mit dem Stadtbus LUP, zu Fuß oder mit dem Fahrrad bewältigt werden können, ist immer ein Erlebnis in der Nähe.

Der Charme der Innenstadt

An sonnigen Tagen laden die vielen Schaugärten der Innenstadt zum Verweilen ein, egal ob man ein köstliches Essen genießen möchte oder einfach nur bei einem Getränk in Ruhe ein Buch lesen möchte: Das St. Pöltner Wohlfühl-Gefühl ist hier garantiert. Wer lieber zu Hause selbst etwas kocht, findet auf den St. Pöltner Märkten die passenden Zutaten dazu. Jeden Donnerstag und Samstag wird der Domplatz zum Marktplatz und regionale Produzent:innen sind mit ihren frischen, saisonalen Produkten vor Ort. Freitags kann beim Josefsmarkt am Pater-Paulus-Platz eingekauft werden.

Fokus auf Leerstandsmanagement

Aber nicht nur auf den Märkten wird gerne eingekauft, beim Flanieren durch die Innenstadt gibt es viele besondere Shops zu entdecken. St. Pölten weist laut einer aktuellen Studie (Standort + Markt) den drittgeringsten Leerstand aller untersuchten Städte Österreichs auf. Nur die Wiener Mariahilfer Straße und Salzburg haben weniger leer stehende Geschäftslöcher. Hinter den für die Landeshauptstadt erfreulichen Zahlen steckt viel



Die St. Pöltner Märkte bieten ein einzigartiges Einkaufserlebnis mit frischen und regionalen Produkten.

Engagement, denn das städtische Wirtschaftsservice ecopoint betreibt kontinuierlich Leerstandsmanagement und bringt immer wieder interessante neue Geschäfte in die Innenstadt. Mit der Idee der Pop-up-Stores wird jungen Unternehmer:innen die Möglichkeit geboten, kostengünstig ihre Ideen auszuprobieren. Aber auch eingesessene Firmen nutzen die temporäre Möglichkeit gerne, um ihre Produkte zu präsentieren.

Neue Perspektiven kennenlernen

Für alle, die ihr Wissen über die Landeshauptstadt erweitern möchten, finden regelmäßig geführte Themenrundgänge in Kooperation mit den „Austria Guides“ statt. Die Themen reichen von klassischen Stadtführungen über mittelalterliche Rundgänge, Nachtwächterrundgänge bis hin zu den beliebten Naturspaziergängen wie „Naturerlebnisse bei Nacht – Fleder-

mausnacht“ und die „Pflanzen in den verschiedenen Jahreszeiten“. Die Organisation und die Anmeldung zu den Themenrundgängen wird vom städtischen Tourismus- und Marketingservice durchgeführt.

Erholung und Wellness

Die Bäder und Seen im Stadtgebiet laden zum sportlichen Schwimmtraining oder einfach nur zum Entspannen ein. Mit der Aqua- und Saunacity wird mitten in der Innenstadt eine Wellnessoase für Jung und Alt geboten. Im Sommer können Wasserratten im Citysplash und an den Seen das Strandgefühl genießen. Die an den Seen gelegenen Lokale laden zum Verweilen am Wasser ein und sorgen mit dem einen oder anderen Cocktail für Urlaubsstimmung. Bei der Seedose am Viehofner See besteht die Möglichkeit, sich einen Picknickkorb abzuholen und mit einem der Verleihboote einen idyllischen Ausflug auf den See zu starten.

Ein Naturjuwel vor jeder Haustür

Mitten in der Stadt die Natur entdecken – das geht in St. Pölten ganz einfach: 72 % der Fläche im Stadtgebiet sind grün. Die 1.657 ha Wald laden zu ausgiebigen Spaziergängen und zum Waldbaden ein.

Mit rund 40 Naturdenkmälern ist St. Pölten eine Stadt, in der man Urbanität und Natur in einer einzigartigen Verbindung findet. Parks mit gepflegten Blumenbeeten, ein Wald mit uralten Eichen und jungen Damhirschen, Fluss-Auen, Badeseen und unberührte Gewässer – mit zahlreichen Naherholungsgebieten und Grünflächen ausgestattet, ist St. Pölten wahrlich eine Stadt für Naturliebhaber:innen. Die Naturschätze der grünen Landeshauptstadt kann man ganzjährig genießen – wo, das verrät der 40-seitige Folder „Natur entdecken in St. Pölten“, erhältlich im Tourismus- und Marketingservice am Rathausplatz oder als Download unter www.st-poelten.at/naturfolder.

Grüne Stadt

Generell ist St. Pölten so grün wie kaum eine andere vergleichbare Stadt. Nur 13 % der Fläche sind gewidmetes Bauland, 11 % entfallen auf Straßen und Bahnanlagen und 4 % auf Betriebsflächen. 72 % sind Grünräume, Biotope und landwirtschaftliche Nutzflächen. In St. Pölten gibt es 1.657 ha Wald, das entspricht 15 % der Fläche des Stadtgebietes. 53 % des Stadtgebietes werden landwirtschaftlich genutzt. Die „grüne Lunge“ St. Pöltens, der Stadtwald, ist nur wenige Minuten zu Fuß von der Innenstadt entfernt und bietet Raum für Erholung und sportliche Aktivitäten.

Flora und Fauna

Viele, auch seltene, Pflanzen und Tiere fühlen sich wohl in den Naturräumen der

Stadt. Am Viehofner See schwirren Libellen, brüten Kormorane, Gänsesäger, Blässhühner und Eisvögel. Im Feuchtbiotop Siebenbründl gedeihen seltene Orchideen und Prachtnelken, beim Naturlehrpfad Feldmühle fühlen sich Frösche, Molche und Fledermäuse wohl. Und im Brunnenfeld gibt es rund 20 Heuschreckenarten zu entdecken. Der Gärtnereibetrieb der Stadt sorgt für die Pflege, damit die Grünräume eine hohe Aufenthaltsqualität für Mensch und Tier bieten und langfristig erhalten bleiben.

Engagement zum Schutz der Artenvielfalt

Das Haus für Natur im Museum Niederösterreich und die Stadt St. Pölten brachten die City Nature Challenge (CNC) 2021, ein Citizen-Science-Projekt der

California Academy of Sciences und dem Natural History Museum of Los Angeles County, erstmals in die Landeshauptstadt. Alle St. Pöltner:innen waren eingeladen, mit Hunderten Städten weltweit in freundschaftlichen Wettstreit über die urbane Artenvielfalt zu treten. Ziel bei der City Nature Challenge ist es, wilde Tiere, Pflanzen und Pilze zu beobachten und mit der iNaturalist-App oder direkt unter www.inaturalist.org zu dokumentieren. Die dabei gewonnenen Daten liefern der Wissenschaft die Grundlage für wichtige Erkenntnisse betreffend Artenvielfalt und Artenschutz in den verschiedenen Regionen auf der ganzen Welt. Die erstmalige Teilnahme an der City Nature Challenge brachte St. Pölten mit 2.710 Beobachtungen nach Graz und Wien österreichweit auf den dritten Platz. 🦋



Die Traisen ist die Lebensader der Stadt und mit ihren Grünräumen an den Ufern beliebter Erholungsraum mit vielen Möglichkeiten.



Mit dem Projekt „Energiesparmeister“ sollen Energiesparer:innen mit gutem Beispiel vorangehen und andere zum Mitmachen ermutigen.

Mit voller Kraft gegen die Klimaerwärmung

Um den Klimawandel zu bremsen, setzt St. Pölten auf ein breitgefächertes Klimaschutzpaket – vor allem die Jugend steht im Zentrum einer nachhaltigen Trendwende.

St. Pölten ist als eine der ersten Gemeinden 1991 dem Klimabündnis beigetreten. Heuer feiert die Stadt 30 Jahre Mitgliedschaft. Im Rahmen der Klimabündnis-Partnerschaft unterstützt die Stadt jährlich die Region Rio Negro im brasilianischen Amazonasgebiet zur Erhaltung der Regenwälder. Außerdem finden laufend Informationsveranstaltungen statt, wie beispielsweise die Ausstellung „Unser Griff nach den Rohstoffen“ im Stadtmuseum sowie Workshops in Kindergärten und Schulen. Der Umweltpreis für Schulen hatte heuer übrigens „Klimawandelanpassung“ zum Thema.

Ziele übertroffen

Das Thema Klima ist sehr eng mit dem Thema Energie verknüpft, stammt doch ein Großteil der klimaaktiven Gase aus der Energiegewinnung. Das 2009 erstellte Energieleitbild hat aus diesem

Grund auch die Einsparung an CO₂-Emissionen in Verbindung mit Energieeinsparungen zum Ziel. Leuchtturmprojekte des Leitbilds sind, neben der Vielzahl an anderen Maßnahmen, sicherlich die Fernwärmeleitung aus Dürnrohr und das Fernkälteprojekt für das Uniklinikum. Das Projekt der Fernwärmeleitung wurde international mit dem Climate Star ausgezeichnet. Die Evaluierung des Leitbildes 2020 ergab, dass das geplante Ziel einer CO₂-Einsparung von 16 % pro Einwohner:in mit 29 % pro Einwohner:in mehr als deutlich übertroffen wurde.

Energie richtig nutzen

Außerdem sind mehrere Photovoltaikanlagen geplant und umgesetzt worden, z. B. das Fernheizkraftwerk Süd. Durch eine Bürger:innenbeteiligung konnte eine Photovoltaikanlage am Veranstaltungszentrum installiert werden. Ein weiterer

Nutzen ist, dass durch die Photovoltaikanlage der Fernwärme St. Pölten GmbH und EVN die Abwärme aus der Fernwärmeleitung Dürnrohr klimaneutral in das Sportzentrum NÖ, die NV Arena und das BORGL geleitet wird.

Verhaltensänderungen werden belohnt

Beim aktuellen Projekt Energiesparmeister holt die Stadt Projekte der Bürger:innen, die Energie und damit auch CO₂ einsparen, vor den Vorhang. Jede Art von Energieeinsparung ist hier erlaubt. St. Pöltner:innen können Projekte von Photovoltaikanlagen einreichen, auch das Verändern des Mobilitätsverhaltens gilt als wertvolle Energie-sparaktion. Ausgezeichnet werden hier also die kreativsten Projekte und nicht unbedingt nur jene, die am meisten CO₂ einsparen.

Da ist was los!

Von Frequency bis zum Ironman: St. Pölten hat in den letzten Jahren gezeigt, dass hier Platz für besondere Events ist. In der Stadtverwaltung sorgt eine professionelle Schnittstelle für einen reibungslosen Ablauf von eigenen Stadtveranstaltungen, aber auch von externen Großevents.

Das städtische Veranstaltungsservice ist erster Ansprechpartner, wenn es um Veranstaltungen und das Veranstaleten in St. Pölten geht. Das ganze Jahr über werden vom Veranstaltungsservice Großveranstaltungen, aber auch zahlreiche Zusatzprojekte, geplant, durchgeführt und nachbereitet. Von der Budget- und Personalplanung bis zur Beobachtung von Sturm- und Unwetterwarnungen muss dabei alles genauestens im Blick behalten werden. Unter Eigenregie organisiert das Veranstaltungsservice jährlich wiederkehrende Großveranstaltungen wie den Hauptstadtbball, die Maskerade im Rathaus, das Volksfest, das Sommerfestival am Rathausplatz, das Blues Festival am Ratzersdorfer See sowie den Christkindlmarkt und den Stadtsilvester. Zuletzt war das Veranstaltungsservice auch für die

Koordination des Ö3-Weihnachtswunders zuständig.

Vermittlungsfunktion

Neben den rund hundert Eigenveranstaltungstagen im Jahr agiert das Veranstaltungsservice aber auch als Bindeglied zu privaten Veranstaltern. Von der Flyer-Verteilaktion bis zur Großveranstaltung, wie beispielsweise Frequency, Spartan Race oder MAWEV, vermittelt das Veranstaltungsservice und übernimmt die Koordination mit den Behörden. Themen wie Anrainer:innenschutz, die Verhandlung von Grundstücken, die zum Parken oder Camping genutzt werden sollen, und vieles mehr sind hier zu bedenken.

„Wenn ein Veranstalter wissen möchte, welche Schritte zu erledigen sind und was gebraucht wird, um erfolgreich in St. Pölten veranstalten zu können, ist er bei uns

richtig. Die Hauptfrage, die beim Kontakt mit Veranstaltern im Raum steht ist: ‚Was kann die Stadt tun?‘ Darum kümmern wir uns. Es profitieren alle, wenn sich attraktive Veranstaltungsformate etablieren“, so der Leiter des Veranstaltungsservice Michael Bachel. Zudem ist das Veranstaltungsservice auch mit der Verwaltung des öffentlichen Guts im Stadtkern betraut. Darüber, ob Plätze für Veranstaltungen zur Verfügung stehen und ob sie zum gewünschten Termin verfügbar sind, gibt das Veranstaltungsteam Auskunft, beurteilt aber auch, inwiefern diese mit den Interessen der Stadt kompatibel sind. Auch die Verwaltung der St. Pöltner Seen fällt in die Zuständigkeit des Veranstaltungsservice.

Sicherheit an oberster Stelle

„Die Prioritäten unserer Arbeit haben sich in den letzten Jahren verschoben. Das Thema Sicherheit wird ein immer wichtigeres, deshalb bin ich auch froh darüber, dass wir so einen guten Kontakt mit der Polizei, der Feuerwehr und der Rettung haben. Bei Veranstaltungen aller Art, aber natürlich besonders bei Großveranstaltungen, ist ein permanenter Austausch mit den Sicherheitsorganen unumgänglich. Die verschärften Sicherheitsbestimmungen erfordern aber auch erhöhte finanzielle und personelle Ressourcen, die wir einberechnen müssen“, so Michael Bachel.

In COVID-Zeiten fungiert das Veranstaltungsservice auch als Beratungsstelle für Hygiene-Konzepte und unterstützt bei der Planung und sicheren Durchführung von Veranstaltungen – bis hin zur Gemeinderatssitzung – während der Pandemie. 🦺



Zauberhafte Stimmung beim St. Pöltner Volksfest



St. Pöltens vitale Kultur- und Kreativszene ist im Aufbruch.

Mit Kunst und Kultur Richtung Zukunft

St. Pölten in Aufbruchstimmung und voller Tatendrang: Eine nachhaltige Kulturstrategie „St. Pölten 2030“, eine 30-Millionen-Euro-Kulturinfrastrukturliste und ein großer Kunst- und Kulturschwerpunkt im Jahr 2024 – die Bewerbung um die Kulturhauptstadt Europas hat viel in Bewegung gebracht.

Mit Kunst und Kultur wurde St. Pölten in der Vergangenheit eher selten in Verbindung gebracht. An mangelndem kulturellem Angebot kann es aber nicht liegen. Ganz im Gegenteil hat die junge Landeshauptstadt einiges zu bieten: etwa die über Landesgrenzen hinaus bekannten großen Institutionen wie das Festspielhaus St. Pölten, das Landestheater, das 2019 von der New York Times unter die besten Theater Europas gereichte wurde, oder das jährlich 200.000 – vor allem junge – Menschen anziehende FM4 Frequency Festival.

Das kulturelle Profil

Darüber hinaus gibt eine lebendige lokale Musikszene (#musik.stp) mit der städtischen Bühne „Freiraum“ und internationalen Festivals, die von der Barockmusik, der Kirchenmusik über Jazz und Blues bis zur elektronischen Musik einen brei-

ten Bogen spannen. Geschichtsinteressierte finden seit 2017 ein Haus der Geschichte im Kulturbezirk des Regierungsviertels, ein beeindruckendes Diözesanmuseum, ein Stadtmuseum mit einer hervorragenden Jugendstilsammlung und bald schon eine Dauerausstellung mit den Funden der zehnjährigen archäologischen Grabungen am Domplatz. Dort wurden ein römischer Palast, eine Urkirche und mehr als 20.000 Skelette eines 1.000-jährigen Friedhofs ausgegraben. Und dass das eben genannte Regierungsviertel mit über 50 Public-Art-Projekten von namhaften Künstler:innen wie Hans Kupelwieser oder Bruno Gironcoli ein Hotspot von europäischer Dimension für Kunst im öffentlichen Raum ist, sei als Geheimtipp noch verraten.

Auch die lokale Szene hat einen wichtigen Stellenwert: Mit seinem selbst ermächtigten Remix von Kunst, Kultur, Grün- und

Freiraum bietet der Verein LAMES seit 20 Jahren im fünf Hektar großen, selbst angelegten Sonnenpark ein spannendes Experimentierfeld, das man eher im hippen Berlin vermuten würde.

Weiters finden sich im gesamten Stadtgebiet Initiativen, die von engagierten Kulturbürger:innen ins Leben gerufen wurden und heute als Attraktionspunkte frische Impulse setzen. Dazu gehören zum Beispiel das Programmkinos „Cinema Paradiso“, die der Kleinkunst verschriebene „Bühne im Hof“, das Institut für Medienarchäologie, der Starraum im Löwenhof, der Künstlerbund, der Musikverein 1837, die Stadtkapelle, der Stadtchor, die Dommusik und viele andere mehr.

Der Motor 2024

Die Ende 2017 gestartete gemeinsame Bewerbung von Stadt und Land als Kulturhauptstadt Europas 2024 hat eine

ungeheure Dynamik ausgelöst, die weit über den Kulturbereich hinausging. Durch partizipative Formate wurden nicht nur die Kulturinstitutionen, Vereine, Hochschulen und Künstler:innen einbezogen, sondern vor allem auch Bürger:innen, deren Meinungen und Ideen direkt in den Prozess einfließen. Beschlossen wurden übrigens alle Projekte und Konzepte im St. Pöltner Gemeinderat einstimmig. Über das geforderte Bewerbungsbuch hinaus wurden dabei zahlreiche Projekte und Konzepte sowie eine Kulturinfrastrukturliste auf den Weg gebracht. Teile davon sind etwa die Kulturstrategie St. Pölten, die Leitkonzeption für den öffentlichen Raum, das Konzept für das „KinderKunstLabor“ (Arbeitstitel), das eine einzigartige, neue Kulturinstitution für Kinder darstellen wird (siehe Beschreibung weiter unten). Die Planungen umfassen auch das Renovierungs- und Nutzungskonzept für die Ehemalige Synagoge als neue Kultur-

institution. Es wurde gemeinsam mit dem Institut für jüdische Geschichte Österreichs unter dem Dreiklang „Geschichte, Gedenken, Gegenwart“ erstellt.

Die Entscheidung

Nun, wir alle wissen, die EU-Jury entschied sich für Bad Ischl als Kulturhauptstadt Europas 2024. Doch bereits am Tag der Entscheidung stellten Landeshauptfrau Mikl-Leitner und Bürgermeister Stadler klar, dass „die Kernprojekte der Bewerbung umgesetzt werden“ und „an der Vision von St. Pölten als Modell einer innovativen, europäischen Mittelstadt“ festgehalten wird.

Alle Kulturinfrastrukturprojekte werden also verwirklicht und sollen 2024 im

Die Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2024 hat eine ungeheure Dynamik ausgelöst.



© Foto: C. Fürthner

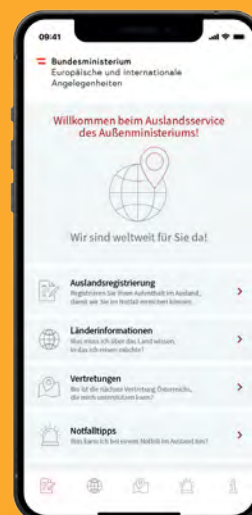
Bundesministerium
Europäische und internationale
Angelegenheiten



DEINE VOR DER REISE, FÜR DIE REISE-APP.

Du fährst weg, wir informieren. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandservice-App downloaden und gut vorbereitet ins Ausland fahren. Registriere Dich vor Deiner Reise für Deine Reise. Wir informieren Dich über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Du Dich aufhältst und helfen, solltest Du Unterstützung brauchen.

– Dein Außenministerium



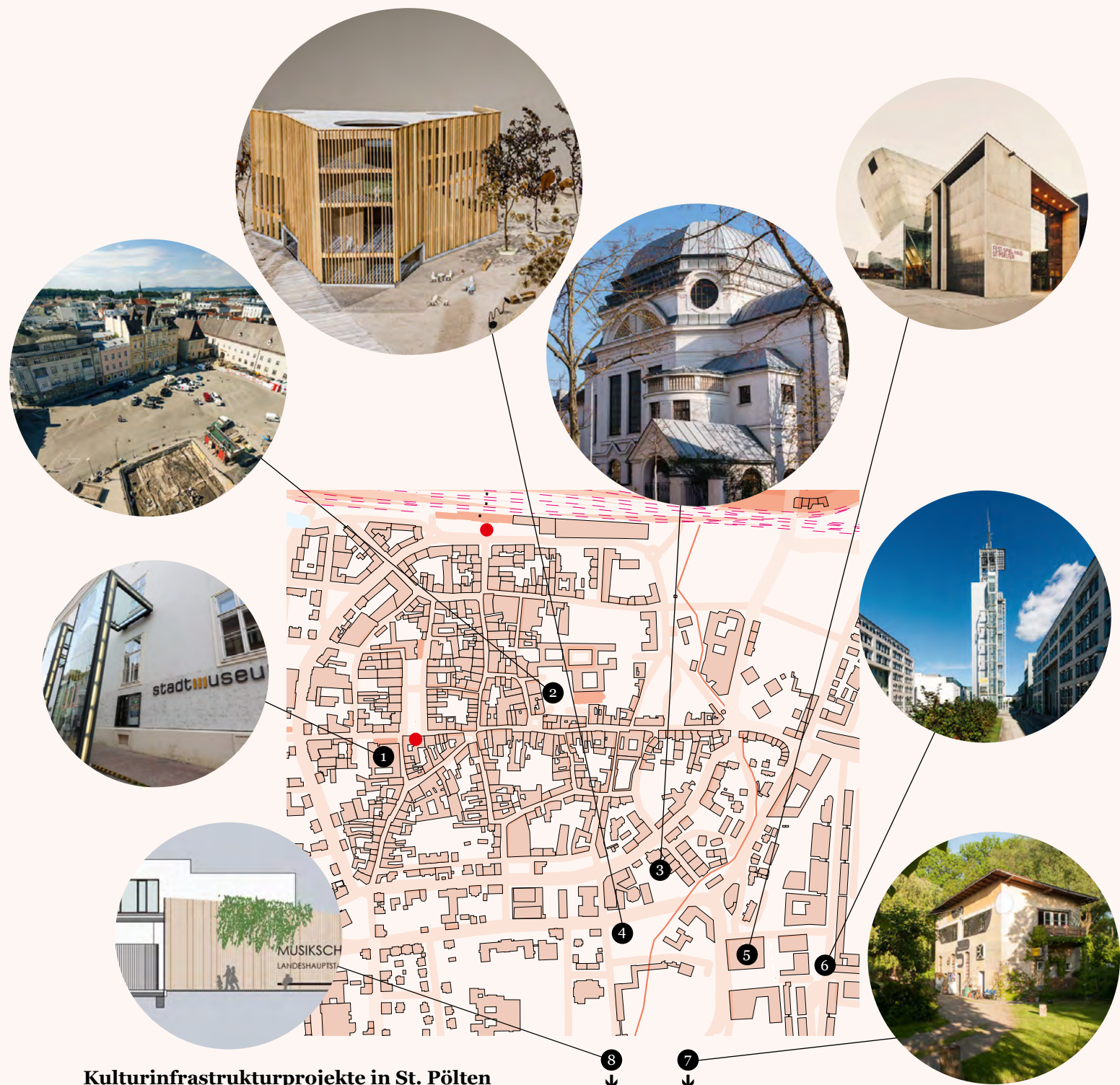
JETZT BEI
Google Play

Laden im
App Store



24/7





Kulturinfrastrukturprojekte in St. Pölten

1 Stadtmuseum St. Pölten

- Optimierung von Teilen der Ausstellungsflächen
- Einrichtung einer neuen Dauerpräsentation der archäologischen Funde des Domplatzes
- 0,75 Mio. Euro

Domplatz

- 2 Umfassende Neugestaltung des Domplatzes
- Nutzung als lebendiger Marktplatz, als Ort des Verweilens und der Kommunikation, für anspruchsvolle kulturelle Beispiele sowie als Ort für liturgische Feiern
- 5 Mio. Euro

3 Ehemalige Synagoge

- Sanierung und Adaptierung
- Schaffung eines Ortes der jüdischen Geschichte, des Gedenkens, der Begegnung und der Vermittlung sowie der Präsentation jüdischer Kulturen in Europa
- Einrichtung eines Besucher- und Vermittlungsbetriebs
- 4 Mio. Euro

4 KinderKunstLabor

- Neubau
- Ort der Begegnung zwischen Kindern von 0 bis 12 Jahren, zeitgenössischer bildender Kunst und europäischen Künstler*innen
- Künstlerisch gestalteter Innen- und Außen-Spielplatz
- 12 Mio. Euro

5 Festspielhaus St. Pölten

- Umfassende Automatisierung der Bühnentechnik, damit auch zukünftig große nationale und internationale Musik- und Tanztheaterproduktionen gezeigt werden können
- Herstellung von Barrierefreiheit, Sanierung der Außenhaut
- 6,85 Mio. Euro

6 Klangturm

- Instandhaltungsmaßnahmen, um den Klangturm temporär/saisonal wieder künstlerisch bespielen zu können.
- 0,5 Mio. Euro

7 Vereinsgebäude von LAMES im Sonnenpark

- Teilsanierung; statisches Gutachten und Feasibility Studie liegen bereits vor
- Neues Betriebskonzept wird von LAMES aktuell partizipativ erarbeitet.
- 400.000. Euro

8 Musik- Kunstschule und Tagesbetreuung

- Neubau
- Erweiterung des Schulcampus ermöglicht offenen Unterricht für Tagesbetreuung sowie Musik- und Kunstschule
- Lichtdurchflutete Architektur mit polygonalen Räumen und 3 Bühnen
- 6 Mio. Euro

Rahmen eines großen „Kunst- und Kulturschwerpunkts St. Pölten“ (Arbeitstitel) neu eröffnen oder erstrahlen. Der im Jänner dieses Jahres „gelandete“ künstlerische Leiter Christoph Gurk, ein Kurator und Dramaturg mit internationaler Erfahrung, wird dieses Projekt über einen Zeitraum von mehreren Jahren steuern. Unterstützt wird er dabei von einem hochmotivierten Vorbereitungsteam, den Bürger:innen dieser Stadt, den Entscheidungsträger:innen aus der Politik sowie den Kultureinrichtungen vor Ort. Darüber hinaus werden Künstler:innen aus der Region und aus der ganzen Welt darüber nachdenken, was wir aus den Krisen der Gegenwart lernen können. Mit den Mitteln aktueller Kunst wird er sich Themen nähern, die über unsere Zukunft auf diesem Planeten entscheiden werden, sowohl auf lokaler wie auf globaler Ebene. Damit wird ein Grundstein zur längerfristigen Weiterentwicklung des kulturellen Profils von St. Pölten gelegt.

Die Vision 2030

St. Pölten will sich langfristig als aufstrebende, innovative und vor allem lebenswerte Kunst-, Kultur- und Bildungsstadt profilieren und sich als lebendiges kulturelles Zentrum im niederösterreichischen Zentralraum, in Österreich und im mitteleuropäischen Kontext positionieren. Mit der Kulturstrategie St. Pölten 2030 hat die Stadt ihre kulturpolitische Vision in eine umfassende und zukunftsweisende Strategie gegossen. Kultur wird als Grundlage unseres Zusammenlebens verstanden und bezieht sich nicht nur auf Veranstaltungen oder Ausstellungen. Sie umfasst auch die Vernetzung mit Wissenschaft und Forschung genauso wie Fragen nach der Teilhabe marginalisierter Gruppen, der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte oder dem Umgang mit Grünraum und Baukultur. In die Strategie eingeflossen sind auch die von den Vereinten Nationen verabschiedeten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030). St. Pöltens Kulturstrategie spannt also den Bogen von der großen europäischen und internationalen Ausrichtung bis zu den nun geplanten Stadtteilprojekten im Sinne einer kulturellen Nahversorgung.



Das Raumkonzept des neuen KinderKunstLabors: Offen, einladend, transparent und lichtdurchflutet – das Konzept von „Schenker Salvi Weber Architekten ZT GmbH“ findet international viel Beachtung.

„Gebt den Kindern das Kommando“ ...

... sang einst Herbert Grönemeyer. Der Start wurde 2016 mit dem Pilotprojekt Musik- und Kunstschule geschaffen. Unter einem Dach bietet die Musik- und Kunstschule, ergänzend zur musikalischen Ausbildung, Raum zur kreativen Entfaltung in den unterschiedlichsten Bereichen (Schauspiel, Musical, Foto, Film, Schreiben, Bildhauerei, Design) und stellt die Freude am gemeinsamen Schaffen und die individuelle Weiterentwicklung der künstlerischen Fähigkeiten in den Mittelpunkt. Professionelle Künstlerinnen und Künstler begleiten die Jugendlichen beim schöpferischen Prozess. Am Schulcampus des Südparks wird 2023 ein weiteres Gebäude fertiggestellt werden, das für Tagesbetreuung und Musik- und Kunstschule neue Rahmenbedingungen für offene Unterrichtsmethoden bietet.

Mit dem KinderKunstLabor erhält St. Pölten 2024 eine in Europa einzigartige Kunst- und Kulturinstitution mit dem Fokus auf zeitgenössische bildende Kunst. Kinder treffen auf Künstler:innen, ihre Schaffensprozesse und künstlerischen Arbeiten werden dadurch inspiriert und reagieren in einem „Labor-Setting“, ähnlich einem Atelier, durch praktisches

Ausprobieren direkt auf das Gesehene. Ein künstlerisch gestalteter Spielplatz im angrenzenden Park schafft zudem eine funktionale Verbindung zwischen innen und außen. Gemeinsam mit einer Gastronomie und der für alle Generationen angedachten Neugestaltung des Grünraums abseits des Ausstellungs- und Laborbereichs wird hier ein Ort mit hoher Aufenthaltsqualität für Jung und Alt geschaffen.

Das KinderKunstLabor erweitert das kulturelle Angebot der Stadt nicht nur für die St. Pöltner:innen, sondern es bietet auch für Menschen bis Linz und Wien und darüber hinaus einen interessanten Anziehungspunkt.

Das Wiener Büro „Schenker Salvi Weber Architekten ZT GmbH“ wird den innovativen, hochqualitativen und auf die Bedürfnisse von Kindern ausgerichteten Entwurf als Generalplaner umsetzen. Bereits seit letztem Jahr werden Kinder als Expert:innen in eigener Sache eingebunden, um als sogenannte Kinderbeiräte aktiv und gemeinsam mit dem Generalplaner am Planungsprozess mitzuwirken. Auf Basis der vielfältigen Funktionen und durch die Mitwirkung der Kinderbeiräte wird so 2024 ein viel beachtetes emotional pulsierendes Haus für Kinder eröffnet.



Kunst und Kultur in Zeiten der Pandemie

Um Kunst und Kultur während der Pandemie für die Bevölkerung erfahrbar zu halten, setzte St. Pölten u. a. auf Kunstaktionen im öffentlichen Raum, Streamingangebote und den Aufbau einer Musikplattform.

Im Herbst 2020 wurde ein Projekt für Gegenwartskunst in der Landeshauptstadt umgesetzt, das noch bis Ende 2021 zu sehen sein wird. Unter dem Titel „IN THIS TOGETHER“ präsentieren Borjana Ventzislavova und Aldo Giannotti insgesamt sieben Kunstwerke in St. Pölten: künstlerische Interventionen am Bahnhof, am Rathaus, beim Cinema Paradiso, am Festspielhaus, am Klangturm, am Landtagsschiff sowie in Form von gratis verteilten Postern und Bags. Der Umgang der EU mit den Krisen der vergangenen Jahre, von der Flüchtlingskrise bis hin zur aktuellen Pandemie, sind Kernthemen, mit denen sich Ventzislavova und Giannotti intensiv bei der Entwicklung ihrer künstlerischen Interventionen beschäftigt haben. „Kunst im öffentlichen Raum ist aktuell einfach die treffsicherste Methode, abseits von Auf- und Zusperrdebatten, gesellschaftliche wie politische Fragen auf kunstvolle Weise zu verhandeln“, erklärte Bürgermeister Matthias Stadler diese Schwerpunktsetzung.

Auch zwei Plakat-Kampagnen des Performance-Künstlers donhofer. wurden im vergangenen Jahr umgesetzt – zuletzt „Ich bin kein Roboter“, eine Kunstaktion zum Thema Arbeit und den Umgang mit Medien und Technologien in Bezug auf Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Als alle Galerien und Museen geschlossen hatten, präsentierte er seine Kunst auf Plakatflächen und erweiterte sein Projekt in den virtuellen Raum.

Ein Fernrohr am Rathausplatz eröffnete den Blick auf ein brennendes Thema unserer Zeit: Mit der Medienskulptur Collective Action Viewer ließen Verena



Die neue Dachmarke musik.stp vereint Neuerscheinungen, Interviews, Playlists und einen Sampler heimischer Musiker:innen.

Tscherner und Joerg Auzinger die Auswirkungen des globalen Klimawandels auf künstlerische Weise sichtbar und somit begreifbarer werden.

Support für die Musikszene

Das Team der städtischen Kulturbühne „Freiraum“ machte sich 2020 Gedanken zur Sichtbarmachung der Künstlerinnen und Künstler, die in normalen Jahren dort auf der Bühne stehen. Es wurde das Projekt musik.stp ins Leben gerufen, um den heimischen Musiker:innen eine Plattform zu bieten. „Mit dem Lockdown im Frühjahr und der längerfristigen Aussicht auf weitere Einschränkungen des Veranstaltungsbetriebs haben wir überlegt, wie das Live-Musik-Vakuum in der Stadt gefüllt werden könnte“, erzählt Martin Rotheneder, Künstlerischer Leiter der städtischen Kulturbühne Freiraum, vom Ursprung der neuen Kulturinitiative. „Einerseits wollten wir vom Freiraum

sinnvoll weiter für die Szene arbeiten, andererseits fand ich es schade, dass der spürbare Aufschwung in unserer Live-Szene Gefahr lief, im Lockdown zu versanden.“ So entstand eine bunte Plattform mit Interviews, Neuerscheinungen und Live-Sessions, die über Facebook, Instagram, YouTube und Spotify ausgespielt werden.

Doppelvinyl musik.stp

Um den Bogen aus der virtuellen Welt zurück ins echte Leben zu spannen, wurde im Frühjahr der neue Vinyl-Sampler „musik.stp – Ausgabe Eins“ veröffentlicht, der 16 der aktivsten Bands und Musiker:innen der Jahre 2019 und 2020 vereint und würdigt – von Pop über Hip-Hop und Jazz bis (Punk-)Rock. Und wie der Titel schon suggeriert nicht nur einmalig, sondern künftig im Zwei-Jahres-Rhythmus, und das auf farbigem Doppelvinyl in den Stadtfarben Rot und Gelb. 🇹🇷



Kunst- und Kulturspaziergang zum Thema „Das jüdische St. Pölten“

Storytelling in St. Pölten

Spezielle Kunst- und Kulturspaziergänge vermitteln den Teilnehmer:innen Eindrücke aus den verschiedensten Blickwinkeln.

Frauen in St. Pölten, barocke Kostbarkeiten, ausgestorbene Berufe, Einblicke in die barocke Küche, modernes St. Pölten, ehemalige Hotels, Kaffeehäuser und Gaststätten, Geheimnisse der Straßennamen, das jüdische St. Pölten, Fenster in die Vergangenheit, Geschichte und bedeutende Grabdenkmäler am Hauptfriedhof, Jüdischer Friedhof St. Pölten, Kapellen – Kirchen – Kostbarkeiten und weitere Themen locken Bewohner:innen und Gäste von St. Pölten zu einem Spaziergang. Diese Kunst- und Kulturausflüge werden über das städtische Tourismus- und Marketingservice mit eigens geschulten

Personen und in Kooperation mit den Austria Guides angeboten. Klassische Touren wie „Von den Römern zur jüngsten Landeshauptstadt“ sowie „Auf den Spuren berühmter Barockkünstler“ ergänzen das kulturelle Angebot. Alle touristischen Gruppenführungen werden durch die staatlich geprüften Austria Guides, die in Niederösterreich rund um das Jahr interessante und kurzweilige Führungen an verschiedenen Orten und in Städten veranstalten, durchgeführt. Damit die Naturschönheiten der Stadt nicht zu kurz kommen, gibt es auch hier entsprechende Themen: Vogelparadies

Viehofner Seen, Naturlehrpfad Feldmühle, ehemal. GÜPL Völtendorf, die Pflanzen im Sommer, die Pflanzen im Winter, Bäume und Sträucher im Winter – die Heilkraft der Knospen, Orchideen zum Muttertag, Stadtwandern mit dem LUP, Arzneipflanzen, Drogen und Hexenkräuter im Garten, Flora, Fauna und Artenvielfalt bis zu Naturerlebnisse bei Nacht – Fledermausnacht und Leuchttürme für Nachtinsekten. Insgesamt eine großartige Möglichkeit, St. Pölten besser kennenzulernen.

Weitere Informationen
www.stpoeltentourismus.at





Der Traisental-Radweg führt auch zu den Top-Winzer:innen der Region.

St. Pölten und die Region buchen

Österreichs jüngste Landeshauptstadt liegt mitten in Europa, ist verkehrstechnisch gut erreichbar und lockt mit einer sehenswerten Kombination aus Neu und Alt.

Barock, Jugendstil und Moderne prägen das architektonische Stadtbild. Die Stadt ist auch von vielen Grünflächen durchzogen. Urbanität und Natur in einer einzigartigen Verbindung, die neben Entdeckungsreisen auch Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten in einer großen Vielfalt anbietet. Um all diese Vorzüge auch in das Schaufenster zu stellen, sprich „verkaufbar zu machen“, wurde zusätzlich zur Tourismusinformation vor einigen Jahren ein Incoming Reisebüro samt Convention Bureau etabliert, das die bestehenden

Angebote in verkaufsfähige Packages schnüren soll. Das Reisebüro bietet ein zentrales und professionelles Buchung- und Unterstützungsservice für Gruppen und Individualgäste. Die Vielfalt der Pauschalangebote in Zusammenarbeit mit den touristischen Partnerbetrieben findet man in einer umfangreichen Tagungsplaner-Broschüre und natürlich auf der Tourismushomepage und in den sozialen Medien. Für Meetings, Incentives, Conventions und Events ist das Convention Bureau St. Pölten die kompetente Anlaufstelle.

Packages & Angebote

Wie wäre es denn wieder einmal mit einem Betriebs- oder Vereinsausflug nach Niederösterreich? St. Pölten liegt so zentral, die Anreise per Bahn oder Bus bringt die Gäste direkt ins Zentrum. Sie nächtigen in einem der ausgezeichneten Hotels oder Gasthöfe und erkunden von hier aus die Stadt und ihre Umgebung wie die Wachau oder das Mostviertel. Oder Sie nutzen die Gelegenheit, um von St. Pölten aus einen Abstecher nach Wien zu machen. In weniger als 30 Minuten ist das per Bahn möglich.



Der Wochenmarkt am Domplatz lockt mit regionalen Spezialitäten.

Süßes & Saures

Eine „kost.bare“ Tour über den St. Pöltner Wochenmarkt führt zu frischem Gebäck, hausgemachtem Käse und deftigem Speck: Der St. Pöltner Wochenmarkt ist ein Erlebnis für alle Sinne und die perfekte Gelegenheit, die Kulturstadt und ihre Bewohner:innen ganz persönlich kennenzulernen. Vor der prachtvollen Kulisse des Domplatzes begeistert er mit seiner Farbenpracht, den regionalen Spezialitäten und den freundlichen Standler:innen. Erleben Sie den Markt gemeinsam mit einem Genuss Guide bei einer rund eineinhalbstündigen Tour – an den Markttagen Donnerstag und Samstag.

Inkludiert: Ortskundiger Guide für max. 2 Stunden, Verkostungen mit Erklärungen an mindestens 7 Ständen, Besteck, Trinkgefäß, Serviette für Ihre Verkostungen; Pauschalpreis pro Person: € 26,- **Optional:** „De Luxe Tour“ mit 9 Standlern: € 35,- pro Person
Buchbar: 10 bis max. 40 Personen
Gültig: April–November

Wein.Jahr – Wein.Berg. Schmecken

Fast ein ganzes Jahr Weingenuss! Im Frühling, Sommer oder Herbst geht es mit dem Leih-E-Bike von der St. Pöltner

City in den Traisentaler Weingarten. St. Pölten ist die Stadt, die überrascht! Lernen Sie den jungen Spirit, die barocke Architektur und das rege Leben bei einer Stadtführung kennen. Nach einem kulinarischen Stopp im Cityhotel schnappen Sie sich ein E-Bike und radeln in rund einer Stunde entlang des Traisental-Radweges in idyllischer Flusslandschaft bis nach Traismauer.

Die Traisentaler Topwinzer bieten Wein-Berg-Schmecken-Genusspakete mit Produkten der Region an. Ob Bschoad-Binkerl vom Direktvermarkter oder Überraschungsmenü vom Haubenkoch – es ist für jeden Gaumen das Richtige dabei!

Pauschalpreis pro Person: € 77,-

Inkludiert: Begleiteter Stadtrundgang für eine Stunde, Antipasti-Snack im „Hofgarten“ im Cityhotel, 1 x E-Bike-Verleih für einen Tag, Weinverkostung im Weingarten oder beim Winzer, Genusskistl (Heurigenjause, Wasser, Wein, Saft) inkl. Lieferservice zum Picknickplatz (andere Genusskistln auf Anfrage möglich), Picknickutensilien

Dauer: ½ Tag oder ganztags

Buchbar: ab 5 bis max. 20 Personen

Gültig: April–Oktober

Für größere Gruppen besteht die Möglichkeit, Citybikes zu leihen (ohne Motor).

BUCHUNG:

St. Pölten Tourismus – Incoming
Reisebüro & Convention Bureau
St. Pölten

3100 St. Pölten, Rathausplatz 1

Tel: +43(0)2742 333-5011

Mobil: +43 676 490 08 72

E-Mail: gabriele.backknecht@st-poelten.gv.at

www.stpoeltentourismus.at

Ausflugs.Melange

Eine intensive Mischung aus den Highlights St. Pöltens und der nahen Wachau. Bequem und zentral in der Stadt wohnen und die Umgebung bereisen – das ist Ihr Programm in zwei Tagen.

Stadtführungen St. Pölten und Krems, mit dem Donauschiff von Krems bis Spitz. Spaziergang durch den mittelalterlichen Kern von Spitz bis hoch hinaus zum Roten Tor inmitten der besten Weinberge der Wachau gelegen. Traumhafte Ausblicke inkludiert.

Natürlich darf ein typischer Heurigenabend mit regionalen Schmankerln und Top-Weinen des Traisentals nicht fehlen. Die Chiliwelt „Fireland Foods“ und das Renaissanceschloss Schallaburg runden das Programm ab.

Pauschalpreis pro Person: € 119,- im DZ, € 134,- im EZ

Inkludiert: 1 x NF im ****Hotel in St. Pölten, Stadtführungen Krems, St. Pölten, Rundgang Spitz, Schifffahrt Krems–Spitz, Heurigenjause mit Gebäck, 1/8 l Wein oder Traubensaft; Eintritt, Verkostung Fireland Foods, Eintritt, Führung Schallaburg mit Sonderausstellung, gesetzliche Nächtigungsabgabe

Dauer: 1 Tag/1 Nacht

Buchbar: ab 20 Personen

Gültig: April–Oktober/Stand: April 2021



Jedes Jahr wird in St. Pölten ein eigener Hauptstadtwein gekürt.

Der Wein als Botschafter der Stadt

Anlässlich des Jubiläums „500 Jahre Rathaus St. Pölten“ gab es 2003 erstmals einen Wein als Botschafter für die Stadt – mittlerweile ist der Hauptstadtwein eine lieb gewordene Tradition.

Die Idee dahinter ist einfach und sehr wirkungsvoll, gilt es doch, die Winzer:innen der Region und des Bundeslandes Niederösterreich zu fördern und gleichzeitig ein Mitbringsel für viele Anlässe zu kreieren. Der Hauptstadtwein wird durch eine Jury ermittelt und mittlerweile ist die Liste der Winzer:innen, die Interesse haben, den Stadtwein anzubieten, schon sehr lang geworden.

„Römer“ aus Poysdorf

Die vielfach prämierte Poysdorfer Winzerfamilie Hirtl hat das mehrstufige

Auswahlverfahren einstimmig für sich entschieden und so hat St. Pölten heuer einen Grünen Veltliner als Weinviertler Botschafter.

Prominente Taufpaten: Landtagspräsident Karl Wilfing und Bürgermeister Matthias Stadler. Der Name des heurigen Stadtweines „Römer“ soll an die Stadtgründung vor 1.900 Jahren erinnern.

Traditionelles Kellergassenfest

Beim St. Pöltner Kellergassenfest spielt der Wein die Hauptrolle. Das große Angebot an trinkfreudigen Weinen im

wunderschönen Ambiente der Rendl-Keller-Gasse wird von St. Pöltner:innen und Besucher:innen alljährlich nahezu gestürmt.

Der St. Pöltner Hauptstadtwein wird hier nicht nur gern getrunken, er stärkt auch die Identität der Region und der Stadt. Da der Wein als Souvenirware gut angenommen wird, wurde auch ein eigenes Weinglas dazu kreiert.

Die Erfolgsgeschichte Stadtwein findet – nach der COVID-19-Pandemie – eine Fortsetzung: So wird es ein weiteres Weinfest im Juni 2022 in der St. Pöltner Kellergasse geben.

St. Pöltens schärfstes Ausflugsziel

Am landwirtschaftlichen Betrieb von Richard Fohringer werden hundert Chilisorten kultiviert.

Die ersten Chilis fanden 2007 auf 12 m² den Weg in die Erde des Gewächshauses, mittlerweile stehen für den Anbau 400 m² zur Verfügung. Aus den zarten Anfängen hat sich ein florierendes Unternehmen samt Schaubetrieb entwickelt. Fireland Foods ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel, sondern auch das schärfste in der Landeshauptstadt. Nach einem kurzen Film zu der Entstehung und der Geschichte des Betriebs geht es zu den fünf Gewächshäusern. Chilis mögen es gerne heiß und so sind die Temperaturen im Gewächshaus entsprechend hoch. Die

Pflanzen gedeihen prächtig und tragen unglaubliche Mengen an scharfen Chilis.

Bio und Nachhaltigkeit

Hier wird ausschließlich biologischer Dünger aus nachwachsenden Rohstoffen verwendet, wobei die Chilipflanzen in Kübeln beziehungsweise Töpfen gezogen werden. Richard Fohringer und sein Team machen sich dabei eine natürliche Reaktion der Chilipflanze zunutze: Stehen die Wurzeln der Pflanze am Rand des Topfes an, fühlt sich die Chilipflanze unter Druck gesetzt und treibt noch mehr nach oben aus. Durch die Verteidigungsreaktion werden die Chilis noch eine Spur schärfer.

Nach einem Blick in das Lager und die Produktion geht es zur Verkostung von Chilisaucen, Chilischokolade und weiteren Chili-Produkten. Vorsichtig testet man sich von den milden Saucen bis



schließlich zur „End of Sanity“ mit den berühmten Carolina Reapers (den schärfsten Chilis der Welt). Natürlich bleibt es jeder und jedem selbst überlassen, wie weit sie oder er die Geschmacksnerven treiben möchte. Die Welt der Chili ist jedenfalls eine große und interessante. 

FIRELAND FOODS

St. Pölten, Teslastraße 10
www.fireland-foods.com

Ein schöner Tag beginnt mit Felix Kaffee

Eine kleine Kaffeerösterei aus St. Pölten hat sich im Laufe der Jahre auf die Verarbeitung von Specialty Coffee spezialisiert.

Felix Teiretzbacher röstet in seiner Rösterei nur Kaffeesorten, die eine besonders hohe Qualität haben und mindestens 80 Punkte (von 100) nach internationalem Standard erreichen konnten, einige der Kaffees sind Bio- und Fairtrade-zertifiziert. Geröstet wird mit viel Fingerspitzengefühl auf einem handgefertigten 7,5-kg-Trommelröster. Zur Qualitätssicherung und Kontrolle des Röstvorgangs ist eine gleichmäßige Röstkurve wichtig, um eine herausragende Qualität zu sichern. Der frische Kaffee wird händisch in aluminiumfreie Kaffeebeutel gefüllt. Felix Kaffee kann man in mehreren Cafés der Stadt und am Wochenmarkt Domplatz genießen. Die Produktpalette ist vielfältig und umfasst auch eine eigene „St. Pöltner Röstung“, Bio und Fairtrade. Diese Fairtrade-Mischung aus biologischer Landwirtschaft vereint drei hochwertige Arabicasorten und ergibt eine nussig-süße Tasse Kaffee mit wenig



Bitterkeit, der in der Nase an rote Trauben erinnert und im Abgang einen zarten Nougat-Geschmack hinterlässt.

Schonende Rösttechnik

Kaffee ist eine Frucht ähnlich einer Kirsche und sehr vielseitig im Geschmack, trägt unzählige Aromen und natürliche Süße. Felix Teiretzbacher und sein Team rösten deshalb heller, um diese nicht mit Bitterkeit und Röstaromen zu überdecken. Durch diese moderne, aber auch schonende Rösttechnik schmeckt der Kaffee besonders aromatisch, es bilden sich komplexe Aromen und weniger den Magen angreifende Säuren.

Felix Kaffee wurde 2012 von Felix Teiretzbacher gegründet. Besonders stolz ist Felix auf den Sieg bei der ersten österreichischen Röstmeisterschaft und auf die Teilnahme bei der Röstweltmeisterschaft in Taipei.

Weitere Infos unter www.felixkaffee.at 



Digitaler Humanismus

Die Stadt Wien bekennt sich zum Digitalen Humanismus und entwickelt Strategien, damit alle Menschen von der Digitalisierung profitieren können.

Beim Digitalen Humanismus soll der Mensch wieder im Zentrum technischer Innovation stehen und nicht umgekehrt.

Digitalisierung und technologische Weiterentwicklung treiben gesellschaftliche Umbrüche voran, was Chancen und Herausforderungen mit sich bringt. Die Stadt gestaltet diesen Prozess aktiv und im Sinne der humanistischen Tradition Wiens: Digitalisierung und technischer Fortschritt sollen allen nützen und die Gesellschaft nicht in zwei Hälften spalten. Wie das funktionieren kann, dazu hat der Digitale Humanismus Antworten. Etwa zu rechtlichen Rahmenbedingungen, ökonomischen Zusammenhängen oder Ethik. Ebenso hat er Ansätze für neue Kommunikations- und Interaktionsformen im Internet und in sozialen Medien.

Der Digitale Humanismus möchte humanistische und geisteswissenschaftliche Traditionen mit der rasant voranschreitenden Technologie und Digitalisierung zusammenführen. Ziel ist es, neue Brücken zwischen digitalen Anwendungen und den Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften zu schaffen. Der Mensch soll wieder im Zentrum technischer Innovation stehen und nicht umgekehrt.

20 Millionen Förderungen

Die Corona-Situation hat gezeigt, wie wichtig digitale Kommunikation für alle Lebensbereiche ist. Deshalb sorgt die Stadt z. B. mit einem 20 Millionen Euro starken Förderprogramm dafür, dass die nötigen Investitionen in den Netzausbau für 5G rasch umgesetzt werden. Neben dem Breitbandausbau mittels Glasfasertechnik ist Mobilfunk eines der wesentlichen Merkmale, das einen herausragenden Platz zum Leben und einen zeitgemäßen Wirtschaftsstandort mit modernster Technologie ausmacht. DigitalCity Wien ist eine Initiative der Stadt Wien und der IT-Wirtschaft. Das Ziel ist es, Wien zum digitalen Hotspot Europas zu machen.



Bereits 400 WLAN-Hotspots

► Wer ein WLAN-fähiges Handy oder Tablet hat, kommt an vielen Plätzen in der Stadt gratis ins Internet. Zum Beispiel am Rathausplatz, am Stephansplatz, im MuseumsQuartier, in Bahnhöfen und vielen U-Bahn-Stationen oder auf der Donauinsel. Der interaktive Stadtplan der Stadt Wien zeigt alle WLAN-Hotspots in Wien an. Die Nutzung ist ohne Registrierung rund um die Uhr möglich und funktioniert im Umkreis von rund 100 Metern. Rund 400 dieser WLAN-Hotspots gibt es in Wien bereits.

Infos

digitales.wien.gv.at

Infos

wien.gv.at/stadtplan

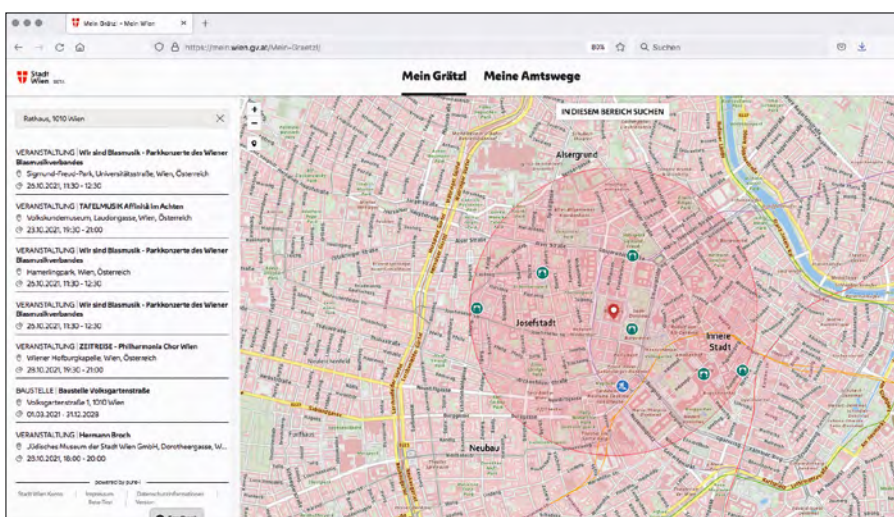
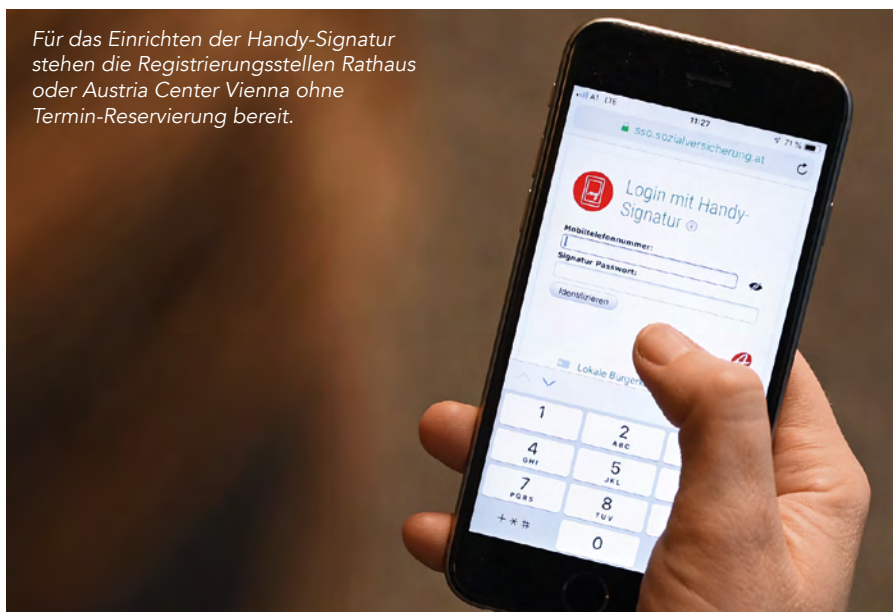
Handy-Signatur

► Immer mehr Amtswege können online erledigt werden, viele davon erfordern eine Unterschrift. Dafür gibt es die Handy-Signatur, die digitale Unterschrift. Sie dient als Nachweis der Identität und ist rechtsgültig. Bestimmte Anträge können so rund um die Uhr online erledigt werden. Damit kann auch der „Grüne Pass“ abgerufen werden. In einer Registrierungsstelle, die persönlich aufgesucht werden muss, kann man die Handy-Signatur kostenlos aktivieren.

Infos

www.handy-signatur.at

Für das Einrichten der Handy-Signatur stehen die Registrierungsstellen Rathaus oder Austria Center Vienna ohne Termin-Reservierung bereit.



Auf „Mein Wien“ kann man zum Ausprobieren Anträge in einem Testmodus erstellen.

Praktisch

► Das Portal „Mein Wien“ verbindet Amtswege mit Neuigkeiten im Grätzl. Unter „Meine Amtswege“ lässt sich zum Beispiel das Parkpickerl oder ein Anlassmarkt rasch beantragen oder auch der Betriebskostenrechner nutzen. „Mein Grätzl“ zeigt nach der Adresseingabe an, was sich in der Umgebung so tut. Von Veranstaltungen über Standorte von Radständern, Baustellen oder neuen Ampeln. Gleich ausprobieren!

Infos

mein.wien

Zehn Jahre Open Data

► Bei Open Government Data (OGD) stellt die Stadt Zahlen und Daten der Verwaltung der Öffentlichkeit zur Verfügung. Damit können Privatpersonen oder Unternehmen

Apps programmieren, die das Leben etwas einfacher machen. Ziel bleibt nach zehn Jahren, offene Kultur in der Verwaltung zu fördern, Innovationen zu ermöglichen und das Bewusstsein für den gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Mehrwert zu fördern.

tung effizienter gestaltet. Mit den Daten aus dem Solarpotenzialkataster Wien wurde eine neue Planungs- und Simulationssoftware für Photovoltaik-Systeme entwickelt, mit der alle Arten von modernen PV-Anlagen besser planbar werden. Vier Mal im Jahr werden neue Daten publiziert.

Wichtige Daten für Apps

► Hilfreiche Anwendungen sind zum Beispiel der digitale Bild-Datendienst „Kappa-zunder“, mit dem das Wiener Stadtgebiet dreidimensional dargestellt werden kann und so Arbeitsprozesse in der Stadtverwal-

Infos

digitales.wien.gv.at/open-data

OPEN
GOVERNMENT
DATA



Die Sonnenstadt Lienz – Markenpolitik als Teil der Stadtregionsstrategie

Von lockerer Kooperation und freiwilliger Fusion

Praktizierte Stadtregionspolitik – Österreichs Klein- und Mittelstädte leben es vor!

Martina Schorn und Axel Priebs, Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien

Theorie und Praxis der Stadtregionspolitik richtet sich klassisch an großstädtischen Ballungsräumen aus. Die Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) jedoch nahm in Zusammenarbeit mit dem Österreichischen Städtebund schon früh eine Vorreiterrolle ein, indem sie bereits zu Beginn der 2010er-Jahre kleine und mittlere Städte in ihre Stadtregionsstrategie involvierte. Vor diesem Hintergrund haben sich im vergangenen Jahrzehnt in Österreich zahlreiche kooperative Initiativen von Klein- und Mittelstädten mit ihrem Umland herausgebildet. Dabei zeigt sich, dass diese stadtregionalen Kooperatio-

nen inhaltlich und institutionell sehr unterschiedlich ausgestaltet sind. Ein Forschungsprojekt an der Universität Wien analysierte auf Basis einer vergleichenden Untersuchung etablierter Stadt-Umland-Kooperationen und der unterschiedlichen Governance-Arrangements anhand von vier Fallbeispielen, wie Klein- und Mittelstädte in Österreich gemeinsam mit ihrem Umland abgestimmte Konzepte zur räumlichen Entwicklung erarbeiteten und umsetzten. Dabei wird deutlich, wie aus einem diskursiven Ansatz auf nationaler Ebene eine gelebte Praxis der gleichberechtigten, interkommunalen Zusammenarbeit wird.

Vier Stadtregionen

Die kleinteilige Gemeindegebietsstruktur führt zwar immer wieder zu kritischen Diskussionen, insgesamt entsteht aus den Gesprächen und der Beobachtung der Medien jedoch der Eindruck, dass in Österreich breiter politischer Konsens ist, diese Struktur nicht grundsätzlich in Frage zu stellen. Daraus resultiert ein besonderer Abstimmungsbedarf zwischen den kleineren und mittleren Kernstädten mit ihren teilweise sehr kleinen Nachbarkommunen. Der Diskurs zur Stadtregionspolitik¹ und die besonders kleinteilige Gemeindestruktur bilden den Hintergrund der hier in Kurzform vorgestellten

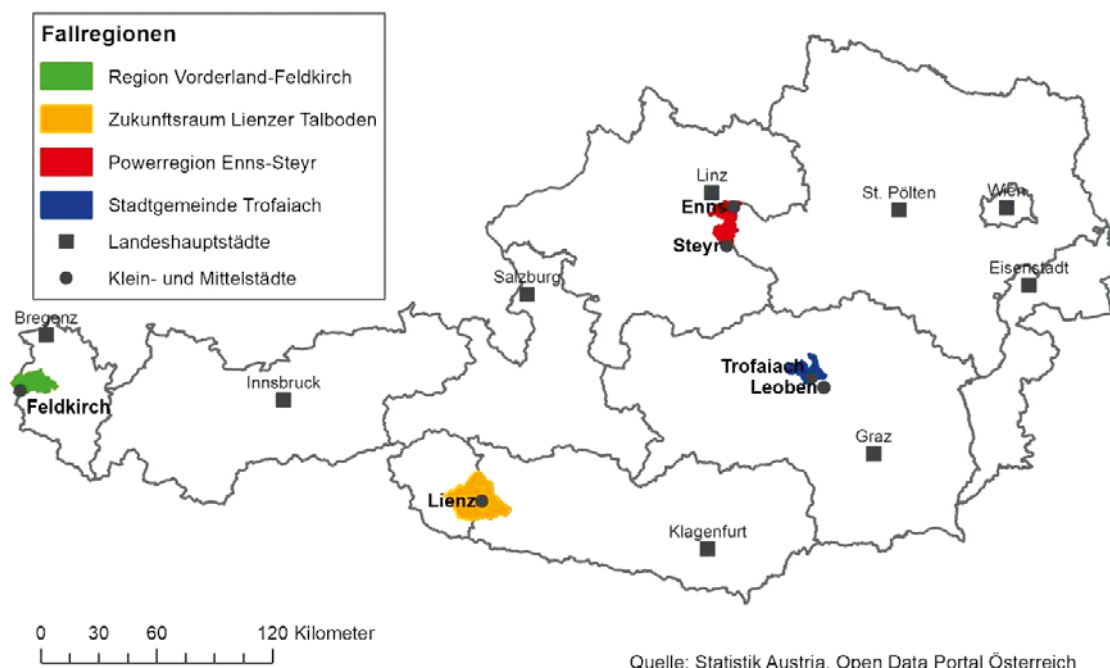


Tabelle 1: Übersicht über die Fallstudien

	Kernstädte mit Einwohnerzahl (Stand 01.01.2020)	Beteiligte Gemeinden	Einwohnerzahl im Kooperationsraum (Stand 01.01.2020)	Organisatorische/institutionelle Charakteristika der Kooperation
Region Vorderland-Feldkirch (Vorarlberg)	Feldkirch (34.210)	13	67.380	Stadtregionale Vereinslösung in Kombination mit Verwaltungsgemeinschaft und Gemeindeverband; gemeinsame Betriebsführung, Kernstadt übernimmt Aufgaben nach dem Sitzgemeinde-Modell
Lienzer Talboden (Tirol)	Lienz (11.905)	15	28.146	Förmlicher Planungsverband in Kombination mit Gemeindeverbänden und informellen Strukturen; Kernstadt übernimmt Aufgaben nach dem Sitzgemeinde-Modell; weitere räumliche Kooperationsebenen
Powerregion Enns-Steyr (Oberösterreich)	Steyr (38.056) Enns (11.940)	8	74.296	Gemeindeverband als Kooperation quer zu administrativen Strukturen; solidarische Finanzvereinbarungen
Stadtgemeinde Trofaiach (Steiermark)	(Trofaiach) (11.119)	(3) 1	11.119	Gemeindefusion nach freiwilligem und kooperativ angelegtem Fusionsprozess

Quelle: Einwohnerzahlen der Kernstädte sowie im Kooperationsraum: Statistik Austria, Bevölkerung am 1. Januar 2020 nach Gemeinden (Gebietsstand 1. Januar 2020), <https://www.statistik.at>



Ortskern von Trofaiach in der fusionierten Stadtgemeinde Trofaiach

empirischen Untersuchung von vier österreichischen Stadtregionen. Da die praktische Etablierung von Stadtregionen „vor Ort“ nicht durch Empfehlungen der Österreichischen Raumordnungskonferenz und nur bedingt durch landesrechtliche Vorgaben geregelt ist, sondern der Initiative von lokalen Akteur:innen obliegt, eröffnen sich vielfältige Möglichkeiten der Umsetzung. Die tatsächliche organisatorische und institutionelle Ausgestaltung der österreichischen Stadtregionen vor dem Hintergrund des engen Gebietszuschnitts der Kernstädte und der zersplitterten kommunalen Struktur im Umland ist bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Aufbauend auf dieser Forschungslücke liegen diesem Projekt folgende Forschungsfragen zugrunde:

- In welcher organisatorischen Struktur bzw. in welchem institutionellen Rahmen kooperieren in Österreich kleine und mittlere Kernstädte mit ihren überwiegend sehr kleinen Nachbargemeinden?
- Welche Themen und Aufgaben werden in den Stadtregionen als vordringlich für eine gemeinsame Wahrnehmung gesehen?
- Welche Rolle nehmen die Kernstädte in den stadtregionalen Kooperationen ein?

► Im Rahmen eines vergleichenden Fallstudienansatzes wurde versucht, neben den thematischen Herausforderungen der Kooperation unterschiedliche organisatorische Ausprägungen sowie Faktoren für eine erfolgreiche und längerfristige Kooperation herauszuarbeiten.

Kleinstadtforschung im Kommen

Die Bedeutung der Klein- und Mittelstädte insbesondere für die Stabilisierung und Entwicklung metropolenferner ländlicher Räume ist in der raumbezogenen Wissenschaft und Politik erst in jüngerer Zeit erkannt und betont worden. Kam eine 2006 vorgelegte ESPON-Studie noch zu dem Ergebnis, dass es keine systematische Untersuchung von Klein- und Mittelstädten gibt, „although policy making increasingly refers to them“², ist die Forschung seitdem deutlich intensiviert worden. Aus diesem neu entstandenen Forschungsinteresse generiert sich daher der Eindruck, dass die Klein- und Mittelstadtforschung aktuell eine gewisse Konjunktur erlebt.³

Klein- und Mittelstädte, die mit ihrem Umland zusammenarbeiten und damit die Stadtregion zur gelebten funktionalen Raumeinheit machen, befinden sich in einem komplexen Spannungsverhältnis

unterschiedlicher Planungs- und Entscheidungsebenen. Ganz allgemein umfasst die Organisation jeglicher Form interkommunaler Kooperation einerseits die lokale Ebene jeder einzelnen kooperierenden Einheit, andererseits aber auch eine regionale Ebene, indem durch die Kooperation eine mehr oder weniger abgrenzbare, intermediäre Einheit entsteht. Wenn interkommunale Kooperationen über Förderprogramme unterstützt werden, so stellt sich darüber hinaus auch eine Abhängigkeit zur Landes-, Bundes- oder EU-Ebene ein. In der Governance-Forschung wird dabei meist von „Multi-level Governance“ gesprochen.⁴

Interkommunale Kooperation

Als Fallstudien wurden die Region Vorderland-Feldkirch, der Lienzer Talboden, die Powerregion Enns-Steyr sowie die Stadtgemeinde Trofaiach ausgewählt. Sie sind aussagekräftige Beispiele dafür, wie in den unter Beteiligung von Klein- und Mittelstädten geformten Stadtregionen auf vielen Feldern sowie in unterschiedlichen organisatorischen und institutionellen Strukturen interkommunal kooperiert wird. Ursprüngliches Ziel der Untersuchung war es, auf der Skala der institutionellen Verbindlichkeit unterschiedliche Typen der Kooperation in österreichischen Stadtregionen zu ermitteln – von der lockeren Kooperation bis zur freiwilligen Fusion.⁵ Auch wenn in der Realität der interkommunalen Kooperation unter Beteiligung von Klein- und Mittelstädten in Österreich keine vier Fallbeispiele streng nach dem Grad der Verbindlichkeit gefunden werden konnten, konnten durchaus unterschiedliche Varianten und Ausprägungen der Kooperation von der stadtregionalen Vereinslösung über öffentlich-rechtliche Verbände bis hin zur freiwilligen Fusion identifiziert werden. Die von Reusch-Demel⁶ eingebrachte Perspektive auf die Gemeindefusion als „intensivste Form der Zusammenarbeit“ wird auch vom Autor:innenteam dieses Beitrages geteilt. So zeigt sich in dem in weiterer Folge dargestellten Fallbeispiel der freiwilligen Fusion zur Stadtgemeinde Trofaiach, dass dieser ein intensiv geführter Kooperations- und Abstimmungsprozess zwischen den später zu-

sammengelegten Gemeinden vorausging. Die interkommunale Kooperation mündete in diesem Fall in die Fusion.

Funktionierende Governance-Strukturen bauen häufig auf die Kombination unterschiedlicher Rechtsformen und informeller Strukturen. Entlang der unterschiedlichen Institutionalisierung lassen sich die hier untersuchten Fallstudien nach ihren unterschiedlichen Charakteristika unterscheiden, die in Tabelle 1 dargestellt werden.

Österreichische Stadtregionsstrategie

Die Untersuchung interkommunaler Kooperationen von österreichischen Klein- und Mittelstädten mit ihrem Umland ermöglicht einen ersten Einblick in die Umsetzung der österreichischen Stadtregionsstrategie. Damit wird aus einem auf nationaler Ebene vorwiegend diskursiven Ansatz eine gelebte Praxis. Wie bereits Purkarthofer und Humer⁷ feststellten, zeigt sich auch in dieser vergleichenden Fallanalyse, dass sich bei der Umsetzung einer stadtregionalen Strategie vor allem das Prinzip der Freiwilligkeit und der Entwicklung und Umsetzung aus den Regionen heraus bewährt. Generell nähern sich die Gemeinden schrittweise über einzelne Kooperationen an, die sich aus Sachzwängen bzw. betrieblicher und wirtschaftlicher Optimierung ergeben. Aufgrund des Umstandes, dass die Umsetzung der stadtregionalen Strategie im Wesentlichen den Bundesländern und vor allem den Kommunen, die sich zu einer Stadtregion zusammenschließen, obliegt, ergeben sich unterschiedlich ausgestaltete Arrangements. So zeigt die Untersuchung, dass in den Fallstudien Organisationsmodelle und deren Kombinationen in unterschiedlicher Weise umgesetzt werden. Obwohl sämtliche institutionalisierten Kooperationen einschließlich der Fusion der Stadt Trofaiach relativ jung sind, ist der Wille zur weiteren Optimierung in allen Fallstudien klar erkennbar und viel Energie vorhanden, die gemeinsame Arbeit zu verstetigen und zum Teil auch weiter zu intensivieren.

Bezüglich der institutionellen Struktur werden neben informellen Organisati-

onsformen auch öffentlich-rechtliche Strukturen eingesetzt, wie die Bildung eines Gemeindeverbandes, die Nutzung eines landesrechtlich konstituierten Planungsverbandes und die Fusion zu einer vergrößerten Gemeinde zeigen (vgl. Tabelle 1). In den drei ersten Fallstudien wurde deutlich, dass mit den Kooperationen gemeinsame Lösungen für die Stadtregionen gesucht (und gefunden) wurden und sowohl dem Wunsch zum gemeinsamen Außenauftritt als auch den durch geringere Verwaltungskraft kleiner Gemeinden bedingten Herausforderungen durch eine lebendige Kooperationskultur Rechnung getragen wird. Trotz der in Trofaiach bestehenden Zufriedenheit mit der Gemeindefusion herrscht in den anderen Stadtregionen eindeutig der Wille vor, die erkannten Herausforderungen durch eine weitere Intensivierung der Kooperation ohne Fusionierungen zu bewältigen. Im Falle Lienz wird dies am deutlichsten formuliert und die Position vertreten, eine gute interkommunale Kooperation könne sogar eine Fusion ersetzen. Bezüglich der stattgefundenen Prozesse zeigen die Fallstudien, dass es sich durchweg um Bottom-up-Prozesse mit eigenen Strategien handelt, die – am sichtbarsten in der Powerregion Ennsteyr – auch durch staatliche Angebote und Programme unterstützt werden.

Strategische Vision

Die Österreichische Raumordnungskonferenz hat gemeinsam mit dem Städtebund eine wesentliche Funktion bei der Motivation der örtlichen und regionalen Akteur:innen übernommen, umgekehrt haben auch Vertreter:innen von Stadtregionen in den entsprechenden Gremien und Arbeitsgruppen von ÖROK und Städtebund mitgewirkt. Durch dieses Zusammenspiel konnten in den untersuchten Stadtregionen wichtige Kräfte freigesetzt werden, womit die Ergebnisse auch die Erkenntnisse von Kühn und Weck⁸ bestätigen, wonach sich die höchsten Potenziale für eine Bewältigung von Peripherisierungsprozessen dort zeigen, „wo die örtliche Prioritätensetzung auf der Grundlage einer strategischen Vision über den Zugriff auf externe Ressourcen entscheidet, und nicht umgekehrt die

lokale Politikgestaltung an sich wechselnde und extern definierte Förderprogramme angepasst wird“. Dass die untersuchten Fallregionen eine gewisse Resilienz gegenüber Peripherisierungsprozessen aufweisen, zeigt sich in der ökonomischen, demografischen wie auch institutionellen Dynamik der Stadtregionen. Der Erfolg der stadtregionalen Raumpolitik in Österreich lebt in Anknüpfung daran von der Eigeninitiative der Klein- und Mittelstädte, die von übergeordneten Planungsebenen in der Umsetzung einer Stadtregionspolitik unterstützt werden.

Eine Langfassung des Artikels inklusive einer näheren Betrachtung der einzelnen Stadtregionen, insbesondere der Rolle der jeweiligen Stadt innerhalb der Kooperation, finden Sie in der Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ unter: <https://rur.oekom.de/index.php/rur/article/view/49/138>



¹ Vgl. Felkel, E. (2017): Stadtregionen in Österreich – und ihre Thematisierung im Rahmen der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK). In: Aufgeräumt – Die Zeitschrift für Raumordnung in Oberösterreich 10, 8–11.

² ESPON – European Spatial Planning Observatory Network (2006): The Role of Small and Medium-Sized Towns (SMESTO) – Final Report. Luxemburg

³ In der Langfassung des Forschungsberichtes finden sich hierzu zahlreiche Literaturnachweise.

⁴ Benz, A. (2007): Multilevel Governance. In: Benz, A.; Luetz, S.; Schimank, U.; Simonis, G. (Hrsg.) (2007): Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. Wiesbaden, 297–310.

⁵ Prieb, A. (2018): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen aus Sicht der Planungs- und Verwaltungspraxis. In: Heintel, M.; Musil, R.; Weixbaumer, N. (Hrsg.): Grenzen: Theoretische, konzeptionelle und praxisbezogene Fragestellungen zu Grenzen und deren Überschreitungen. Wiesbaden, 181–203.

⁶ Reusch-Demel, A. (2018): Der Gemeindeverwaltungsverband und die Fusion im Überblick. In: Kompetenzzentrum für interkommunale Zusammenarbeit (Hrsg.): Fachtagung: „Enge Formen der Interkommunalen Zusammenarbeit – Der Gemeindeverwaltungsverband/Die freiwillige Fusion“. Wiesbaden, 14–27.

⁷ Purkarthofer, E.; Humer, A. (2019): City-regional policies in the planning systems of Finland and Austria: National initiatives and European opportunities. In: Belgeo, 2/2019, 1–10. doi: 10.4000/belgeo.32122.

⁸ Kühn, M.; Weck, S. (2013): Interkommunale Kooperation, Konkurrenz und Hierarchie. In: Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, 83–106.



Kooperation wirkt!

Das berufsbegleitende Weiterbildungsprogramm „Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung“ an der Universität Wien

Yvonne Franz und Martin Heintel, Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien

Gelungene Kooperation braucht Qualifikationen. Daher ist „Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung“ Motto und Inhalt zugleich eines postgraduierten Weiterbildungsangebots an der Universität Wien. Das österreichweit einmalige Programm schließt den ersten viersemestrigen Master-Zyklus in Kürze erfolgreich ab. Im Oktober 2022 startet der zweite Zyklus, wobei bereits im März 2022 in einen Zertifikatskurs zur „nachhaltigen Region“ eingestiegen werden kann.

Im Berufskontext ist Kooperation auf allen Ebenen gefragt: innerhalb der eigenen Organisation, mit Netzwerkpartner:innen, in kooperativen (Planungs-)Projekten, mit Anwohner:innen etc. Dort, wo Neuland betreten wird, steht zu Beginn oft Learning by Doing. Dennoch bleibt und wächst das Bedürfnis nach Zusatzqualifikationen – gerade in einem sich dynamisch entwickelnden Setting raumrelevanter Berufsfelder wie bspw. der Raumplanung, Regional- und

Quartiersentwicklung, Architektur oder Politikberatung. Dieser Aufriss ist bereits eine annähernde Antwort auf die Frage: Wie kam es zur Idee, ein inhaltlich wie methodisch umfassendes Qualifizierungsangebot auf den Bildungsmarkt zu bringen? Die Motivation, zu den Fragestellungen der raumrelevanten Kooperation ein entsprechendes Curriculum zu entwickeln, wurde von vielen Fachexpert:innen an- sowie von unseren etablierten Kooperationspartner:innen eindeutig ausgesprochen: „Es braucht ein Qualifikationsprogramm, das auf aktuelle Fragestellungen eingeht und sich sowohl an (langjährige) Praktiker:innen wie auch an Hochschulabsolvent:innen richtet. In der Stadt- und Regionalentwicklung gibt es nichts Vergleichbares im deutschsprachigen Raum!“

Aktuelle Fragestellungen

Um nur einige exemplarische Leitfragen herauszunehmen: Es geht um die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsschritte,

um Lebensqualität in der Region der Zukunft zu halten. Es stellen sich Fragen neuer sozialer Ungleichheiten in der Versorgung mit Gesundheits-, Bildungs- oder Mobilitätsinfrastrukturen sowie generell um eine Grunddaseinsvorsorge. Die fortschreitende Digitalisierung gilt es gestaltend und sozial inkludierend einzusetzen und damit einen gesellschaftspolitischen Gegenpol in den „Smart Cities/Regions“-Visionen zu setzen – aber wie? Und schlussendlich die wenig überraschende Frage im Kontext liberaler Marktwirtschaftsprozesse: Wie und wer finanziert Entwicklungen der zukunfts-gestaltenden Stadt- und Regionalentwicklung – und welche neue Akteur:innen und Prozesse gilt es zu integrieren? Die Herausforderungen sind komplex. Um diese Komplexitäten anzugehen, benötigt es Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteur:innen in vielfältigen lokalen Kontexten mit nicht immer gleich vorhandenen Ressourcen (und letztere auch nicht alleinig monetär beschränkt).

Zu einem aktiven Gestalten der raumrelevanten Komplexitäten tragen wir bei, indem wir ebenfalls Kooperation als zentralen Ausgangspunkt in den Vordergrund rücken. Eine enge inhaltliche Abstimmung und Themensetzung wird durch gegenwärtig etwa 80 Lektor:innen aus Wissenschaft und Praxis sowie mit unseren Kooperationspartner:innen aus Länderverwaltungen und Wirtschaftslandesagenturen repräsentiert. „Stadt“ und „Region“ werden hierbei auch in einem neuen Verständnis aufgegriffen: Die Grenzen zwischen „Stadt“ und „Land“ verschwimmen, indem Verflechtungen in den Vordergrund rücken. Dass an dieser Schnittstelle Handlungsbedarf besteht, können wohl alle bestätigen, die bereits einmal im Feld der Stadt- und Regionalentwicklung tätig waren. Die Qualität des Weiterbildungsprogramms wird zudem durch die wissenschaftliche Verankerung an der Universität Wien, ebenso mit dementsprechenden akademischen Abschlüssen gesichert.

Modularer Aufbau

Das Programmangebot der „Kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung“ ist modular designed und geht damit mit größtmöglicher Flexibilität auf die Bedürfnisse im Rahmen berufsbegleitender Weiterbildung ein. Jedes Semester entspricht einem „Modul“, das einem Semesterthema wie der sozialen, smarten, unternehmerischen oder nachhaltigen Region folgt. Jedes Modul ist wiederum in drei Bereiche strukturiert, nämlich 1. Konzeption, 2. Methode und 3. Implementierung. Damit ist die Verbindung konzeptionell-theoretischer Inhalte, methodischer Herangehensweisen mit praxisbezogener Umsetzung gewährleistet – unabhängig davon, welcher Semesterschwerpunkt vorliegt und ohne Wiederholungen zu produzieren. Dieser Zugang verfolgt das Ziel, dass alle Teilnehmer:innen schon während des Studienverlaufs Inhalte, Methoden, Tools etc. kennenlernen und ausprobieren können, die laufend 1:1 in die eigene Berufspraxis mitgenommen werden und zur Anwendung kommen können. Neben einem viersemestrigen Masterlehrgang ist es über einsemestrige Zertifikatskurse möglich, jedes Semester in das Programm einzusteigen. Flexible

Einstiegs- sowie anschließende Umsteigemöglichkeiten erhöhen den Effekt eines Peer-to-Peer-Lernens in einem sich stetig erneuernden Netzwerk. Aufgrund der gegebenen Flexibilität ist es auch möglich, teilnehmer:innen-seitig Fragestellungen (z. B. aus der eigenen Region) einzubringen und diese im Rahmen einer Lehrveranstaltung zu bearbeiten.

Zweifelsohne ist eine berufsbegleitende Zusatzqualifizierung anspruchsvoll und erfordert neben fachlichen Auseinandersetzungen vor allem sehr gutes Zeitmanagement. Daher gilt es, auch in der Wahl der Lehrveranstaltungsformate Kooperation in den Mittelpunkt zu rücken. Neben Kleingruppenarbeiten und -diskussionen sind dies vor allem interaktive Kursformate, die transdisziplinäres Voneinander-Lernen ermöglichen: Panel Diskussionen mit Pionier:innen aus dem österreichischen und internationalen Kontext, Exkursionen und Fallbeispielpräsentationen – und das Ganze zudem (COVID-19-bedingt noch) digital.

Die nachhaltige Region

Sie sind neugierig geworden und wollen Teil der wachsenden Community der „Kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung“ werden? Der zweite Zyklus des Masterprogramms (MA) sowie Universitätslehrgangs (Akademischer Experte/Akademische Expertin) startet im Oktober 2022 (Bewerbung ab Beginn 2022). Eine Anmeldung zum Zertifikatskurs „Die nachhaltige Region“ im Sommersemester 2022 ist bis 1. Februar 2022 möglich. Zur Erinnerung: Dieser Zertifikatskurs kann nach positivem Abschluss direkt für das Masterprogramm sowie den Universitätslehrgang (Start Oktober 2022) anerkannt werden. Derzeit wird das Programm online bzw. hybrid angeboten. Ein „Schnuppern“ ist somit ab sofort, niederschwellig und ohne Reise-tätigkeit möglich. Die Teilnahme an diesem Programm ist unter der Voraussetzung des Vorweises einschlägiger Berufserfahrung auch ohne vorherigem akademischem Abschluss möglich. Online-Infoabende (via Zoom) mit aktuellen Programminformationen finden regelmäßig statt (Termine siehe www.postgraduatecenter.at/kooperativregion). 🐾

VERANSTALTUNG

Die unternehmerische Region

„Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung“ ist ein Genuss! Wer sich ein erstes Bild machen will, ist zur öffentlichen Online-diskussion (via Zoom) am Samstag, 15. Jänner 2022, um 14 Uhr, eingeladen.

Zum Thema „Die unternehmerische Region“ diskutieren: Josef Zotter (Zotter Schokolade), Cecilia Havmöller (Veganista und „The LaLa“) sowie Andreas Gugumuck (Wiener Schneckenmanufaktur).

Anmeldung unter: www.postgraduatecenter.at/kooperativ-region-veranstaltungen

LESETIPP

Franz, Y. und Heintel, M. (2021): „Kooperative Stadt- und Regionalentwicklung“: Anforderungen und Einblicke in ein postgraduales Weiterbildungsangebot an der Universität Wien. In: Fritz, J. und Tomascheck, N. (Hrsg.): Konnektivität. Über die Bedeutung von Zusammenarbeit in der virtuellen Welt. Münster – New York: Waxmann. 193–212 (= University Society Industry, Band 10).

ISBN 978-3-8309-4408-9

HOMEPAGE

www.postgraduatecenter.at/kooperativregion

Yvonne Franz und Martin Heintel leiten gemeinsam das Postgraduierte Weiterbildungsprogramm an der Universität Wien zur „Kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung“

Kontakt:

martin.heintel@univie.ac.at
yvonne.franz@univie.ac.at

Adressen: andere Register und Anwendungen

Eine Ortschaft mit durchnummerierten Häusern oder eine Gemeinde mit Straßen und Hausnummer, so werden Adressen allgemein verstanden. In 3 Teilen beleuchten wir, was sich geändert hat, dass Adressen plötzlich DAS Bindeglied in der Verwaltung sein sollen. Teil 2

Gunther Rabl, Experte für raumbezogene Daten und Adressen im Österreichischen Städtebund

Das Adressregister (AdrReg) wurde im Zuge der E-Government-Initiative der Österreichischen Bundesregierung im Jahre 2004 geschaffen und gesetzlich verankert. Es wurde gemeinsam mit dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) geplant und verknüpft und soll die einheitliche Adressvergabe für ganz Österreich regeln. Für jede Adresse, unabhängig ob Stadt oder Land, ob Straßenbezeichnungen mit Hausnummern oder Konskriptionsnummern vorhanden waren, soll die Adresse mit gleichen Merkmalen verfügbar sein. Das AGWR-online – Adress-Gebäude-Wohnungsregister online – wurde als zentrale Meldeschiene in der Form eingerichtet, dass die Erfassung aller Details der Adressen und Gebäude mit diesem Tool in allen Städten und Gemeinden mit einem normalen Browser einfach möglich war und ist. Das Vermessungsgesetz (VermG) stellt zudem sicher, dass damit alle diesbezüglichen Meldeverpflichtungen von den Städten und Gemeinden zum Bund erfüllt sind und Doppelmeldungen durch die Kommunen vermieden werden. Eine wesentliche Erweiterung des Inhalts der Adressen war die Geocodierung. Jede Adresse und jedes Gebäude erhält im AGWR eine eigene Koordinate, deren Plausibilität beim Abspeichern durch die Digitale Katastralmappe (DKM) des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen (BEV) geprüft wird. Deswegen ist das Adressregister mit seinen Ausprä-

gungen ein Teil der Grundstücksdatenbank (GDB) und ist im Vermessungsgesetz verankert.

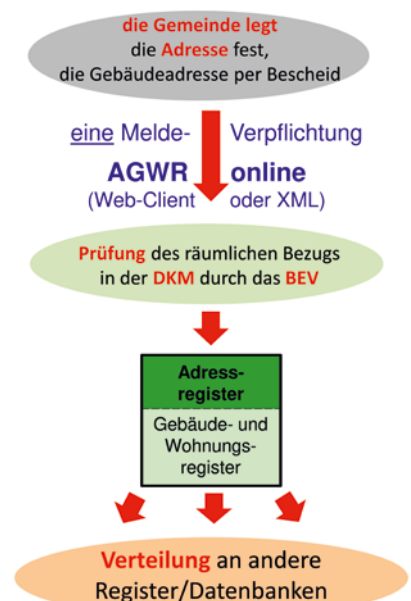
Zentrales Melderegister

Das Zentrale Melderegister (ZMR) nimmt eine besondere Stellung unter den vom AGWR „beliefernten“ Registern ein. Es wird quasi online aktualisiert. Nach Eingabe der Adressdaten im AGWR stehen diese zur Anmeldung von Personen innerhalb kürzester Zeit zur Verfügung. Das ZMR ist auch die Referenz aller Adressen Österreichs, an denen man sich anmelden kann. Auf den ersten Blick erscheint das logisch, aber das Meldegesetz erlaubt es auch, sich an Adressen anzumelden, die es im AdrReg nicht gibt beziehungsweise an denen die Stadt oder die Gemeinde eine Anmeldung untersagt, weil es sich zum Beispiel um ein Werkstattegebäude oder eine Garage handelt. Anmeldungen an solchen Adressen erzeugen „Klärungsadressen“. In diesen Fällen muss die Gemeinde als Meldebehörde tätig werden und mit einem Rechtsakt klären, ob es die Adresse, die die Person anlässlich der Anmeldung angegeben hat, tatsächlich gibt oder ob es sich um einen Kommunikationsfehler oder Ähnliches handeln könnte.

Ein Online Service wie „Digitales Amt/ Digitale Amtsservices“ könnte unter dem Menüpunkt „Hauptwohnsitz ändern“ nur Meldungen an Adressen zulassen, die es im Adressregister gibt und an denen eine

Anmeldung erlaubt ist. Im digitalen Prozess könnten somit „Klärungsadressen“, die für die Verwaltung einen erheblichen Mehraufwand bedeuten, vermieden werden, ohne die Qualität des Services einzuschränken.

Städte und Gemeinden



Die zentrale Meldeschiene AGWR speichert die Daten nach eingehender Prüfung sowohl im GWR als auch im AdrReg ab und übermittelt die notwendigen Elemente online an andere Register, wie das Zentrale Melderegister.

Zentrales Wähler Register

Direkt mit dem ZMR und dem AdrReg ist das Zentrale Wähler Register (ZeWaeR) verbunden.

Das Zentrale Wähler Register ist die verpflichtende Wählerevidenz für alle europa- und bundesweiten Wahlen. Immer mehr Bundesländer verwenden das ZeWaeR auch für die Landes- und Gemeinderatswahlen. Nicht zuletzt die Bundespräsidentenwahl 2016 hat die Notwendigkeit eines zentralen Registers aufgezeigt.

Im ZMR sind alle in Österreich mit Haupt- und Nebenwohnsitz gemeldeten Personen unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft erfasst. Angemeldet werden Personen zwar an einer Adresse, EDV-technisch werden die Gemeldeten Gebäudeobjekten, unabhängig von Haupt- oder Identadresse, zugeordnet. Diese Daten werden dem ZeWaeR übergeben, es gibt daher eine direkte Verknüpfung von Wahlberechtigtem und Gebäude. Das ZeWaeR kennt grundsätzlich vier Wahlarten – die Europawahl, die Bundeswahlen (Bundespräsidenten- und Nationalratswahl, Volksbefragung und Volksabstimmung), die Landtags- und Gemeinderatswahlen. Diesen vier Wahlarten werden automatisch nach den jeweiligen unterschiedlichen gesetzlichen Bestimmungen die Wahlberechtigten in einem Gebäude zugeordnet – für jede Wahl kann die Anzahl der Wahlberechtigten pro Gebäude stark unterschiedlich sein.

Um eine Wahl reibungsfrei abwickeln zu können, sollte eine gewisse Anzahl von Wähler:innen pro Wahllokal nicht überschritten werden. Daher ist dies beim Festlegen der Wahlsprengel, neben der zu erwartenden Wahlbeteiligung, eine Kenngröße für die Zuordnung der Gebäude zu den Wahlsprengeln. In der Regel werden topografische Abgrenzungen (z. B. Ortschaften, Straßenzüge ...) die Zuordnung der Gebäude zu den Wahlsprengeln bestimmen. Es können aber auch einzelne Gebäude aus bestimmten Gründen anderen Wahlsprengeln zugeordnet werden.

Zentrales-Wahlsprengel-Tool

Das von den Städten und Gemeinden initiierte Zentrale-Wahlsprengel-Tool (Za-eWaT) wird vom BEV betrieben und ist

Info: **Bruck an der Mur** Gemeindeganznummer: **62139** Adresscode: **5761976** Subcode: **002** Obj.-Nr.: **2545085**
 aktive Nutzungseinheit(en): **1** Hauptwohnsitz: **0** Nebenwohnsitz: **0**
 Gebäudeeigenschaften: **Privatgarage**
 Gebäudeadresse: **Oberer Höhenweg 1 Garage**
 Kurzschreibweise: **Ob.Höhenweg 1 Garage**

Adressanzeige: **Garage** Status: **aktiv** Bundesgebäude: ☐

Gebäudeadresse: HNr.3 Zahl Buchst. HNr.4 Zahl Buchst.
 Gebäudeunterscheidung: **Garage**

Adressanzeige-Kurz: **Garage** Gebäudeadresse-Kurz: **Garage**

Gebäudeeigenschaft: Hauptgebäude der Adresse ☐ **geeignet für Wohnzwecke** ☐

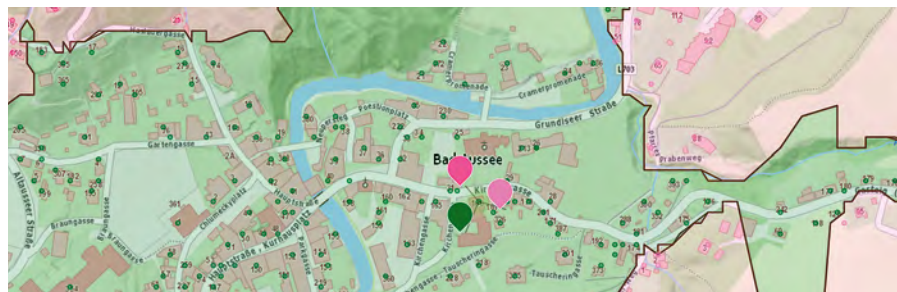
Dieses Gebäude ist für eine Anmeldung von Personen nicht vorgesehen.

Wahlart: 2 - Nationalratswahl ☐ Auswählen ☐ Nur inaktive Wahlsprengel

liste der Wahlsprengel

Wahlsprengel-ID	Wahlsprengelcode	Wahlbehörde	Wahllokal	Anzahl Wähler	Aktion
1	61207-2-00001	1	Volksschule Bad Aussee, Kirchengasse 166, Bad Aussee	660	☒ Ändern
2	61207-2-00002	1	Volksschule Bad Aussee, Kirchengasse 166, Bad Aussee	445	☒ Ändern
3	61207-2-00003	1	FF Depot Reitern, Sommersbergstraße 304, Bad Aussee-Lerchenreith	1103	☒ Ändern
4	61207-2-00004	1	Musikheim Strassen, Alte Salzstraße 116, Anger	536	☒ Ändern

Anzahl der Wähler:innen in einem Wahlsprengel für eine Nationalratswahl (Daten aus dem Testsystem)



Verschieden eingefärbte Wahlsprengel mit dazu zugehörigen Gebäuden. Für 3 dargestellte Wahlsprengel sind die Wahllokale (große Symbole in den Farben der Wahlsprengel) in einem zentralen Gebäude untergebracht.

direkt mit dem ZeWaeR verbunden. Das ZeWaT verwaltet die Zuordnungen der Gebäude zu den Wahlsprengeln und die Lage und Ausstattung der Wahllokale.) Im Hintergrund werden die Wahlsprengel in ihrer Ausprägung gespeichert und beim Anlegen einer Bauvorhabenmeldung (BVM) wird das zukünftige Gebäude bereits einem Wahlsprengel zugeordnet, obwohl in dem geplanten Gebäude noch niemand wohnt. Somit entfällt die manuelle Zuordnung neuer Gebäude vor einer Wahl.

In der oben stehenden Abbildung sind für drei dargestellte Wahlsprengel die

Wahllokale (große Symbole in den Farben der Wahlsprengel) in einem zentralen Gebäude untergebracht.

Dies bedeutet, dass sich in diesem Gebäude drei Wahllokale für drei verschiedene Wahlsprengel befinden. Wahllokale müssen nicht im zuständigen Wahlsprengel liegen, es darf aber nur ein Wahllokal pro Wahlsprengel geben, die sich aber in einem Gebäude befinden können.

Diese beispielhafte Aufzählung möge zeigen, wie sich die Eingabe und Verortung von Adressen auf andere Verwaltungsprozesse auswirkt.



Krisenfeste Gemeindefinanzien trotz Pandemie?

Die Pandemie hat massive Auswirkungen auf die Gemeindefinanzien. Doch werden die eingesetzten Kriseninstrumente reichen, um eine nachhaltige Erholung der Gemeinden zu ermöglichen?

Karoline Mitterer, Nikola Hochholdinger, Dalilah Pichler, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Gemeindefinanzien in der Krise

Das erste Krisenjahr 2020 war von den Auswirkungen der Coronakrise stark geprägt und hat die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden beeinträchtigt. Die Gemeinden waren mit hohen Einnahmeneinbußen v. a. im Bereich der Ertragsanteile und der eigenen Abgaben konfrontiert.

Gleichzeitig konnten die laufenden Ausgaben nicht reduziert werden, da Gemeinden in hohem Maße Systemleistungen (von der Wasserversorgung bis zur Pflichtschule) erbringen und auch zusätzliche Ausgaben zur Pandemiebewältigung, wie insbesondere Test- und Impf-

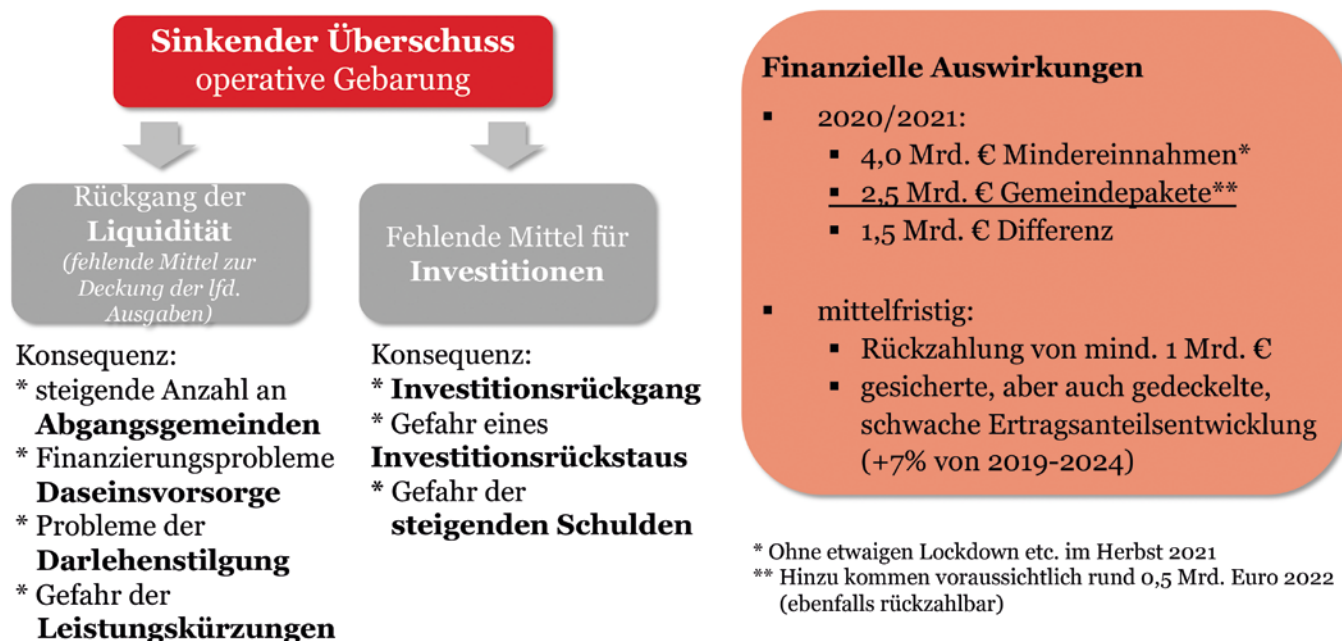
straßen, hinzukamen. Gemäß einer KDZ-Prognose vom Dezember 2020¹ wären ohne Hilfsmaßnahmen des Bundes die finanziellen Überschüsse aus dem laufenden Bereich bis 2021 um über 70 Prozent gegenüber 2019 eingebrochen.

Aus dieser massiven Störung des Gleichgewichts im Gemeindehaushalt resultieren insbesondere zwei Problembereiche, wenn die Überschüsse im laufenden Bereich sinken (Abbildung 1). Erstens steigt bei rückgängiger Liquidität die Anzahl der Abgangsgemeinden markant an – also jene Gemeinden, welche ihre laufenden Ausgaben nicht mehr selbstständig decken können. Auch kann es zu Finan-

zierungsproblemen bei der Daseinsvorsorge sowie bei der Darlehenstilgung kommen.

Zweitens wird der Investitionsbereich beeinträchtigt. Verbleiben zu wenig Überschüsse aus dem laufenden Bereich, ist mit einem Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit zu rechnen. Dringend erforderliche Investitionen zum Erhalt der Funktionsfähigkeit oder zum Ausbau der kommunalen Infrastrukturen könnten damit aufgeschoben werden. Ein zunehmender Investitionsrückstau mit den damit verbundenen Risiken ist die Folge. Werden die Investitionen trotz fehlender finanzieller Spielräume den-

Abb. 1: Auswirkungen der Pandemie auf die Gemeindefinanzen 2020/2021



noch durchgeführt, steigt die Gefahr der Überschuldung.

Krisenpakete ohne nachhaltige Wirkung

Inzwischen wurden zwei Gemeindepakete geschnürt: Mitte 2020 wurde das kommunale Investitionspaket mit 1 Mrd. Euro primär für 2020/21 fixiert, mit Jänner 2021 folgte ein zweites Gemeindepaket auf Bundesebene in Höhe von 1,5 Mrd. Euro für das Jahr 2021.

Beim kommunalen Investitionsprogramm 2020/2021² werden vom Bund Mittel mit einer 50-prozentigen Förderquote zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden 50 Prozent sind teils durch Länder- oder EU-Mittel, teils durch Eigenmittel der Gemeinden zu decken.

Das zweite Gemeindepaket³ besteht zum einen aus 500 Mio. Euro zusätzlichen Hilfen 2021. Zum anderen enthält es eine Milliarde an Vorschüssen auf künftige Ertragsanteile, welche in den Folgejahren zurückgezahlt werden müssen. Dadurch ergeben sich nur sehr schwache Ertragsanteilssteigerungen in den nächsten Jahren zwischen 1 und 2 Prozent p. a., welche nicht mit der Ausgabenentwicklung mithalten können. So werden die Ertragsanteile der Gemeinden von 2019 auf 2024

um nur 7 Prozent⁴ (für den gesamten Zeitraum) steigen, was deutlich unter der prognostizierten Inflationsentwicklung oder der Umlagenentwicklung (4,3 % p. a.⁵) liegt.

Nachhaltige Erholung nicht gesichert

Basierend auf diesen beiden Paketen hat das KDZ im Juni 2021 eine erneute Prognose der Gemeindefinanzen bis 2024⁶ veröffentlicht. Die Hilfspakete des Bundes haben dazu beigetragen, dass die krisenbedingten Liquiditätseingänge vieler Gemeinden für 2021 und teils auch noch 2022 abgewendet werden konnten.

Die zwei geschnürten Krisenpakete waren damit zwei wichtige Maßnahmen zur Stabilisierung der Gemeindefinanzen in der akuten Phase der Krise, weiterführende Strategien und mittel- bis langfristige Konzepte für eine nachhaltige Erholung und Stabilisierung der Gemeindefinanzen fehlen hingegen noch.

Auch unter Berücksichtigung der Hilfspakete des Bundes bleibt daher die finanzielle Situation der meisten Gemeinden angespannt, wobei sich die Perspektive bis 2024 erneut verschlechtert. Da die Vorschüsse des 2. Gemeindepaketes in den Folgejahren zurückgezahlt werden müs-

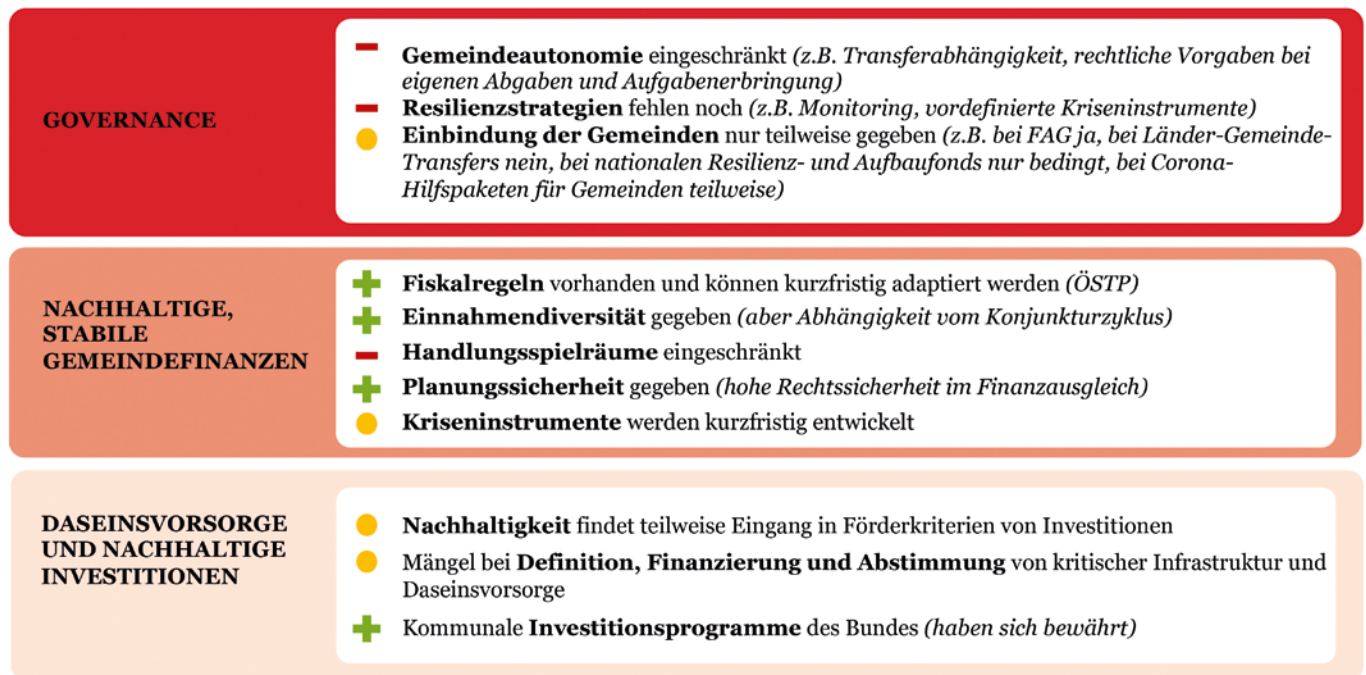
sen, sinken die finanziellen Spielräume erneut massiv auf das Niveau von 2020. Es ist davon auszugehen, dass ohne Gegenmaßnahmen die laufenden Ausgaben stärker steigen als die laufenden Einnahmen. Infolgedessen könnten Einbußen bei Leistungen der Daseinsvorsorge betreffend Umfang und Qualität entstehen sowie die Durchführung notwendiger Investitionen gefährdet sein. Eine Erholung der Gemeindefinanzen auf Vorkrisenniveau ist folglich aktuell nicht absehbar.

Resiliente Gemeindefinanzen

Angesichts dieser kritischen Ausblicke auf die finanzielle Situation der Gemeinden stellt sich die Frage betreffend möglicher Lösungen. Ein erfolgversprechender Weg ist der Resilienzansatz. Hierbei geht es darum, eine ausreichende Robustheit und Anpassungsfähigkeit der Gemeindefinanzen zu gewährleisten, um einerseits durch Krisen zu kommen und sich andererseits nach Krisen wieder erholen zu können.

Es geht daher nun nicht nur um konkrete Strategien und Konzepte für eine nachhaltige Erholung der Gemeindefinanzen, sondern insbesondere auch darum, die Gemeinden auf kommende Bedrohungen und Krisen besser vorzubereiten. Die

Abb. 2: Einschätzung zur Resilienz der Gemeindefinanzen



Rahmenbedingungen der Gemeindefinanzen sollen derart ausgestaltet sein, dass die Gemeinden zeitnah und adäquat reagieren können, sodass potenzielle Schäden für die Menschen, aber auch die Gemeindefinanzen möglichst gering gehalten werden können.

In einer vom Österreichischen Städtebund beauftragten Studie wird dieser Ansatz der krisenfesten Gemeindefinanzen⁷ näher ausgeführt. Dabei geht es einerseits darum, die Anforderungen an krisenfeste Gemeindefinanzen zu bestimmen⁸, andererseits gilt es, den aktuellen Status der Resilienz der Gemeindefinanzen einzuschätzen. Weiters werden in der Studie auch Ansatzpunkte zur Stärkung der Krisenfestigkeit im Rahmen der Mehr-Ebenen-Steuerung und des Finanzausgleichs ausgeführt.

Verbesserungsansätze betreffend Resilienz

Zur Stärkung der Resilienz der Gemeindefinanzen sind unterschiedliche Aspekte in drei zentralen Dimensionen zu berücksichtigen:

1. Governance – Sicherstellung der Handlungsfähigkeit und des Zusammenwirkens der öffentlichen Verwal-

tung in Krisen. Strukturen, Prozesse, Instrumente und die Koordinierung innerhalb des föderalen Systems stehen im Fokus.

2. Nachhaltigkeit und Stabilität der Gemeindefinanzen und
3. Gewährleistung der Daseinsvorsorge und Sicherstellung nachhaltiger Investitionen. Hier steht die Leistungsebene im Mittelpunkt (Abbildung 2).

Bei einer ersten⁹ Einschätzung zur Resilienz der Gemeindefinanzen zeigt sich, dass es insbesondere betreffend Nachhaltigkeit und Stabilität der Gemeindefinanzen eine durchaus positive Ausgangssituation gibt, die Handlungsspielräume der Gemeinden jedoch auch deutlich eingeschränkt sind. Mängel zeigen sich auch im Bereich der Governance, etwa betreffend die Einbindung der Gemeinden in Entscheidungsprozesse und dem Fehlen von Resilienzstrategien. In Bezug auf Daseinsvorsorge und nachhaltige Infrastrukturen sind die kommunalen Investitionsprogramme des Bundes positiv einzuschätzen, wohingegen vor allem Mängel bei der Definition, Finanzierung und (insbesondere auch räumlichen) Abstimmung von kritischer Infrastruktur und Daseinsvorsorge bestehen.

Ausblick

Die Entwicklung der nächsten Jahre entscheidet, ob die kommunale Aufgabenerbringung in gewohnter Qualität weiterhin erfolgen kann oder ob es zu Leistungskürzungen und einem Rückgang der kommunalen Investitionstätigkeit kommen muss. Es wäre nun besonders wichtig, sich für langfristig stabile – und daher resiliente – Gemeindefinanzen einzusetzen und möglichst rasch mit Reformen zur Steigerung der Resilienz zu starten, um künftig besser auf Krisen vorbereitet zu sein. 

¹ Biwald: Gemeindefinanzprognose 2021/2021, 2020

² <https://www.bmf.gv.at/themen/budget/finanzbeziehungen-laender-gemeinden/kommunales-investitionsprogramm.html> [download 20.7.2021]

³ https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/I/I_00630/index.shtml [download 20.7.2021]

⁴ KDZ-Berechnungen auf Basis FAG 2017 idF BGBl Nr 29/2021 sowie BMF: Ertragsanteile 2019/2020

⁵ Umlagen sind die Transfers zwischen Ländern und Gemeinden etwa für die Krankenhäuser oder den Sozialbereich.

⁶ Biwald et al.: Mittelfristige Prognose der Gemeindefinanzen bis 2024, 2021

⁷ Download unter <https://www.kdz.eu/wissen/studien> (Studie von Mitterer; Hochholding; Pichler)

⁸ Siehe hierzu den Beitrag zu krisenfesten Gemeindefinanzen im FPM 2/2021.

⁹ Der Bericht wurde erst nach Redaktionsschluss finalisiert.

Zustandserfassung: Ein Blick in die Substanz

Nur wer den Zustand eines Gebäudes kennt, kann die wirtschaftlich richtigen Entscheidungen für eine Immobilie treffen. Die BIG hat erfahrene Experten dafür.

► Ein Gebäude kann sehr alt werden – wenn man sich gut darum kümmert. Damit dies gelingt braucht es das Engagement der EigentümerIn genauso wie jenes der NutzerIn. Konkret bedeutet das Wartungen im richtigen Intervall und Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen im passenden Ausmaß.

Um hier die richtigen Entscheidungen zu treffen braucht es neben einer umfassenden Basisdokumentation auch einen professionellen Blick in die Substanz. Das alles bietet das Objekt & Facility Management der BIG im Rahmen einer strukturierten Zustandserfassung und analyse (ZEA) an.

„Die detaillierte Bestandsaufnahme einer Immobilie mit modernster Software ermöglicht eine frühe Erkennung von Schwachstellen, was wiederum eine entsprechende Planung ermöglicht. Wer über den Zustand einer Immobilie laufend Bescheid weiß agiert wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig im Sinne einer Wertsteigerung,“ erklärt Wolfgang Gleissner, Geschäftsführer der BIG.

Die ZEA umfasst auch die Sichtung der technischen Gebäudeausstattung. Dazu zählen unter anderem Brandmeldeanlagen, Fluchtwegbeleuchtungen, Türsteuerungsanlagen, Druckbelüftungen oder auch Abgasanlagen. Der Fokus liegt dabei auf Anlagen mit gesetzlichen Prüf-



fristen. Mit Unterstützung der Software AiBATROS® der Firma Calcon werten die Expertinnen der BIG Daten, die im Rahmen der Begehung erhoben werden, ebenso wie Pläne und Raumdaten einer Immobilie aus und gleichen sie mit statistischen Informationen ab. Am Ende steht eine Zustandsbeurteilung (A-D) von Bauteilen: A = „guter Zustand“, D = „Ende der Lebensdauer“, sowie konkrete Empfehlungen für Verbesserungsmaßnahmen. Diese Ergebnisse ermöglichen fundierte Entscheidungen hinsichtlich gezielter Maßnahmen für den gewünschten Gebäudezustand.

Zahlt sich das noch aus?

Ein konkretes Beispiel zeigt: Mit Unterstützung der BIG „durch-

leuchten“ Sie Immobilien bis ins Detail. Im Auftrag der Stadtgemeinde Wilhelmsburg (Niederösterreich) etwa ging es um den Zustand der Volksschule Süd. Aufgabe unserer Experten war es zu klären, ob eine Sanierung des 1870 erbauten Gebäudes noch sinnvoll ist oder besser in einen Neubau investiert werden sollte.

In diesem Fall ergab die ZEA deutliche Schwachstellen bzw. Mängel, die einen hohen Instandsetzungsaufwand erfordert hätten.

Die Vizebürgermeisterin Sabine Hippman, MAS, erklärt: „Da Veränderungen, auch bei Gebäuden, immer mit Emotionen verbunden sind, war es uns als Entscheidungsträger wichtig, Klarheit über den Zustand des

Objektes zu erhalten. Mit dieser Erkenntnis ist nicht nur die Argumentation der Öffentlichkeit gegenüber einfacher, es unterstützt uns im gesamten Entscheidungs- und Planungsprozess.“

Das Objekt und Facility Management der BIG bietet fundierte Expertise zur Rundumbetreuung Ihrer Immobilie. ◀

Infos

www.big.at
www.big.at/ofm



Gebührencheck

Gebühren haben für Gemeinden einen großen Stellenwert. Es werden damit zahlreiche Leistungsbereiche der Daseinsvorsorge finanziert. Folglich sollten die Gebührenhaushalte regelmäßig überprüft und auf Basis nachfolgender Fragen beurteilt werden.

Peter Biwald, Dalilah Pichler, KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung

Der Stellenwert der Gebühren hat in den letzten Jahren tendenziell zugenommen. Allein im Jahr 2019 lagen die Gebührenerlöse bei 2,15 Mrd. Euro, das sind 12,1 Prozent der laufenden Einnahmen. Sie gehören damit nach den Ertragsanteilen und eigenen Steuern zu den wichtigsten Einnahmen. Dies wurde auch in der COVID-19-Krise deutlich, da die Gebühren im Gegensatz zu den Ertragsanteilen und Gemeindesteuern (v. a. Kommunalsteuer und Fremdenverkehrsabgabe) stabil geblieben sind. Umso wichtiger ist eine solide betriebswirtschaftliche Kalkulation, damit die Finanzierung der Daseinsvorsorge gesichert ist. Bei der Analyse der Gebüh-

renhaushalte gilt es daher, folgende Fragen zu beantworten:

Welche Ziele werden verfolgt?

Mit der Gebührengestaltung können unterschiedliche Ziele verfolgt werden. Dies reicht von Finanzierungszielen (z. B. Kostendeckung) über lenkungspolitische Ziele (z. B. Abfallvermeidung) bis zu nachfrage- wie auch verteilungspolitischen Zielen (z. B. Be- oder Entlastung bestimmter Nutzer:innengruppen). Mit der Wahl der passenden Gebührenmaßstäbe (z. B. Flächen- oder Verbrauchsmaßstab) sowie der Tarifgestaltung (z. B. Verhältnis Grund- zu Verbrauchsgebühr) können die verschiedenen Ziele unterstützt werden.

Sind die Kalkulationen vollständig?

Nach der Definition von Zielen sollten Kalkulationen für die Gebührenhaushalte auf Vollständigkeit und Ausmaß der Kostenüberschüsse jedenfalls in einem bis zu zehnjährigen Betrachtungszeitraum überprüft werden. Deshalb ist zu klären, was als kostendeckende Gebühr anzusehen ist. Das FAG 2017 regelt, dass Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen das doppelte Jahreserfordernis für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtungen sowie für die Verzinsung und Tilgung der Errichtungskosten unter Berücksichtigung einer entsprechenden Lebensdauer nicht übersteigen dürfen. Die Kosten für die Erhaltung und den Betrieb der Einrichtung umfasst neben den laufenden Betriebskosten insbesondere auch Verwaltungsgemeinkosten sowie Zinsen für das eingesetzte Eigenkapital.

Mit Tilgung der Errichtungskosten entsprechend der Nutzungsdauer der Einrichtung sind die Abschreibungen vom Anschaffungs- und Herstellungswert gemeint.

Weitere Kosten umfassen beispielsweise kalkulatorische Mieten und kalkulatorische Wagnisse. Grundsätzlich ist nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes bei der Gebührenkalkulation vom betriebswirtschaftlichen Kostenbegriff auszugehen. Mit der Umstellung auf die VRV 2015 kann man nun mit dem Ergebnishaushalt näherungsweise die Kosten ableiten, die im kameralen Haushalt nicht erfasst wurden. Davon betroffen sind vor allem die Abschreibungen sowie die Dotierung und Auflösung von Rückstellungen. Kostenüberschüsse entsprechen also jenem Wert, der über dem auf Basis der betriebswirtschaftlichen Kosten ermittelten Jahreserfordernis liegt. Somit sind die Kosten und nicht die kameralen Ausgaben der Maßstab. Diese Überschüsse über den Kosten sind in einem inneren Zusammenhang mit der Gebühreneinrichtung zu verwenden.

Werden Überschüsse im – inneren Zusammenhang verwendet?

In einem nächsten Schritt sollte die bereits erfolgte Verwendung der Überschüsse analysiert und auf Plausibilität überprüft werden. Gebühren sind keine Steuern, da es für die Leistung einer Gebühr eine konkrete Gegenleistung gibt. Folglich sind in Gebührenhaushalten erzielte Überschüsse im inneren Zusammenhang mit diesem zu verwenden. Dazu zählen insbesondere:

NEU- ERSCHEINUNG



Gebührenkalkulation – Leitfaden für die Praxis

Bestellung:
[www.nwv.at/oekonomie/1516_](http://www.nwv.at/oekonomie/1516_gebuehrenkalkulation/)
[gebuehrenkalkulation/](http://www.nwv.at/oekonomie/1516_gebuehrenkalkulation/)

Gebührencheck – Was ist zu tun?

Gebührenkalkulationen überprüfen und anpassen	• Überprüfen der bestehenden Gebührenkalkulationen auf Vollständigkeit und Ermitteln allfälliger Kostenüberschüsse. • Anpassen der Kalkulationen auf die wirtschaftlichen Erfordernisse und rechtlichen Möglichkeiten.
Verwendung der Überschüsse im inneren Zusammenhang mit den Gebührenhaushalten	• Analysieren, in welcher Form die Überschüsse im inneren Zusammenhang mit den Gebührenhaushalten verwendet werden. • Herausarbeiten von bisher nicht berücksichtigten inneren Zusammenhängen. • Dokumentieren der Verwendung der Überschüsse.
Erreichen lenkungs-politischer Ziele	• Herausarbeiten und dokumentieren, wie weit lenkungspolitische Ziele (z. B. geringerer Wasserverbrauch, sortenreine Abfalltrennung) erreicht werden.

- ▶ Rücklagenzuführung im Gebührenhaushalt;
- ▶ Rückführung in den allgemeinen Haushalt (wenn in der Vergangenheit Zuführungen aus diesem an den Gebührenhaushalt erfolgt sind);
- ▶ Folgekosten im inneren Zusammenhang mit dem Gebührenhaushalt – insbesondere in den Bereichen Gemeindestraßen, Hochwasser- und Katastrophenschutz, Klimaschutz, öffentliche WC-Anlagen und Teile der Straßenreinigung;
- ▶ Verfolgen von Lenkungszielen, z. B. ökologische wie das Schaffen von Anreizen zu sorgsamem Wasserverbrauch oder zur Mülltrennung bzw. Reduktion des Abwasser- oder Abfallaufkommens;
- ▶ Abdecken von Kostenunterdeckungen aus Vorperioden, wobei der Verfassungsgerichtshof einen Durchrechnungszeitraum von jedenfalls bis zu zehn Jahren anerkennt.

Werden lenkungspolitische Ziele erreicht?

Überschüsse dürfen auch im inneren Zusammenhang für die Erreichung lenkungspolitischer Ziele (z. B. positive ökologische Auswirkungen) verwendet werden. Diese müssen jedoch auch in den politischen Beschlüssen klar benannt sein und deren Erreichung nachgewiesen und dokumentiert werden. Dabei geht es um die Herausarbeitung, inwieweit durch die Gebührenhöhe beispielsweise die Entwicklung des Wasserverbrauchs, der Abwasserverschmutzung sowie des Abfallaufkommens und seiner Trennung beeinflusst wurden. Dabei sind auch Zusammenhänge mit u. a. im technischen

Fortschritt begründeten Einflüssen, allfälligen strukturellen Veränderungen (Anzahl und Art der Unternehmen bzw. Arbeitsplätze), dem steigenden Umweltbewusstsein sowie witterungsbedingter Schwankungen herauszuarbeiten. Werden die lenkungspolitischen Ziele erreicht, sind die Überschüsse in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Gebührenhaushalt verwendet, auch wenn die Überschüsse in den allgemeinen Haushalt eingeflossen sind.

Was ist nun zu tun?

Die Beurteilung der ordnungsgemäßen Verwendung der Kostenüberschüsse im Zusammenhang mit dem Gebührenhaushalt ist ein mehrstufiger Prozess. Der Ausgangspunkt ist die Ermittlung der Kosten und der Kostendeckung. Dies hat in einem mehrjährigen – jedenfalls bis zu zehnjährigen – Betrachtungszeitraum zu erfolgen. Sind in diesem Zeitraum Kostenüberschüsse entstanden, erfolgt im nächsten Schritt der Nachweis der Verwendung dieser Überschüsse. Dies kann von der Rücklagenzuführung in den Gebührenhaushalt, der Rückführung von gewährten Zuschüssen in den allgemeinen Haushalt bis zu den Folgekosten, die im inneren Zusammenhang mit dem Gebührenhaushalt entstanden sind, reichen. Verbleibende Überschüsse sind dann jedenfalls ordnungsgemäß verwendet, wenn lenkungspolitische Ziele verfolgt werden und diese – von der Tendenz der Verbrauchs- und Strukturdaten – auch erreicht werden. Andernfalls bzw. falls keine lenkungspolitischen Ziele verfolgt werden, sind künftige nicht ordnungsgemäß verwendete Überschüsse in den Gebührenhaushalt rückzuführen. 

GEBÜHREN-CHECK FÜR IHRE STADT!

Die Benützungsgebühren sind eine wichtige Einnahmenquelle zur Finanzierung der Daseinsvorsorge im Ver- und Entsorgungsbereich. Viele Gemeinden weisen in den Gebührenhaushalten Abwasser, Wasser und Abfall Kostenüberschüsse auf, die grundsätzlich in einem inneren Zusammenhang mit dem Gebührenhaushalt zu verwenden sind. In Prüfungen werden immer wieder Überschüsse festgestellt, deren Verwendung im inneren Zusammenhang mit dem jeweiligen Gebührenhaushalt nicht dokumentiert ist.

Seitens der Gemeindeabteilungen wird verstärkt verlangt, die Gebührenermittlung wie auch die Verwendung der Überschüsse nachvollziehbar darzustellen. In diesem Zusammenhang sind die bestehenden Gebührenkalkulationen zu überprüfen und falls erforderlich nachvollziehbar zu dokumentieren.

Wir helfen Ihnen, für die Gebührenhaushalte Klarheit zu schaffen und diese abzusichern – hinsichtlich der Höhe der zu deckenden Kosten, des Ausmaßes der Überdeckung und der Verwendung allfälliger Überschüsse.

Ihre Ansprechpartner:

Peter Biwald
biwald@kdz.or.at
Tel: +43 676 84 95 79-15

Dalilah Pichler
pichler@kdz.or.at
Tel.: +43 676 84 95 79-25

Die jüdischen Friedhöfe in Tirol und Vorarlberg

Die Arbeit des Fonds zur Instandsetzung jüdischer Friedhöfe in Österreich als ein Beitrag, jüdisches Kulturgut für kommende Generationen zu bewahren.

Hannah M. Lessing, Michael R. Seidinger

Am Ende unserer Reihe zu den jüdischen Friedhöfen sind wir im Westen Österreichs angekommen. Auch diese Region blickt auf eine vielfältige jüdische Kultur zurück. Allerdings ähnelt die wechselnde Geschichte von Ansiedelung und Vertreibung leider der des restlichen Bundesgebiets. Die ersten Erwähnungen von Jüdinnen und Juden im Tiroler Raum finden sich um 1300. Mit den Görzer Grafen kamen die ersten Juden als Zolleinnehmer in die

Grafschaft Tirol. Erst im Hochmittelalter entstanden hier urbane Zentren; der Bedarf an Bargeld und den dazugehörigen Geldhändlern, die meist Juden waren, stieg dadurch. Allerdings stieg die Zahl der in Tirol lebenden Jüdinnen und Juden erst um die Mitte des 14. Jahrhunderts signifikant. Bald mehrten sich jedoch zur Mitte des 15. Jahrhunderts die Stimmen, die sich für eine Vertreibung der jüdischen Bevölkerung stark machten. Auch hatten die Vertreibungen der

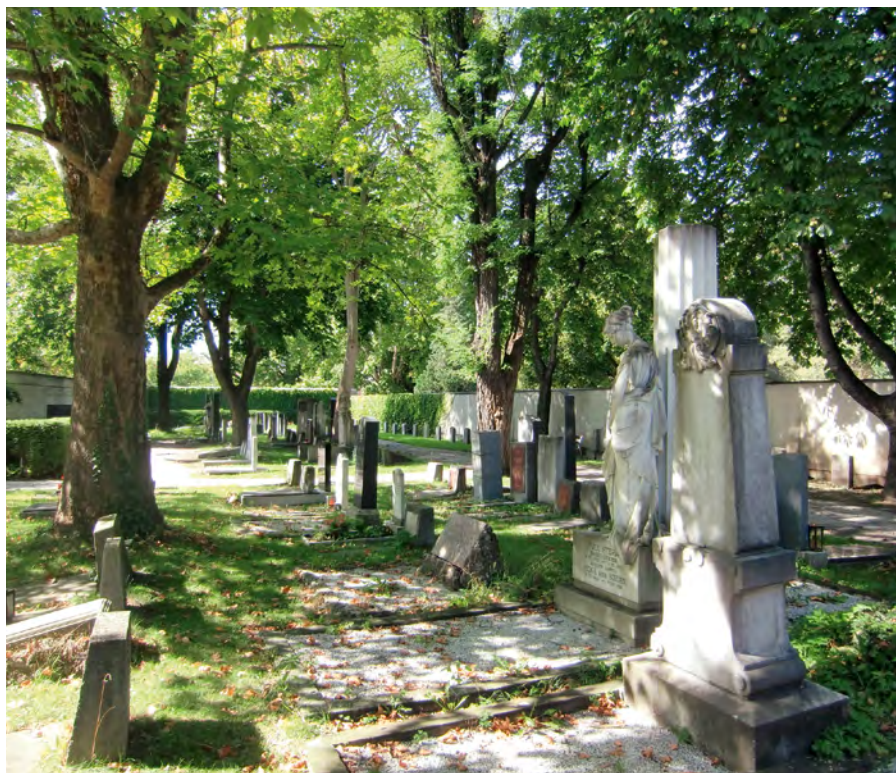
jüdischen Bevölkerung aus Innerösterreich (1496) und Hohenems in Vorarlberg (1676) mittelbar Auswirkungen auf die Anzahl der in Tirol und Vorarlberg lebenden Jüdinnen und Juden. Bis hin zur Mitte des 19. Jahrhunderts blieb der jüdische Bevölkerungsanteil relativ niedrig. Erst mit der Niederlassungsfreiheit, die das Staatsgrundgesetz gewährte, wuchs etwa die jüdische Gemeinde in Innsbruck nach 1867 von wenigen Familien, die bisher dort lebten, rasch auf rund 500 Per-

INFO

Fonds zur Instandsetzung der
jüdischen Friedhöfe in Österreich
www.nationalfonds.org
www.friedhofsfonds.org

Israelitische Kultusgemeinde
für Tirol und Vorarlberg
Sillgasse 15
6020 Innsbruck
Tel.: +43 512 58 68 92
office@ikg-innsbruck.at
www.ikg-innsbruck.at/friedhof/

Verein zur Erhaltung des
jüdischen Friedhofes Hohenems
Raphael Einetter
Tel.: +43 5576 739 89 16
einetter@jm-hohenems.at
www.tinyurl.com/juedischer-friedhof-hohenems



Der jüdische Friedhof in Innsbruck ist Teil des Westfriedhofes.

sonen an. Die Entstehung dieser Gemeinde in den 1880er- und 1890er-Jahren ging wiederum mit dem Aufkommen eines neuen politischen Antisemitismus einher. Das gesellschaftliche Klima der Zwischenkriegszeit des 19. Jahrhunderts ließ viele Tiroler Jüdinnen und Juden nach Wien oder ins Ausland abwandern. 1938 lebten nur mehr rund 460 „Glaubensjuden“ in Tirol und weitere 40 in Vorarlberg. Durch die „Nürnberger Rassegesetze“ wurden weitere 200 Menschen als jüdisch deklariert. Insgesamt überlebte von 585 jüdischen Menschen in Tirol nur die Hälfte den Holocaust.

Vorarlberg

Weiter westlich, in Vorarlberg, bestand schon seit 1632 eine jüdische Gemeinde in Hohenems. Damit lag das Zentrum des jüdischen Lebens der westlichen Regionen des heutigen Österreich in Vorarlberg. Im Bodenseeraum bestanden jüdische Niederlassungen bereits seit dem 13. Jahrhundert. Diese Gemeinden waren religiös und kulturell eng miteinander verbunden. Während der Pestepidemie 1348/49 suchte man einen Sündenbock und fand ihn, wie so oft, im jüdischen Teil der Bevölkerung. Es folgten auch hier Pogrome und Vertreibungen, wenige Überlebende kamen zurück. Erst im 17. Jahrhundert gewährleistete Graf Kaspar von Hohenems mittels Schutzbrief den Aufenthalt von jüdischen Händlern und Handwerkern. Allerdings stellte sich heraus, dass der Schutzbrief keine dauerhafte Sicherheit bot – die Hohenemser Jüdinnen und Juden wurden immer wieder vertrieben. Trotzdem entstand am Ende des 18. Jahrhunderts eine Synagoge in der Stadt. Mit dem Aussterben der Grafen von Hohenems fiel der Ort an Österreich und die antijüdische Habsburger Gesetzgebung, die sich erst 1867 änderte, kam zur Anwendung. Die auf das Staatsgrundgesetz folgenden Jahre führten zu einer Blütezeit der Textilverarbeitung in Vorarlberg, nicht unwesentlich geprägt von jüdischen Familien, die fortschrittlich in Produktionsstätten investierten. Allerdings nahm die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinde Hohenems um die Jahrhundertwende vom 19. auf das

20. Jahrhundert bereits wieder ab. Zur Zeit der Machtübernahme der Nationalsozialisten lebten bereits viele Jüdinnen und Juden in der Schweiz oder waren abgewandert. Heute bilden Vorarlberg und Tirol eine gemeinsame Kultusgemeinde.

Friedhof Innsbruck/ Westfriedhof

1864 wurde der Innsbrucker jüdischen Gemeinde ein rund 1.400 m² großes Areal am städtischen Westfriedhof (Fritz-Pregl-Straße 2) für einen neuen Friedhof zur Verfügung gestellt. Hier befinden sich unter anderem Gräber von im Ersten Weltkrieg in Tirol gefallenen jüdischen Soldaten aus allen Teilen der Monarchie und eine Gedenktafel für die Opfer der Shoah. Führungen können bei Bedarf über die IKG in Innsbruck organisiert werden. Der Friedhof ist frei zugänglich.

Friedhof Innsbruck/ „Judenbühel“

Der alte jüdische Friedhof befand sich von ca. 1503 bis 1864 in der Nähe des Alpenzoos am Abhang des „Judenbühels“ (Richardsweg). Der alte Friedhof wurde erst in den 1990er-Jahren wiederentdeckt und ab 2007 wissenschaftlich erforscht. 2009 erfolgte die Einfriedung in ihrer heutigen Form. Führungen können bei Bedarf über die IKG für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck organisiert werden. Der Friedhof ist frei zugänglich.

Friedhof Hohenems

Der jüdische Friedhof von Hohenems (Römerstraße 15) besteht seit 1617. Rund 370 Grabsteine sind auf dem fast 5.000 m² großen Friedhof noch erhalten. 1938 kam es zu Friedhofsschändungen. Seit 1954 befindet sich der Friedhof im Besitz eines Schweizer Vereins, der von Nachkommen jüdischer Familien aus Hohenems gegründet wurde. Noch heute dient der Friedhof als Begräbnisstätte. Führungen sind im Museum anfragbar. Der Friedhof Hohenems wurde seit 2014 u. a. mit Fördermitteln des Fonds zur Instandsetzung der jüdischen Friedhöfe in Österreich in Höhe von 190.000 Euro saniert. Das Tor ist verschlossen, der Schlüssel im Jüdischen Museum Hohenems erhältlich. 



POCKETGUIDE

Der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus hat einen „Wegweiser für BesucherInnen der jüdischen Friedhöfe in Österreich“ herausgebracht. Die auf Deutsch und Englisch erschienene Publikation wurde gemeinsam mit den Israelitischen Kultusgemeinden sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen erstellt und umfasst erstmals alle bekannten jüdischen Friedhöfe sowie Israelitischen Abteilungen von Friedhöfen im gesamten Bundesgebiet.

Der Wegweiser ist handlich und informativ: Mittels QR-Code können Daten zu über 60 jüdischen Friedhöfen sowie bereits durchgeführte Sanierungsprojekte über die Website des Friedhofsfonds abgerufen werden. FOGIS, das Geo-Informationportal des Nationalfonds, bietet zudem die Möglichkeit, die Friedhöfe auf interaktiven Karten via GPS zu erkunden. Neben den wichtigsten historischen Eckdaten, Informationen zum Besuch eines Friedhofs, einem Foto und Kartenausschnitt finden sich im Wegweiser auch Kontaktdaten zu Ansprechpartner:innen für Führungen.

Die Publikation kann beim Nationalfonds der Republik Österreich unter office@nationalfonds.org kostenlos bezogen werden.

Kommunen & Kreislaufwirtschaft

Neue Herausforderungen – neue Interessenvertretung

Ferdinand Koch, Geschäftsführer der VÖA – Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe,
Axel Zuschmann, geschäftsführender Gesellschafter der Kommunikationsagentur Ecker & Partner

Laut einer österreichweiten Umfrage sind 86 % der Menschen zufrieden mit der Abfallwirtschaft an ihrem Wohnort. Ein hervorragendes Zeugnis für die Kommunen – auf sie warten jedoch große Herausforderungen. Mit dem „European Green Deal“ hat die EU die Weichen für eine fundamentale Änderung unseres Wirtschaftssystems gestellt. Von Produktion über Verpackung bis zu Handel sowie Sammlung und Verwertung – die ganze Wertschöpfungskette wird auf Klimaschutz ausgerichtet und steht im Zeichen des Übergangs von der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft. Dafür muss zukünftig noch mehr getrennt gesammelt werden – und es bedarf entsprechender Kapazitäten für Sortierung sowie Recycling. Mit der konstituierenden Vollversammlung im Juni dieses Jahres hat die neu gegründete „VÖA – Vereinigung öffentlicher Abfallwirtschaftsbetriebe“ ihre Tätigkeit aufgenommen und wird sich genau mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen.

Die VÖA vertritt die vor Ort operativ tätigen Abfallwirtschaftsbetriebe, die im öffentlichen Eigentum stehen. Damit hat sie einen Nahebezug zu Abfallwirtschaftsverbänden, die Abfallwirtschaft verantworten und organisieren, aber selbst nicht operativ tätig sind, und andererseits zu Entsorgungsunternehmen mit privaten Eigentümer:innen. Geleitet vom Prinzip der gesicherten Daseinsvorsorge für die Bevölkerung versteht sie sich als Sprachrohr für die Leistungen und Anliegen ihrer Mitglieder sowohl in der Öffentlichkeit als auch auf Ebene der Verwal-

tung und Politik. In diesem Sinne wird sich die VÖA auch aktiv in den Prozess der Gesetzgebung auf nationaler und europäischer Ebene einbringen.

Ressourcenmanagement für 4,7 Mio. Menschen

Hinter der neuen Interessenvertretung stehen kommunale Unternehmen, die gemeinsam im Bereich der Abfallwirtschaft rund 5.000 Arbeitsplätze sichern und durch unterschiedliche Dienstleistungen insgesamt 4,7 Millionen Österreicher:innen versorgen. Die derzeit

19 Mitglieder aus fast allen Bundesländern (Vorarlberg ist noch nicht vertreten) umfassen unter anderem aus Wien die MA 48 sowie die Wien Energie GmbH oder die Holding Graz Kommunale Dienstleistungen GmbH, die Linz Service GmbH, die Salzburger Abfallbeseitigung GmbH, die Innsbrucker Kommunalbetriebe AG, die Städte Salzburg und St. Pölten oder die Umweltdienst Burgenland GmbH. Deren Leistungsspektrum beinhaltet vor allem die Sammlung, dazu Abfallvermeidung und Bewusstseinsbildung und den Betrieb moderner Auf-



„Wir werden nicht vom Grundsatz der Gewinnmaximierung, sondern von Kostendeckung, Effizienz in der Entsorgungssicherheit und Leistbarkeit geleitet. Wir sind zuallererst der Bevölkerung und dem Umweltschutz verpflichtet.“

Reinhard Siebenhandl, Präsident der VÖA



Der Standpunkt der VÖA ist klar: Es soll gesammelt werden, was wieder in einem Kreislauf verwertet werden kann.

bereitung-, Sortier- und Kompostieranlagen bis hin zu thermischen Behandlungsanlagen zur Erzeugung von Energie – also alles rund um Wertstoffe, Problemstoffe und Restmüll.

Inhaltlich haben sich die VÖA-Mitglieder viel vorgenommen: Mit dem European Green Deal und dem damit verknüpften EU-Kreislaufwirtschaftspaket gehen wichtige gesetzliche Änderungen in Österreich einher – in der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben ebenso wie in der weiteren Entwicklung nationaler Notwendigkeiten. Ein Beispiel: Die Ausschreibungen zur Wertstoffsammlung und -sortierung laufen gerade für die nächsten Jahre. Wie die Sammlung aussehen soll, ist allerdings noch völlig unklar. Der Standpunkt der VÖA dazu ist klar: Es soll gesammelt werden, was auch recycelt und damit wieder in einem Kreislauf verwertet werden kann. Dafür benötigt Österreich klare rechtliche Rahmenbedingungen und damit auch Investitionssicherheit. Beides ist derzeit noch



„Um die ambitionierten Ziele des Kreislaufwirtschaftspakets zu erreichen, müssen wir mit unterschiedlichen Maßnahmen an unterschiedlichen Stellen ansetzen. Nicht ‚Entweder-oder‘, sondern ‚Sowohl-als-auch‘ führen zum Ziel. Daher sollten sich Abfallvermeidung, Einwegpfand, gezielte getrennte Sammlung und schlussendlich das Aussortieren von Wertstoffen aus dem Restabfall ergänzen.“

Erich Ehrentraut, Vizepräsident der VÖA



„Die Entwicklung der Abfallwirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft stellt uns unweigerlich vor große Herausforderungen. Zur Erfüllung der Recyclingquoten sind nicht nur intensive Bemühungen zur Verbesserung der Abfalltrennung, sondern auch kostenintensive Investitionen bei Sortieranlagen oder bei Restmüllbehandlungen zu tätigen – egal ob durch private oder öffentliche Abfallwirtschaftsbetriebe.“

Alexandra Loidl, Vizepräsidentin der VÖA

nicht gegeben – und die EU-Vorgaben erweisen sich als ambitioniert.

EU-Kreislaufwirtschaft

Beispiele dafür gibt es genug. Um nur einige ausgewählte zu nennen: Die 90 %-Erfassungsquote für Einwegkunststoff-Getränkeflaschen bis zum Jahr 2029 etwa erhitzt seit Bekanntgabe die Gemüter von Expert:innen und Lai:innen gleichermaßen – wie auch die geführten Diskussionen zu Pfand in Österreich zeigen.

Unbestritten ist, dass die Erreichung dieses Ziels in dichteren Siedlungsgebieten wie Städten und Stadtgemeinden eine gewaltige Herausforderung darstellt. Ein ebenso ambitioniertes Ziel repräsentiert die im Circular Economy Package der EU festgeschriebene Kunststoff-Recyclingquote von 50 % bis 2025. Um sie zu erreichen, braucht es nichts weniger als eine Verdoppelung des heimischen Kunststoffrecyclings. Daraus folgt auch,

dass Abfall-Sortieranlagen zukünftig eine Sortiertiefe von 80 % erreichen müssen – derzeit arbeiten diese mit lediglich 30–35 %.

All diese offenen Fragen lassen es ungewiss erscheinen, wie Herr und Frau Österreicher in Zukunft Wertstoffe sammeln sollen – alles gemeinsam in einem Behälter, alles getrennt in verschiedenen Containern oder doch in einer Mischform? Und wie geht es mit der Sacksammlung weiter?

Eine Vereinheitlichung der Haushalts-Abfallsammlung für ganz Österreich ist für die VÖA jedenfalls wünschenswert – unter der Berücksichtigung unterschiedlicher regionaler Gegebenheiten. Um die hohe Qualität der kommunalen abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen weiter gewährleisten zu können, ist es daher äußerst wichtig, dass die Novelle zum Abfallwirtschaftsgesetz und die Novelle zur Verpackungsverordnung möglichst zeitnah wirksam werden.

Mit starker Vernetzung durch kontinuierlichen Erfahrungsaustausch und gemeinsamem Auftreten, wenn es um die rechtlichen und technischen Weichenstellungen für die Zukunft geht, wollen die VÖA-Mitgliedsbetriebe sicherstellen, dass sich die Menschen in Österreich weiterhin auf das hohe Niveau der heimischen Abfallwirtschaft verlassen können.

Top-Zeugnis für die kommunale Abfallwirtschaft

Die Akzeptanz in diesem Bereich ist äußerst groß, wie eine österreichweite Umfrage vom Juni 2021 beweist: 86 % schätzen die Leistungen der Abfallwirtschaft am eigenen Wohnort als sehr gut bzw. gut ein. Am besten schneiden Altpapier-Sammlung, Restmüll-Sammlung sowie die Tätigkeit von Bauhof/Mistplatz/Altstoffsammelzentrum ab. Als Top-Eigenschaften vor Ort werden Verlässlichkeit (83 %), Freundlichkeit (70 %) und Effizienz (70 %) angegeben. Und: Das hohe Niveau der Dienstleistungen hat sich für fast die Hälfte (49 %) der Menschen in den letzten Jahren am Wohnort sogar verbessert.

Vorzugszeugnis und Vertrauensvorschuss für die kommunale Abfallwirtschaft also – um dem gerecht zu werden, arbeitet die VÖA an einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der modernen Daseinsvorsorge. Hier funktioniert die Zusammenarbeit zwischen privatem und öffentlichem Sektor sehr gut – das beweisen auch die Umfragedaten: Sowohl bei getrennter Sammlung als auch bei Restmüll-Abholung bzw. -Entsorgung gibt es für rund die Hälfte der Menschen keine Präferenz in eine bestimmte Richtung. Wer auch immer also die kommunalen Abfälle sammelt und behandelt – Hauptsache, es funktioniert. Damit das so bleibt, braucht es rasch klare rechtliche und politische Rahmenbedingungen. Die Kommunen und die Betriebe sind jedenfalls bereit.





Rechtspraxis Homeoffice

Das Homeoffice-Maßnahmenpaket 2021 hat neue Rahmenbedingungen für das Arbeiten außerhalb des Büros oder der Wohnung gebracht. Mit diesem Buch setzt sich eine weitere Neuerscheinung mit dem Thema „Home Office und mobiles Arbeiten“ auseinander: Vereinbarungen, Betriebsmittel, Haftungsfragen und Kontrollmöglichkeiten werden hier ebenso behandelt wie alles rund um Arbeitszeit, Arbeitsort oder Versetzung. Auch Fragen zum Datenschutz, zu Arbeitsunfällen oder zur Beendigung werden rechtlich hinterfragt und übersichtlich beantwortet. Nicht zuletzt wird auch dem Betriebsrat und seiner Mitbestimmung sowie steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen einiges an Platz eingeräumt. Dank der Sammlung gesetzlicher Bestimmungen, Kollektivvertragsbestimmungen und anderer Quellen eine wertvolle Hilfestellung für alle, die in der Praxis mit dem Thema zu tun haben.

Home Office und mobiles Arbeiten

Martin Huger | LexisNexis, 2021 |
ISBN: 978-3-7007-7974-2 |
€ 32,00 | 178 Seiten | Softcover



Alpenrepublik trifft Volksrepublik

Im Mai 2021 feierte Österreich 50 Jahre diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China. Als diese 1971 begannen, konnte keines der beiden Länder erahnen, wie sich die bilaterale Zusammenarbeit in den nächsten 50 Jahren entwickeln würde. Diese Publikation stellt erstmals urbane Überlegungen in das Zentrum ihrer Betrachtungen. Der Sammelband setzt nach einer einleitenden Chronik bewusst auf die Mischung aus wissenschaftlichen Texten, Interviews und persönlichen Erlebnisberichten, um ein möglichst breites Spektrum der Beziehungen zwischen der Alpen- und der Volksrepublik abzudecken, ohne den Fokus auf Urbanität und damit zusammenhängende Politikfelder wie Bildung, Digitalisierung, Kultur, Mobilität, Wirtschaft etc. zu verlieren. Mit Beiträgen von: Li Xiaosi, Michael Ludwig, Georg Zanger, Ernst Woller, Emanuela Hanes, Helena Chang, Christoph Matznetter, Wolfgang Hirn u. v. m. Bestellungen an office@urbanforum.at

50 Jahre österreichisch-chinesische Beziehungen Urbane Überlegungen

Herausgegeben von Bernhard Müller | Urban Future Edition, 2021 | ISBN: 9 783200 077928 |
EUR 25,- (zzgl. Versandkosten) |
368 Seiten | Taschenbuch



Ratgeber für Ehrenamtliche

Wer sich in einem Verein engagiert, ist mit allerlei Bestimmungen, Normen und Gesetzen konfrontiert – die durch COVID-19 nicht weniger geworden sind. Dieses aktuelle Handbuch für Vereinsfunktionär*innen schafft einen leicht lesbaren und gut verständlichen Überblick mit viel Praxisbezug. Die 4. Auflage wurde auf den aktuellen Stand der Judikatur gebracht, im Anhang IV finden sich neue Beispiele, etwa zur Haftung eines Sportveranstalters. Den Vereinen, die eine Sportveranstaltung durchführen, soll dadurch ein praxisrelevanter Überblick über ihre Pflichten gewährt werden. Der neue Anhang V trägt dem Wunsch vieler Vereinsfunktionär*innen Rechnung, die für den Verein wesentlichen COVID-19-Sonderbestimmungen zusammenfassend darzustellen und zu erläutern. Voll mit Checklisten, Hinweisen und Tipps sowie Musterstatuten für kleine Vereine bietet dieses Buch eine überaus praktische Grundlage für alle, die mit Vereinsgründung und ähnlicher Thematik befasst sind. Über die zur Verfügung gestellten QR-Codes kann man sich über die jeweils aktuelle Rechtslage informieren.

Handbuch für Vereinsfunktionäre

Richard Hargassner | LexisNexis, 2021 | ISBN: 978-3-7007-7947-6 |
€ 49,- | 32 Seiten | Softcover

Rechtslösungen anhand von zivilem und öffentlichem Recht

Obwohl privates und öffentliches Recht rechtssystematisch völlig konträr ausgerichtet sind, erfolgt die Lösung von Rechtsproblemen zuweilen in Symbiose beider Rechtsbereiche; im folgenden Artikel soll kurz dargestellt werden, inwieweit sich diese beiden Rechtsbereiche ergänzen, abgrenzen oder ausschließen.

Dr. Peter Mühlberger, Magistrat Linz, Konsulent

I. Abgrenzung

I.I Privatrecht

Das Privatrecht, auch bürgerliches Recht oder Zivilrecht genannt, räumt den Rechtssubjekten einen Freiraum ein, den sie im Rahmen ihrer Privatautonomie rechtlich gestalten können. Das Privatrecht regelt die Rechtsverhältnisse zwischen privaten Rechtssubjekten, aber auch mit dem Staat, soweit dieser nicht

hoheitlich, sondern privatwirtschaftlich auftritt, wobei ein gewisses Sonderprivatrecht für bestimmte Rechtssubjektgruppen, wie Unternehmer, oder Spezialbereiche, wie Versicherungs- oder Bankenrecht, gilt. Die Durchsetzung von Rechtsansprüchen erfolgt ausschließlich durch die Zivilgerichte und im Wege der Exekution bzw. im Rahmen des Insolvenzrechts.

I.II Öffentliches Recht

Das öffentliche Recht ist jener Teil der Rechtsordnung, welche Rechtsverhältnisse regelt

- ▶ zwischen den Trägern der öffentlichen Gewalt, wie Bund, Länder, Gemeinden als Imperiumsträger, und den einzelnen Privatrechtssubjekten,
- ▶ zwischen den einzelnen Rechtsträgern der öffentlichen Gewalt,
- ▶ zwischen den einzelnen Rechtsstaaten im Völkerrecht (internationales Recht).

Entscheidungsträger sind einerseits die Behörden (Abgabenbehörden) andererseits die Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts, wie etwa Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, auf der Grundlage vor allem von Rechtsnormen mit Imperiumsgewalt, Abgabengesetzen, Bescheiden und Rechtsverordnungen; die (abgabensrechtliche) Durchsetzung erfolgt im Wege der gerichtlichen oder behördlichen Exekution und auch durch den Verfassungsgerichtshof, wonach dieser gemäß Art. 137 B-VG über vermögensrechtliche Ansprüche gegen den Bund, die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände erkennt, welche weder im ordentlichen Rechtsweg auszutragen noch durch Bescheid einer Verwaltungsbehörde zu erledigen sind.



II. Verwaltungsvertrag

Der Verwaltungsvertrag ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag in Form eines Zivilrechtsvertrags, wobei jedoch mindestens einer der Vertragspartner ein Rechtssubjekt in Form einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist; der Vertrag hat die Aufgabe, im Wege zivilrechtlicher Rechtsnormen ein öffentlich-rechtliches Rechtsverhältnis zu begründen.

Nach der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes (VfGH 3. 3. 2001, KI-2/99) im Zusammenhang mit der Gebrauchserlaubnis und der Gebrauchsabgabe nach dem Wiener Gebrauchsabgabengesetz bezüglich dem öffentlichen Gut der Stadt Wien, besteht grundsätzlich eine generelle Wahlfreiheit zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Handlungsformen, wenn der Gesetzgeber zu erkennen gibt, dass keine hoheitliche Gestaltung zwingend vorgegeben ist.

Danach ist eine Form nicht obrigkeitlicher Hoheitsverwaltung der verwaltungsrechtliche oder öffentlich-rechtliche Vertrag zwischen Organen eines hoheitlichen Verwaltungsträgers (Gemeinde) und privaten Rechtssubjekten; bei diesen Verträgen geht es um Vereinbarungen über Rechte und Pflichten auf der Grundlage des öffentlichen Rechts zwischen Verwaltungsorganen mit Imperiumsgewalt und privaten Rechtssubjekten (Rechtsunterworfenen).

Die Möglichkeit des Abschlusses eines verwaltungsrechtlichen Vertrages muss gesetzlich bzw. abgabenverordnungsrechtlich vorgesehen sein (Antonioli/Koja, „Allgemeines Verwaltungsrecht“, Seite 534).

So wurde anhand eines praktischen Beispiels

- die Bewilligung der Sondernutzung an öffentlichem Gut,
- die Entrichtung von Abgaben für diese Sondernutzung

nach dem Wiener Gebrauchsabgabengesetz entschieden; würde daher eine privatrechtliche Privatwirtschaftsverwaltung gewählt, um einer materiell-rechtlich gegebenen, öffentlich-rechtlichen Bindung zu entgehen, liegt ein Missbrauch und daher ein essenzieller Ver-

stoß gegen die Grundsätze des Rechtsstaates vor.

So wurde aber beispielsweise rechtmäßigerweise eine Vereinbarung mit einem abgabepflichtigen Unternehmen abgeschlossen, um einen Abgabenausfall (Vergnügungssteuer) durch den Grati-seintritt bzw. Entfall von Vergnügungssteuer abzufedern; im Rahmen eines Verwaltungsvertrages wurde eine Refundierung der der Gemeinde erwachsenen finanziellen Nachteile aus dem Entfall öffentlich-rechtlicher Abgaben geregelt.

III. Abgabenvertrag

Derartige subordinationsrechtliche Verwaltungsverträge sind im österreichischen Recht vor allem im Bereich des Abgabenrechts anzutreffen, wo spezifische Gesetze Vereinbarungen zwischen der Abgabenbehörde und den Abgabepflichtigen, beispielsweise über die Höhe und Modalität der zu entrichtenden Abgaben, vorsehen.

Nach § 5 Abs. 3 KommStG 1993 sind Arbeitslöhne nur insoweit steuerpflichtig, als sie mit einer unternehmerischen Tätigkeit zusammenhängen; ist die Feststellung der mit der unternehmerischen Tätigkeit zusammenhängenden Arbeitslöhne mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden, kann die erhebungsberechtigte Gemeinde mit den Steuerschuldnern Vereinbarungen über die Höhe der Bemessungsgrundlagen treffen.

Analoges gilt gemäß § 8 Z. 2 KommStG 1993, dass die Arbeitslöhne nur insoweit steuerpflichtig sind, als sie mit einer abgabepflichtigen und nicht abgabebefreiten Tätigkeit zusammenhängen; auch in diesem Fall kann die Gemeinde mit den Steuerschuldnern Vereinbarungen über die Höhe der Bemessungsgrundlagen treffen, wenn die Feststellung der mit dem abgabepflichtigen und nicht nach § 8 Z. 2 KommStG 1993 abgabebefreiten Tätigkeitsbereich zusammenhängenden Arbeitslöhne unverhältnismäßig verwaltungsaufwändig wäre.

Ausdrücklich muss darauf hingewiesen werden, dass hier lediglich eine Vereinbarung gesetzlich vorgesehen ist, wenn die Höhe der Bemessungsgrundlagen im

unternehmerischen oder im abgabenbefreiten Tätigkeitsfeld des grundsätzlich abgabepflichtigen Unternehmers schwierig festzustellen sind. Keinesfalls ist es aber rechtlich zulässig, Vereinbarungen über die grundsätzliche Abgabepflicht nach dem Kommunalsteuerrecht zu treffen, wie dies zuweilen von Kommunen etwa im Rahmen der Betriebsansiedlung wahrgenommen wurde, wonach eine Zusage für die (teilweise) Befreiung von der Kommunalsteuer gegeben wird, was im Hinblick auf den Finanzausgleich eindeutig rechtswidrig wäre; dies deshalb, weil neben der Grundsteuer vor allem die Kommunalsteuer als Indikator der Finanzkraft im Finanzausgleich herangezogen wird und ein „Verzicht“ auf eine Kommunalsteuer-Einhebung andere Kommunen finanziell benachteiligen würde.

IV. Rechtssymbiose

Die Kommunen schließen Verträge mit anderen öffentlich-rechtlichen Rechtsträgern ab, wobei für die Auflösung derartiger Verträge nicht nur öffentlich-rechtliche, sondern vor allem auch privatrechtliche Rechtsnormen zum Tragen kommen können.

Beispielsweise hatten die Stadt Linz und das Land OÖ mit dem Bund im Zusammenhang mit der Errichtung der Kunstuniversität auf der Grundlage eines sogenannten Errichtungsgesetzes einen Vertrag im Jahr 1973 abgeschlossen, wonach das Land OÖ und die Stadt Linz entsprechende Finanzbeiträge an den Bund aus dem Titel Aufwendersatz für die Kunstuniversität Linz zu leisten hatten. Die Stadt Linz hatte in der Folge versucht, eine einvernehmliche Lösung zur Vertragsauflösung herbeizuführen; begründet hatte die Stadt Linz ihre Intention auf den Rechtsnormen des Universitätsgesetzes 2002, wonach es nunmehr Bundesaufgabe ist, staatliche Universitäten zu führen und diese Bundesaufgabe das Errichtungsgesetz aus dem Jahr 1973 und in weiterer Folge die damit verbundene Vertragsvereinbarung über die Leistung von Finanzbeiträgen durch Land und Stadt formal und materiell derogiert war. Stadt und Land hatten dem Bund zwecks

einvernehmlicher Vertragsauflösung des Übereinkommens aus dem Jahr 1973 die Leistung einer sogenannten Abschlagzahlung von rund 16 Mio. Euro im Interesse einer „Wertschätzung und weiterhin gedeihlichen Zusammenarbeit“ vorgelegt, worauf der Bund einen „Gegenwartswert des ewigen Zahlungsstromes“ in Höhe von 250 Mio. Euro forderte.

Aufgrund des Gesetzes über die Errichtung der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz hatten Bund, Land OÖ und Stadt Linz im Jahr 1973 ein Übereinkommen geschlossen, wonach das Land Oberösterreich und die Stadt Linz je ein Sechstel des Aufwandes für die Errichtung und den Betrieb der Kunsthochschule zu tragen haben. Der Bund vertrat die Auffassung, dass diese vertragliche Regelung aus dem Jahr 1973 einer finanzausgleichsrechtlichen Regelung entspreche, wogegen seitens der Stadt Linz auf die Rechtsnorm des § 2 F-VG 1948 über den Grundsatz der Kostenselbstträgerschaft und auf § 4 F-VG 1948 als Regulator des Kostentragungsprinzips hingewiesen wurde, dass bei Übertragung von Aufgaben oder finanziellen Leistungen auf Gebietskörperschaften auf deren finanzielle Leistungsfähigkeit Rücksicht zu nehmen ist. Es könne nicht von einem gleichheitskonformen Bundesgesetz aus dem Jahr 1973 gesprochen werden, wenn der Bund auch nach Inkrafttreten des Universitätsgesetzes 2002 unter Neuregulierung des Finanzierungssystems der österreichischen Universitäten ausschließlich die Stadt Linz und das Land OÖ im Zusammenhang mit der Linzer Kunstuniversität zur Kostenübernahme heranziehe, jedoch bei keiner einzigen anderen Universität in Österreich eine derartige Beteiligung von Ländern oder Gemeinden aufgrund Vertragsregelungen vorgesehen sei; das Bundesgesetz aus dem Jahr 1973 war daher nicht nur derogiert bzw. invalidiert, sondern verfassungswidrig, weil es dem Gleichheitsgebot in keiner Weise Rechnung trage.

Bei dieser vertraglichen Regelung über die Kostenbeteiligung an der Linzer Kunstuniversität handle es sich um ein Dauerschuldverhältnis, welches ex nunc aus wichtigen Gründen und dabei insbe-

sondere bei Wegfall der Geschäftsgrundlage aufgelöst werden könne. Nach dem Rechtsprinzip der *clausula rebus sic stantibus* (Wegfall der Geschäftsgrundlage) gehe es um Störungen durch nachträgliche Entwicklungen und „Verfehlungen“ der gemeinsamen Erwartungen, wobei Dauerschuldverhältnisse unter Setzung einer angemessenen Frist gekündigt werden können. Das neue Finanzierungskonzept aufgrund der §§ 4, 12 Universitätsgesetz 2002 führe zu einem Wegfall der Geschäftsgrundlage des Übereinkommens aus dem Jahr 1973, zumal die Gründe für die finanzielle Unterstützung anlässlich der Umwidmung der Kunsthochschule im Jahr 1973 längst nicht mehr aufrechterhalten, sondern weggefallen sind und ein krasses Missverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung im Bereich der Linzer Kunstuniversität gegenüber sämtlichen anderen Universitäten Österreichs vorliege.

Der OGH teilte diese Rechtsauffassung mit der Entscheidung vom 30. 8. 2012, 2 Ob 92/11 k; aus dieser höchstgerichtlichen Entscheidung und dem Konnex zwischen öffentlichem Recht und Gesetzesänderung zum Universitätsrecht einerseits und privatem Recht über den Wegfall einer Geschäftsgrundlage hinsichtlich eines Dauerschuldverhältnisses andererseits konnte eine rechtliche Entscheidung gefunden werden, womit Land OÖ und die Stadt Linz zu keiner verpflichtenden Finanzbeteiligung mehr verhalten seien und damit auch die Linzer Kunstuniversität hinsichtlich der Finanzierung anderen Universitäten nach dem Universitätsgesetz gleichzustellen war; trotz gesetzlicher Grundlage für die gegebenen Leistungsverträge brachte eine neue öffentlich-rechtliche Gesetzeslage einen privatrechtlichen Wegfall der Geschäftsgrundlage mit sich und führte letztendlich zu einem Wegfall der Leistungsverpflichtungen der Stadt Linz und des Landes Oberösterreich.

V. Wahlrecht der Daseinsvorsorge

Es gibt keine gesetzliche Regelung, ob ein Rechtsverhältnis über die Benützung einer öffentlichen Gemeindeeinrichtung öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich

geregelt werden muss (VfGH 19. 3. 1965, B 113/64); es bestehe aber auch keine beliebig gewollte Wahlfreiheit (OGH 6. 2. 1996, 10 Ob 519/94).

Die Rechtsfrage, ob eine Aufgabe zu ihrer Wahrnehmung der Hoheitsverwaltung oder Privatwirtschaftsverwaltung übertragen wird/übertragen werden kann, ist daher ausschließlich nach den maßgeblichen Rechtsvorschriften zu beurteilen, ob diese die Anwendung eines bestimmten Rechtssystems verbindlich vorsehen oder Gestaltungsfreiheit einräumen.

Im Rahmen der Hoheitsverwaltung ist bei der Vorschreibung von Benützungsgebühren das sogenannte doppelte Äquivalenzprinzip zu berücksichtigen und sind Leistungsentgelte (Gebühren) inklusive Umsatzsteuer vorzusehen.

Sofern das System der Privatwirtschaftsverwaltung gewählt wird bzw. gesetzlich möglich wäre und die Ausgliederung von Gemeindeaufgaben an Privatunternehmen oder eigene Kapitalgesellschaften erfolgt, kommt unter Berücksichtigung der Fiskalgeltung der Grundrechte ebenfalls das Äquivalenzprinzip zum Tragen (Mühlberger/Ott, „Die Kommunen im Finanz- und Steuerrecht“, dbv Verlag, S. 89 mit dem Hinweis auf die einschlägige Rechtsprechung, so OGH 18. 12. 1992, 6 Ob 563/92)

VI. Abgaben – Entgelte

Nach § 16 Abs. 1 Z. 13 FAG 2017 können Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Grund in den Gemeinden und des darüber befindlichen Luftraumes vorgeschrieben werden. In diesem Sinne wurden beispielweise Gemeinden nach dem Oö Gebrauchsabgabengesetz ermächtigt, für den Gebrauch von öffentlichem Gemeindegrund und des darüber befindlichen Luftraumes durch gemeindeeigene Unternehmungen unter Berücksichtigung der Art, des Umfangs und des wirtschaftlichen Vorteils des Gebrauchs eine Gebrauchsabgabe zu erheben.

Aus diversen wirtschaftlichen und rechtlichen Gründen wurden Überlegungen angestellt, inwieweit anstelle der Erhebung einer Gebrauchsabgabe auf landesgesetzlicher Grundlage die Verrechnung von Privatentgelten aufgrund eines privatrechtlichen Vertrages an die ge-

meindeeigenen Unternehmungen vorgenommen und damit das private Recht dem öffentlichen Recht vorgezogen werden könnte, sofern/zumal der Landesgesetzgeber eine Abgabeneinhebung nicht verpflichtend vorsehe; dabei stellte sich aber auch die Rechtsfrage, inwieweit damit eine verdeckte Gewinnausschüttung gegeben sein könne.

Eine schuldrechtliche Vereinbarung zwischen einer Kommune und ihren gemeindeeigenen Unternehmungen über eine angemessene Entgeltleistung für die Bereitstellung des öffentlichen und privaten Gutes der Kommune zur wirtschaftlichen Nutzung ist eine wirtschaftlich durchaus übliche Vereinbarung und wird grundsätzlich auch steuerrechtlich anzuerkennen sein. Bei der Entgeltleistung statt Gebrauchsabgabe wird allerdings die Frage der entsprechenden Nutzung der Wirtschaftsgüter gegen eine angemessene Entgeltleistung zu prüfen sein. Leistung eines Privatentgeltes anstelle der Ge-

brauchsabgabe ist grundsätzlich keine aus der kommunalen Beteiligung resultierende Ausnahmeregelung, weshalb einer (denkbaren) Annahme als verdeckte Gewinnausschüttung im behördlichen Steuerverfahren entsprechende wirtschaftliche Argumente zur Dokumentation eines betrieblich veranlassten, wirtschaftlich gerechtfertigten Regelfalls entgegengebracht werden können, wonach eine angemessene Entgeltleistung einer wirtschaftsnotwendigen Nutzungsüberlassung gegenüberstehe. Dies vor allem auch deshalb, weil selbst ein Fremdvergleich über eine analoge Regelung über die Nutzungsbereitstellung von Gemeindgrund gegen Entgeltleistung sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach mit anderen gemeindeeigenen Dienstleistungsunternehmen im Inland und Ausland möglich wäre.

Eine verdeckte Gewinnausschüttung ausschließender Vorteilsausgleich wäre gegeben, wenn

- ▶ das gemeindeeigene Unternehmen der Kommune als Gesellschafterin für eine Nutzungsüberlassung von öffentlichem und privatem Gemeindgrund eine adäquate Entgeltleistung erbringt,
- ▶ eine ausdrückliche wechselseitige Vereinbarung über die Nutzungsüberlassung gegen Entgeltleistung zum Zeitpunkt der Vorteilserrichtung vorliegt,
- ▶ die Vereinbarung über die Entgeltleistung für die Nutzungsüberlassung für bestimmte (langfristige) Zeiträume abgeschlossen wird,
- ▶ diese Vereinbarung nationalen bzw. übernationalen Vergleichen standhalte bzw. bei Fehlen derartiger Vergleichsmöglichkeiten wirtschaftliche Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit für die Angemessenheit sprechen.



**BESUCHEN
SIE UNS
10. bis 12. 11. 2021
STADTTAG IM VAZ ST. PÖLTEN**



**Ihre Landesbank für
ganz Österreich!**

KINDERGARTEN. VOLKSSCHULE. LANDESBANK. FEUERWEHRHAUS. RATHAUS.

**Öffentliche Finanzierungen brauchen
lange Erfahrung, hohe Kompetenz,
Nähe und Zukunftsperspektive.**

Effektive und budgetschonende
Lösungen zur Portfoliosteuerung und
attraktive All-inclusive-Leasingmodelle.
Nachhaltig und zukunftsorientiert –
für Gemeinden in ganz Österreich.

Ihr Ansprechpartner:

Leiter Öffentliche Finanzierungen

Dr. Christian Koch: 05 90 910

christian.koch@hyponoe.at

www.hyponoe.at

 **HYPO NOE**

Ertragsanteilsvorschüsse für Oktober 2021

(Beträge in 1.000 EURO, ohne Zwischenabrechnung)

Ertragsanteile, die auf die Gemeinden verteilt werden:

a) - nach Steuerarten

	Ertrag für 10/2021 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2020 in %	Ertrag für 01–10/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2020 in %
Steuern, Einkommen, Vermögen (gesamt)	683.250	29,9%	5.089.241	25,8%
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	140.465	46,1 %	465.584	34,5 %
Lohnsteuer	286.622	10,5 %	3.394.622	22,1 %
Kapitalertragsteuer	18.670	50,6 %	258.258	61,7 %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	12.122	86,5 %	107.051	51,5 %
Körperschaftsteuer	222.980	48,5 %	847.421	26,5 %
Stabilitätsabgabe	1.108	145,2 %	10.465	-8,0 %
Sonstige Steuern (gesamt)	541.766	19,1 %	4.753.190	10,6 %
davon:				
Umsatzsteuer	279.610	18,6 %	2.334.520	7,0 %
Tabaksteuer	22.451	-0,3 %	197.722	3,1 %
Biersteuer	2.180	-8,2 %	18.991	10,1 %
Mineralölsteuer	48.097	26,9 %	381.456	2,1 %
Alkoholsteuer	1.533	-1,3 %	15.175	11,2 %
Energieabgabe	5.586	-24,1 %	93.921	19,3 %
Normverbrauchsabgabe	5.371	-6,2 %	43.166	2,4 %
Grunderwerbsteuer (93,706 % Gemeinden)	132.473	32,3 %	1.250.252	25,2 %
Versicherungssteuer	11.785	6,9 %	126.506	3,2 %
Motorbezogene Versicherungssteuer	26.550	5,0 %	242.532	3,7 %
KFZ-Steuer	1.468	12,6 %	6.366	8,0 %
Konzessionsabgabe	2.950	-6,4 %	30.413	39,0 %
Kunstförderungsbeitrag	0		1.592	0,5 %

¹⁾ Datenquelle: BMF – Budgetvollzug (Ertragsanteile): i. d. R. basierend auf dem Steueraufkommen des zweiten vorangegangenen Monats

b) länderweise Anteile ^{*)}

	Ertrag für 10/2021 ¹ in 1.000 EURO	Veränderung ggü. 10/2020 in %	Ertrag für 01–10/2021 in 1.000 EURO	Veränderungen ggü. 01–10/2020 in %
Burgenland	30.678	24,1 %	248.135	19,1 %
Kärnten	73.989	27,1 %	590.187	19,2 %
Niederösterreich	199.182	24,1 %	1.610.795	18,8 %
Oberösterreich	190.218	24,2 %	1.525.465	17,9 %
Salzburg	82.531	24,6 %	675.083	17,4 %
Steiermark	151.440	25,5 %	1.217.322	17,9 %
Tirol	106.394	23,5 %	868.920	17,8 %
Vorarlberg	59.440	25,4 %	471.446	17,0 %
Wien	331.143	25,4 %	2.636.670	17,6 %
Summe	1.225.016	24,9 %	9.844.023	18,0 %

*) ohne Zwischenabrechnung

Innovation auf den Weg bringen

Die Zusammenarbeit zwischen dem Österreichischen Städtebund und der IÖB-Initiative setzt Impulse für den Innovationseinkauf für Städte und Gemeinden.

► Städte und Gemeinden sind vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt, die Anforderungen der Menschen, wie auch die technischen Möglichkeiten entwickeln sich stetig weiter. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, mit Steuergeld effizient und effektiv umzugehen und den Bürgerinnen und Bürgern ein möglichst gutes Service zu bieten, bedarf es stetiger Innovation.

Kaum eine öffentliche Institution hat die Ressourcen neue Lösungen vollkommen eigenständig zu entwickeln – Vieles muss beschafft werden.

Bei diesem Schritt kommt die Servicestelle für Innovationsfördernde Öffentliche Beschaffung (IÖB) ins Spiel, die in der Bundesbeschaffung GmbH angesiedelt ist. Wir unterstützen Sie kostenlos dabei IÖB-Projekte anzustoßen und neue Technologien, Produkte und Dienstleistungen am Markt zu identifizieren. Unsere Serviceleistungen werden durch eine Kooperation mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK) sowie dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDW) ermöglicht.

IÖB-Beratung: Themen identifizieren und schnell lösen!

Um Ihre Gemeinde bestmöglich zu unterstützen, bietet die IÖB-Servicestelle eine umfassende Beratung rund um das Thema Innovationseinkauf an, die vom einfachen Beratungsgespräch zu konkreten Projekten bis zur Identifikation von Herausforderungen und Innovationsideen mittels Innovati-



onworkshops reicht. Bei den identifizierten Beschaffungsthemen unterstützen wir Sie dann in der Vorbereitung. Zum Beispiel mit einer:

IÖB-Challenge: Die richtige Lösung finden!

Eine neue und passende Lösung oder den richtigen Lösungspartner zu finden, kann herausfordernd sein. Hier kann eine IÖB Open Innovation Challenge über www.ioeb-innovationsplattform.at helfen.

Wie läuft diese ab? Sie haben eine Herausforderung, für die Sie eine innovative Lösung suchen? Die IÖB-Servicestelle hilft Ihnen eine Fragestellung für den Markt zu formulieren, die anschließend als IÖB Challenge auf unserer Plattform veröffentlicht wird. Unternehmen sind nun gefragt, Lösungsvorschläge und Konzepte einzureichen. Daraus ergibt sich in der Regel ein guter Markt- und Technologieüberblick, um eine passende Lösung zu beschaffen.

Sie haben Fragen zu unserem kostenlosen Angebot? Besuchen Sie unseren Stand (Halle B/Stand 15) beim 70. österreichischen Städtetag oder kontaktieren Sie uns unter ioeb@ioeb.at oder +43 1 245 70 817. Weitere Information zu unserem Angebot finden Sie unter: www.ioeb.at



Die IÖB ist eine Initiative von

 Bundesministerium
Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

 Bundesministerium
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

In Kooperation mit

 BBG
BUNDES
BESCHAFFUNG



#einfachbücken

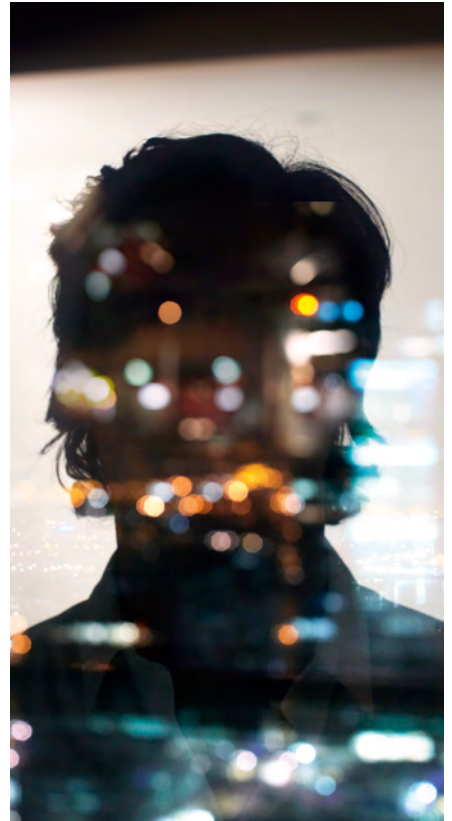
Neue Sauberkeits-Offensive in hessischer Stadt

Dosen, Flaschen, Verpackungen, Zigarettentstummel – achtlos weggeworfener Müll am Wegesrand ärgert so manche:n Spaziergänger:in. Und wo Müll liegt, kommt Müll dazu. Undine Zimmer ließ es nicht beim Ärgern bewenden, sondern begann, den Müll einzusammeln und Bilder davon mit dem Hashtag #einfachbücken zu posten. Es kamen immer mehr Fans wie Gleichgesinnte dazu, und mittlerweile hat die hessische Stadt Obertshausen eine eigene Initiative für ein sauberes Stadtgebiet. Rund 50 aktive Müllsammler:innen sammeln derzeit in der Landschaft weggeworfenen Abfall, entsorgen ihn richtig und bringen auch etliche Gegenstände zur Wiederverwertung. Den Aktivist:innen geht es aber nicht nur darum, Müll einzusammeln, sondern auch zu verhindern, dass Abfall achtlos weggeworfen wird. Mittlerweile hat nicht nur der Bürgermeister mitgeholfen, sondern auch Schulen wurden eingebunden und eine Kampagne an Haltestellen ist in Planung. Am Bahnhof stehen drei Abstimm-Aschenbecher mit jeweils zwei Säulen, bei denen Raucher:innen den Satz „Ich mag ...“ mit dem Zigarettentstummel komplettieren können: „Star Wars“ oder „Raumschiff Enterprise“ lautet eine Alternative, Chips oder Schokolade eine andere.

Diskriminierungsfreie Jobsuche

Stadt Zürich startet Versuch mit anonymen Bewerbungen.

Diskriminierung aufgrund von Personalia wie Name, Geschlecht oder Alter gibt es bei fast allen Bewerbungsprozessen, auch in der Schweiz. Der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich zufolge werden Bewerbungen von Personen mit albanischen, afrikanischen oder asiatischen Namen häufig gleich aussortiert. Das Postulat, welches diesen Umstand ändern soll, wurde im Zürcher Gemeinderat breit (94 zu 16 Stimmen) unterstützt. So startet die Stadt nun einen mehrjährigen Versuch, der wissenschaftlich begleitet wird, um Bewerbungen anonymisiert anzunehmen. Dabei sollen Personalverantwortliche erst beim Verschicken der Einladungen zum Vorstellungsgespräch den Namen, die Herkunft, das Geschlecht und das Alter der bewerbenden Person erfahren. Dabei gibt es freilich auch Hürden – zum einen muss die Personal-Software neu programmiert werden, da sie nicht für anonymisierte Bewerbungen ausgelegt ist, zum anderen muss die Frage der Frauenförderung neu gedacht werden.



Google Maps der Friedhöfe

England bekommt eine umfassende Friedhofsdatenbank.

Eine Menge Kartograf:innen und Fotograf:innen sind derzeit auf Englands Friedhöfen unterwegs: Die Grabstätten auf 19.000 englischen Friedhöfen werden in einem siebenjährigen Projekt von Fachleuten mit Laser-Scannern, GPS und Kameras digital vermessen und in eine Datenbank eingespeist, die ab dem Frühjahr 2022 gratis verfügbar sein wird. Nicht nur die Ahnen- und Familienforschung soll damit für Interessierte weltweit einfacher werden, auch die Friedhofsverwaltungen können dann effizienter arbeiten. Nächstes Jahr soll jedes Grab in England auf der digitalen Karte zu finden sein, dazu wird auch die Biodiversität Teil der interaktiven Online-Karte sein, auf der man sich über die vorhandene Pflanzenwelt, alte Bäume und Umwelttechnologien wie Solarpanele informieren kann.



Impressum: ÖGZ – Österreichische Gemeinde-Zeitung, Nr. 11/2021
 • Medieninhaber und Herausgeber: Österreichischer Städtebund, 1082 Wien, Rathaus, www.staedtebund.gv.at, oegz@staedtebund.gv.at, Tel. +43(0)1/4000-89993 • Leitung: Generalsekretär Thomas Weninger • Verleger: Bohmann Druck und Verlag GmbH, 1110 Wien, Leberstraße 122, Geschäftsführer: Gabriele Ambros, KR Gerhard Milletich • Chefredakteurin des Österreichischen Städtebundes: Katharina Kunz, Tel. +43(0)1/4000-89993, Fax: +43(0)1/4000-9989980, Mitarbeit: Kevin Muik • Chefin vom Dienst: Carina Wiesner, Grafische Gestaltung: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Lektorat: Carina Wiesner, Foto-Organisation: Joelle Berndl-Bullens • Reproduktion: Bohmann Repro-Media und Online GmbH, Leberstraße 122, 1110 Wien • Druck: Wograndl Druck Ges. m. b. H., Druckweg 1, 7210 Mattersburg • Auflage: 6.000 • Erscheinungsweise 2021: 10 Ausgaben • Cover: Arman Kalteis, Copyright für nicht (anders) bezeichnete Fotos: Österreichischer Städtebund • Zum Nachdruck von Veröffentlichungen aus der ÖGZ ist ausnahmslos die Genehmigung der Redaktion einzuholen. Namentlich gezeichnete Beiträge geben die Meinung der/des Verfassenden wieder, die sich nicht unbedingt mit jener der Redaktion bzw. der Position des Städtebundes decken muss. Die Redaktion der ÖGZ bekennt sich zum Einsatz einer geschlechtergerechten Sprache. • Abonnements laufen ganzjährig und müssen eingeschrieben einen Monat vor Ablauf abbestellt werden, sonst erfolgen nach Usancen im Zeitungswesen Weiterlieferung und Weiterverrechnung. Einzelheft: EUR 4,70; Jahresabonnement: EUR 45; Abo-Bestellung & Adressänderungen: +43(0)1/740 32-725, abo.oegz@bohmann.at, Anzeigenannahme und Backoffice: Daniela Borka, daniela.borka@bohmann.at, +43(0)1/740 32-733, Verkaufsleitung: Julia Rötzer, julia.roetzer@schmid-verlag.at, Tel. +43(0)664 829 77 62 • Informationen zur DSGVO: www.bohmann.at • Advertorials sind bezahlte Einschaltungen und unterliegen der Verantwortung der Anzeigenabteilung.

© Foto: Robert Peres

Termine des Städtebundes

Aktuelle Termine und Änderungen auf www.staedtebund.gv.at

November

10. bis 12. November	70. Österreichischer Städtetag	St. Pölten
17. November	FA Statistik und Registeranwendungen	online
18. und 19. November	FA Energie	Wels
24. und 25. November	FA Abfallwirtschaft und Städtereinigung	Klagenfurt

Dezember

6. Dezember	FA Stadtplanung und Raumordnung	online
-------------	---------------------------------	--------



ÖGZ 12/21–01/22

Schwerpunkt: Mobilität

Die nächste Ausgabe widmet sich Zukunftsthemen: automatisiertes Zonenzufahrtsmanagement, stadtreionaler öffentlicher Verkehr, Digitalisierung der Kurzparkzonen, Radschnellwege, Sharing-Plattformen und vieles mehr. Die Ausgabe 12/21–01/22 erscheint am 1. Dezember 2021.

ELmotion 2022

Fachkongress
 26. - 27.01.
 2022
 Wien

Auf dem Elektromobilitäts-Fachkongress
EL-MOTION 2022 wird der
EL-MO Award verliehen.



**Anwenderorientierte E-Mobilität für
 KMU und kommunale Betriebe in Österreich**

Weitere Informationen und Anmeldungen unter
www.elmotion.at

5 Partner, 9 Länder, 1 Lösung

EINE PARTNERSCHAFT MIT VISIONEN

Die k5-Entwicklungspartner stehen für zukunftsorientiertes Gemeindemanagement.

Sprechen Sie mit uns über Digitalisierung und E-Government, effiziente Verwaltung, zeitgemäße Bürgerkommunikation, die Integration neuer Technologien und vieles mehr.



Gemdat Niederösterreich
www.gemdatnoe.at



Gemdat Oberösterreich
www.gemdat.at



Kufgem
www.kufgem.at



PSC Public Software & Consulting
www.psc.at



Gemeindeinformatik
www.gemeindeverband.at